ürster. 1930 № 9 Jur. Diss.

Motto: „Niemals hat man Bauern gesehen, die eine Gesellschaft zwecks Bebauung ihrer Felder gegründet hätten, man wird es auch niemals sehen." (Proudhon, OEuvres, X. Bd. Paris, 1873, S. 227, a. d. Frz. übers.) —

Die Stellung des Sozialismus zur Agrarfrage unter besonderer Berücksichtigung des Betriebsgrößenproblems.

*

Auszug aus der Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde einer Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster i. Westf.

vorgelegt von

Dipl.-Volkswirt

Heinz Heinrichs

aus Bochum i. Westf.

1930

Buchdruckerei Ferdinand Althoff, Münster i. Westf.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meiner lieben Mutter gewidmet!

Inhaltsverzeichnis

Einleitung VII (9)
Literaturangabe IX-XXVI

Erster Hauptteil: Ideengeschichte

I. Die vormarxistische Zeit.

A. England.

1. Kapitel Die agrarische Entwicklung in England bis 1822 1(11)
2. Kapitel Die ideengeschichtliche Entwicklung
   1. Abschnitt Die Ideengeschichte der sozialistischen Vorläufer: Die Levellers, Winstanlay, Plockboy, Beller. 5(12)
   2. Abschnitt Die Ideengeschichte der Anhänger des bäuerlichen Individualbetriebes: Spence und Spenceanismus, Ogilvie, Paine, Godwin, Hall. 6(12)
   3. Abschnitt Die Ideengeschichte der Anhänger des kollektiven Großbetriebes: Owen und der Owenismus. 16(14)
3. Kapitel Die Auswirkung dieser Ideen im Chartismus 20(16)

Schlußbetrachtung 28(17)

B. Frankreich.

1. Kapitel Die agrarische Entwicklung in Frankreich nach 1789 29(18)
2. Kapitel Die ideengeschichtliche Entwicklung
   1. Abschnitt Die Ideengeschichte der Anhänger des kollektiven Großbetriebes: Babeuf, Fourier, Saint-Simon und der Saint-Simonismus, Blanc, Cabet. 32(18)
   2. Abschnitt Die Ideengeschichte der Anhänger des bäuerlichen Individualbetriebes: Proudhon, Blanqui. 47(21)

Schlußbetrachtung 54(21)

C. Deutschland.

Einführung 55(22)
1. Kapitel Rodbertus 55(22)
2. Kapitel Weitling 57(22)

II. Die Epoche Marx — Engels.

1. Kapitel Marx 60(23)

2. Kapitel Engels 73(28)
3. Kapitel Die Auswirkung der bisher entwickelten Ideen in der ersten Internationale 86(29)

Zweiter Hauptteil: Die Auswirkung dieser Ideenentwicklung in der sozialistischen Bewegung in Rußland, Ungarn, Deutschland und Oesterreich.

I. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Rußland von 1861 bis 1927.

1. Kapitel Die agrarische Entwicklung von 1861 bis 1917 101(31)
2. Kapitel Die ideengeschichtliche Entwicklung
   1. Abschnitt Marx und die russische Betriebsgrößenfrage 111(34)
   2. Abschnitt Die Entwicklung innerhalb des nichtmarxistischen Sozialismus 116(36)
   3. Abschnitt Die Entwicklung innerhalb des marxistischen Sozialismus 133(38)
3. Kapitel Die Auswirkung der bisher entwickelten Ideen in der Revolutionsperiode von 1917 (Provisorische Regierung, Koalitionsregierung) 152(42)
4. Kapitel Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage in Sowjetrußland
   1. Abschnitt Die Entwicklung bis zur Proklamation der „Neuen ökonomischen Politik" (NEP) im Jahre 1921 154(43)
   2. Abschnitt Die Entwicklung nach der Proklamation der NEP von 1921 bis 1927 190(49)

II. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Ungarn von 1867 bis 1924.

1. Kapitel Die Zeit von 1867 bis zum Ausbruch der Revolution von 1918 245(55)
2. Kapitel Die Auswirkung der verschiedenen Ideen in der Revolutionsperiode vom 31. Oktober 1918 bis zum 21. März 1919 251(57)
3. Kapitel Die Auswirkung der verschiedenen Ideen in der Diktaturperiode vom 21. März 1919 bis zum 1. August 1919 255(58)
4. Kapitel Die Zeit nach dem Zusammenbruch der Diktatur von 1919 bis 1924 263(61)

III. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Deutschland von 1869 bis 1927.

1. Kapitel Die Zeit vom 1869 bis 1893 266(62)
2. Kapitel Die Agrarprogrammbewegung von 1893 bis 1895 274(63)

3. Kapitel Die Entwicklung nach Breslau bis zum Ausbruch des Weltkrieges (28264)
4. Kapitel Die Entwicklung in der Revolutions- und Nachkriegszeit 297(64)
5. Kapitel Der Abschluß durch das Agrarprogramm von 1927 320(66)
6. Kapitel Die Entwicklung innerhalb der Kommunistischen Partei und der Unabhängigen Partei Deutschlands von 1918 bis zur Gegenwart. 335(69)

IV. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Oesterreich von 1867 bis 1925.

1. Kapitel Die Zeit von der Gründung (1867) bis zum Linzer Parteitag (1898) 358(73)
2. Kapitel Die Entwicklung bis zum Ausbruch des Weltkrieges 365(74)
3. Kapitel Die Entwicklung in der Revolutions- und Nachkriegszeit 383(75)
4. Kapitel Der Abschluß durch das Agrarprogramm von 1925 406(76)

Schlußteil.

Grundsätzliche Zusammenfassung der verschiedenen sozialistischen Betriebstheorien.

1. Kapitel Die kapitalistische und die sozialistische Betriebsgrößenfrage 418(79)
2. Kapitel Die grundsätzlich den Kleinbetrieb anstrebenden Betriebstheorien
   1. Abschnitt Die konstruktiven Betriebstheorien 422(82)
   2. Abschnitt Die entwicklungsgeschichtlichen Betriebstheorien 423(83)
3. Kapitel Die grundsätzlich den Großbetrieb anstrebenden Betriebstheorien
   1. Abschnitt Die konstruktiven Betriebstheorien 424(85)
   2. Abschnitt Die entwicklungsgeschichtlichen Betriebstheorien 426(86)
4. Kapitel Die grundsätzlich das bestehende Betriebssystem anerkennenden Betriebstheorien: 430(91)
   Die stationären Betriebstheorien (Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes)
5. Kapitel Die politisch-agitatorische Richtung 432(92)

Eidesstattliche Erklärung 433(94)

Lebenslauf 434(95)

Anmerkung:

Mit Genehmigung einer Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wurde folgender Teildruck hergestellt:

1. Titelblatt
2. Inhaltsverzeichnis
3. Einleitung
4. Inhaltsangabe der Dissertation (S. 1 — 417) (Ohne Literaturangabe)
5. Schlußteil
6. Eidesstattliche Erklärung
7. Lebenslauf.

Die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Seitenzahl im Teildruck.

Vollständige Exemplare (XXVI, 433) dieser Dissertation befinden sich in:

Münster, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Universitäts - Bibliothek,
Berlin, Staatsbibliothek,
Leipzig, Deutsche Bücherei,
Frankfurt, Institut für Sozialforschung.

Referent: Herr Prof. Dr. Albrecht - Jena.
Korreferent: Herr Prof. Dr. Bruck - Münster.

Einleitung.

Die Arbeit verdankt ihre Entstehung einer Anregung des Herrn Professor Dr. Bruck - Münster und wurde angefertigt unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Albrecht-Jena

Angesichts der Bedeutung der agrarrevolutionären Ereignisse in der Nachkriegszeit und der Tatsache, daß das Thema in dieser Form in der Literatur noch nicht umfassend und systematisch behandelt worden ist, auch nicht in den Schriften von David, Olberg, Brutzkus, Gogel, Kautsky, Varga, Schiff und Miljutin, liegt zweifellos ein wissenschaftliches Bedürfnis vor, an Hand der zur Verfügung stehenden Quellen und sonstigen literarischen Unterlagen zu untersuchen:

erstens, welche Behandlung die Betriebsgrößenfrage im engeren Sinne, d. h. die Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb, seitens der Vertreter des Sozialismus im Laufe der neueren, ideengeschichtlichen Entwicklung erfahren hat;

zweitens, welche Stellung das landwirtschaftliche Betriebsgrößenproblem innerhalb des sozialistischen Ideenkreises überhaupt einnimmt, sowohl in grundsätzlicher, politisch - taktischer, ökonomischer und ideologischer Beziehung; und

drittens, welches Ergebnis hinsichtlich der Stellung des Sozialismus zur Betriebsgrößenfrage sich aus der bisherigen ideengeschichtlichen Entwicklung ergibt.

Den Untersuchungen wird der Begriff „Sozialismus" im Sinne Sombarts zu Grunde gelegt. Eine Behandlung der Betriebstheorien von Oppenheimer, Dühring usw. kam daher nicht in Frage. Eine entsprechende Feststellung der einzelnen Betriebskategorien erscheint infolge der Mannigfaltigkeit der Betriebssysteme nicht zweckmässig, immerhin können die brauchbaren Betriebsdefinitionen des Agrarprogramms der Kommunistischen Partei Deutschlands aus dem Jahre 1920 gegebenenfalls zum Vergleich herangezogen werden.

Grundsätzlich war es mein Bestreben, die Arbeit auf Quellen aufzubauen, um vor allem eine Kritik, Kontrolle

und weitere wissenschaftliche Auswertung zu ermöglichen. Die Durchführung dieses Grundsatzes stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, da die Bibliotheken zum größten Teil versagten und die wichtigste Literatur durch Ankauf beschafft werden mußte. Immerhin darf das Literaturverzeichnis — soweit es sich um einschlägige Fragen handelt — einigermassen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Doch war es nicht immer möglich, diesen Grundsatz durchzuführen, wenn brauchbare Quellen fehlten, beziehungsweise nur mit Umständen beschafft werden konnten. Es sei daher hingenommen, wenn in diesem Falle aus zweiter Hand zitiert wurde. Die Zeit bis 1864 (Auftreten sozialistischer Richtungen) erlaubt isolierte Betrachtung der einzelnen Persönlichkeiten. Für die Zeit nach 1864 ist charakteristisch, daß die Sozialdemokratie und die kommunistisch-bolschewistischen Parteien Hauptträgerin des sozialistischen Ideals geworden sind, und daß diese Richtungen sich national verschieden entwickelt haben; was getrennte Untersuchungen jedes einzelnen Landes notwendig macht. Die Untersuchungen nach 1864 beschränken sich daher auf die wichtigsten Länder: Rußland, Ungarn, Deutschland, Oesterreich. Es wird Aufgabe weiterer Arbeiten sein, die Entwicklung in den fehlenden Ländern (Frankreich, England, U. S. A., Holland, Balkanstaaten, Italien, Kolonialländer) entsprechend zu untersuchen.

Münster, den 1. August 1927.

Der Verfasser.

Erster Haupteil: Ideengeschichte.

I. Die vormarxistische Zeit.

A. England.

1. Kapitel.

Die agrarische Entwicklung in England bis 1822.

Politische und ökonomische Ursachen führten seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts zur Vernichtung der alten englischen Agrarverfassung und damit zum Untergang der Freisassen oder Yeomen im Jahre 1822. Die politischen Gewaltmaßnahmen, insbesondere die „Usurpation des Gemeindelandes" (Marx) durch die „Enclosures Acts", die Industrialisierungstendenzen und die Erfindungen auf dem Gebiete der Textilwirtschaft wirkten sich naturgemäß zuerst im landwirtschaftlichen Produktionszweig auf grundrechtlichem, produktionellem und finanziellem Gebiet aus: Aufgabe der in der Hauswirtschaft betriebenen Gewerbe, Verdrängung der Kleinbauern, Entstehung kapitalistischer Großbetriebe und eines neuen Pächterstandes (tenants-at will). Eine kapitalistische Betriebswirtschaftslehre (Smith, Young, Sinclair) förderte diesen kapitalistischen Konzentrations- und Proletarisationsprozeß. Auch das Steigen der Grundrente bei gleichbleibender, beziehungsweise sinkender Preishöhe für landwirtschaftliche Produkte spielte eine verhängnisvolle Rolle.

Die Folge dieses Prozesses war das Entstehen eines großen, industriellen und landwirtschaftlichen Proletariats.

Parallel mit dem wirtschaftlichen und sozialen Auflösungsprozeß entstanden in fortlaufender Reihe sozialistische Agrarreformpläne mit dem ausgesprochenen Zweck, jenen unaufhaltsamen Vernichtungsprozeß zu dämmen, zurückzudrehen oder wenigstens seine schädlichen Folgen irgendwie zu heilen.

Bei Betrachtung der neuen sozialen und wirtschaftlichen Struktur im damaligen England ergibt sich, daß die Anhänger des Kleinbetriebes mit ihren Forderungen zwar kleinbäuerlichen Wünschen nachkamen, daß die Vertreter des kollektiven Großbetriebes, die die sozialen Nöte, insbeson-

dere die der landwirtschaftlichen Bevölkerung, in anderer Weise zu heilen versuchten, keinen praktischen Erfolg erzielen konnten. Beide Richtungen mußten unüberwindliche Hindernisse beseitigen: der einen fehlten die politischen Realisierungsmöglichkeiten und die wirtschaftlichen Erkenntnisse, der anderen stand die bäuerliche Ideologie und das kapitalistische System hemmend im Wege.

2. Kapitel.

Die ideengeschichtliche Entwicklung.

1. Abschnitt.

Die Ideengeschichte der sozialistischen Vorläufer.

Die Agrarreformpläne der Levellers, von Winstanlay, Plockboy und Beller befassen sich nur mit einer teilweisen Verbesserung des im kapitalistischen Umwandlungsprozeß befindlichen Agrarsystems und mit dem Schicksal seiner vertriebenen und bedrängten Träger.

Während Winstanlay in seiner Schrift "The law of freedom in a plattform or true magistracy restored" unter Berücksichtigung der damals (1651) noch vorherrschenden Gesellschaft der Kleinproduzenten die Schaffung neuer Individualbetriebe forderte, sahen die andern sozialistischen Vorläufer, insbesondere die Levellers, Cornelius Plockboy (1659) und John Beller (1695) das Heilmittel in der Errichtung landwirtschaftlicher kooperativer Großbetriebe. Der Vorschlag von Beller erschien in seinen "Proposals for raising a colledge of industry."

Die Forderung derartiger landwirtschaftlicher Großbetriebe entsprach einerseits Erwägungen produktioneller Natur, andererseits den Grundsätzen des Naturrechts jener Zeit; sie besitzt daher mehr sozialen als sozialistischen Charakter.

2. Abschnitt.

Die Ideengeschichte der Anhänger des bäuerlichen Individualbetriebes.

Thomas Spence (1750—1814) ist der erste Sozialist, der im Gegensatz zu seinen Vorläufern mit einer Agrarreform, die den bäuerlichen Kleinbetrieb als Betriebseinheit sanktioniert, ein antikapitalistisches System, eine Neugestaltung der ganzen Gesellschaftsordnung im agrarischen Sinne zu verbinden suchte.

In einem Vortrag über „das Gemeineigentum am Boden" forderte er eine Neugestaltung der Gesellschaftsordnung, deren Träger die Gemeinden werden sollten. Die Verwirklichung wurde ermöglicht durch die Trennung der Funktion der Rentenzuteilung von der Funktion der Betriebsleitung. Spence setzte hierbei die produktionelle Ueberlegenheit des bäuerlichen Kleinbetriebes gegenüber dem Großbetrieb voraus, entgegen der herrschenden Ansicht seiner Zeit. Den wissenschaftlichen Beweis ist er schuldig geblieben, wie überhaupt Zahlenangaben fehlen. Außerdem erhoffte er von seinem System eine günstige Auswirkung auf den Arbeitsmarkt.

Der von Spence zur Durchführung seiner Ideen ins Leben gerufene Verein "Spencian Philantropists" versuchte diese Ideen gewaltsam durchzusetzen. Der Spenceanismus (Evans, Preston, Thistlewood) endigte am 1. Mai 1820 durch die Hinrichtung seiner geistigen Führer.

Im Jahre 1782 veröffentlichte William Ogilvie (1736 bis 1819) in seinem "Essay on the right on property in land" ein ähnliches, jedoch schärfer herausgearbeitetes, den gesamten gesellschaftlichen Aufbau umfassendes Agrarprogramm wie Spence.

Das Werk umfaßt zwei Teile. Der erste Teil behandelt das Recht auf Grundeigentum, das im Naturrecht und in der allgemeinen Wohlfahrt begründet sei. Dieser Teil schließt ab mit einer Kritik der bestehenden europäischen Agrarverfassung. Der zweite Teil enthält die Reformvorschläge.

Jeder Mensch hat von Natur ein Recht auf den Besitz und die Bebauung eines gleichen Stück Landes. Die landwirtschaftliche Normaleinheit sollte das Landgut von 6 bis 8 acres (1 acre = 0,4 ha.) sein, das der Spatenkultur angepaßt sein würde. Ein Agrargesetz, eine Art "loi agraire", wird das Reformwerk progressiv verwirklichen.

Die Bedeutung von Thomas Paine (1737 — 1809) liegt weniger in der theoretischen Weiterführung der bereits entwickelten Ideen über die Betriebsgrößenfrage, als in der schärferen Hervorhebung der Gegensätze zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen. Seine Kritik wendet sich in diesem Zusammenhang vor allem gegen die finanzkapitalistische Einbettung (Pacht, Rente, Preis, Lohn) und gegen den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz, ohne daß er aus seiner Erkenntnis entsprechende betriebstheoretische — und

politische Konsequenzen zieht. Er sieht vielmehr die Lösung des Problems in einer zehnprozentigen Bodensteuer, die in Form einer Erbschaftssteuer „zwecks Kompensierung der Besitzlosen" erhoben werden sollte.

Wie die Ausführungen über Paine bilden auch die über William Godwin (1756 — 1836) einen mehr ergänzenden als bedeutungsvollen Beitrag zur ideengeschichtlichen Entwicklung.

Godwin behandelt die Agrarfrage vom bevölkerungspolitischen Standpunkt. Seine Stellungnahme zur Betriebsgrößenfrage ist unklar und mit Sicherheit nicht anzugeben. Jedoch dürfte aus seiner individualistischen Weltanschauung und seiner Vorliebe für Bevölkerungspolitik (von Ogilvie her), mit einiger Sicherheit anzunehmen sein, daß der Kleinbetrieb seiner individualistisch - humanitären Einstellung am ehesten entspricht.

Charles Hall (1745 — 1825) führt die ideengeschichtliche Linie weiter. Mit ihm erreicht sie ihren wissenschaftlichen Höhepunkt. Für Hall ist besonders charakteristisch, daß er als erster die Bodenfrage mit der Mehrwertslehre verbindet. Hall geht aus von den nach seiner Meinung besseren agrarischen Verhältnissen in Amerika und im alten jüdischen Reich und stellt diese in Gegensatz zu denen in Europa. Die Geschichte des alten jüdischen Reiches beweist, daß ein kleinbäuerliches System (Betriebseinheit 40 acres) mit gleichem agrarischem Eigentum über ein "loi agraire" durchführbar ist.

Hall war vorläufig der letzte Vertreter der bäuerlichen Produktions- und Lebensweise. Es ist verständlich, daß sich in den kommenden Jahrzehnten der Industrialisierung, des wirtschaftlichen Tiefstandes nach der Beendigung der napoleonischen Kriege, keine weiteren Verteidiger fanden, um einer anscheinend überholten Produktionsweise neue Lebensformen zu geben. Auch ein industriell eingestellter Sozialist wie Owen konnte sich unmöglich für einen im Todeskampf befindlichen Bauernstand in rückschrittlicher Weise einsetzen. Er hoffte vielmehr, dieses Problem durch Schaffung kollektiver Großbetriebe lösen zu können.

3. Abschnitt.

Die Ideengeschichte der Anhänger des kollektiven Großbetriebes.

Die Bedeutung Owens für die ideengeschichtliche Entwicklung des Betriebsproblems beginnt erst mit dem Jahre

1816 nach Beendigung der napoleonischen Kriege, als das brennend gewordene Arbeitslosenproblem — 60 % der Bevölkerung war arbeitslos — energische Maßnahmen erforderte; als Owen, der Mitglied der vom Unterhaus eingesetzten Kommission zur Prüfung des Armenrechts war, aufgefordert wurde, über das Arbeitslosenproblem einen Bericht anzufertigen.

Entscheidend für die Betrachtung sind jene Vorschläge (1820), die große, genossenschaftliche Landwirtschaft und Industrie umfassende Siedlungen vorsahen. Gesellschaftlich betrachtet bedeutet dieser auf Absorbierung der landwirtschaftlichen Produktion durch Produktivgenossenschaften hinzielende Plan die Aufhebung der industriellen und agrarischen, produktionstypischen Arbeitsteilung. Ideengeschichtlich ergibt sich der gänzliche Fortfall einer spezifisch landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage überhaupt und die Aufstellung einer neuen produktionellen Betriebseinheit, des synthetischen Großbetriebes. Diese Produktionseinheit spielt in der weiteren Entwicklung, vor allem bei Marx und in den bolschewistischen Zukunftsplänen (= sozialistisches Endstadium) eine entscheidende Rolle.

Die Träger des Owenismus wurden Combe, Thompson, Gray und Morgan.

Diese Schüler Owens dürfen — mit Ausnahme von Gray — grundsätzlich als Anhänger der, Landwirtschaft und Industrie umfassenden, Produktionsweise innerhalb des synthetischen Großbetriebes angesehen werden. Die Erwägungen, die sie zu dieser Anschauung führten, liegen auf humanitärem, produktionstechnischem und sozialem Gebiet. Ihre Ideen unterscheiden sich von denen eines Spence, Ogilvie und Hall durch zwei Momente, die beide aus der wirtschaftlichen Entwicklung in England nach 1815 geboren wurden:

Erstens bildet die Agrar- und Betriebsfrage nicht mehr alleiniger Ausgangspunkt der neuen Gestaltungspläne. Die Erhaltung der alten, und die Schaffung neuer, selbständiger, bäuerlicher Betriebe lassen produktionelle, bevölkerungspolitische und soziale Erwägungen und industrielle Einseitigkeit als unzweckmäßig erscheinen. Nur so erklärt sich die Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal des selbständigen Bauernstandes und die fehlende Würdigung agrarischer und psychologischer Eigenarten. Damit ist die innere Verbindung mit dem zweiten Gegensatz hergestellt: das ist die Gleichsetzung der landwirtschaftlichen und industriellen

Produktionsprozesse und ihre geplante produktionelle Zusammenfassung in kollektiven, synthetischen Großbetrieben.

3. Kapitel.

Die Auswirkung dieser Ideen im Chartismus.

Die Stellungnahme des Chartismus zur Betriebsgrößenfrage wurde dadurch maßgebend beeinflußt, daß die Entwicklung dieser revolutionären Bewegung in der Zeit begann, als England „seinen agrarischen Charakter verlor und den großindustriellen annahm" (Beer). Daraus ergibt sich, daß auch der Chartismus seine Wurzeln in der Bodenfrage hat. Trotz dieser Tatsache, trotz des bedeutenden theoretischen Einflußes von Spence und Ogilvie, gelangte durch den Industrialisierungsprozeß und den Einfluß Owens die kollektive Großproduktion ideengeschichtlich zu einer vorherrschenden Stellung.

Die wahlreformerische Zielsetzung und die revolutionären, klassenkämpferischen Tendenzen der syndikalistischen*) Richtung waren einer besonderen Behandlung agrarischer Probleme nicht günstig. Wie die sechs Punkte der Charter von 1837 überhaupt nur wahlrechtliche und keine wirtschaftlichen Forderungen aufstellten. Ebenso entbehrte das erste politische Arbeiterprogramm des XIX. Jahrhunderts, das Programm der "National Union of the Working Classes and others" vom 9. März 1831 jeglicher näherer Hinweise auf die Gestaltung der sozialistischen Wirtschaftsordnung im allgemeinen, und die der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse im besonderen. Für die weitere ideengeschichtliche Entwicklung wurde bedeutungsvoll, daß vorwiegend der industrielle Arbeiter der Großstädte Träger der Bewegung wurde, daß selbständige Bauern nicht mehr vorhanden waren, und daß das agrarisch eingestellte Ackerproletariat politisch keinen erheblichen Einfluß auf die chartistische Bewegung zu gewinnen vermochte. Der Owensche Plan, die agrarische und industrielle Produktion in synthetischen Großbetrieben zusammenzufassen, entsprach daher durchaus der geistigen Einstellung des Chartismus. Das Projekt Owens vom Jahre 1833, das ganze Königreich kollektiv zu gestalten, und damit dem Owenis-

*) Anm. Die Anwendung des Ausdruckes „syndikalistisch" bedeutet eine Antizipation. Vergl. hierzu im e. Brentano, Ueber Syndikalismus und Lohnminimum. Zwei Vorträge, Südd. Monatsh. 1913, S. 8 ff., S. 21 ff.

mus und der syndikalistischen Richtung ein einheitliches Ziel zu geben, scheiterte lediglich an der Unvereinbarkeit der politischen und taktischen Auffassungen.

Trotzdem die einzelnen dem Chartismus angehörigen, maßgebenden Persönlichkeiten (Hetherigton, O'Brien, u. a.) hinsichtlich ihrer politischen Einstellung ganz verschiedenen Ansichten huldigten, war ihre Stellungnahme zur Frage der produktionellen Gestaltungsweise auf kollektiver Basis durchaus einheitlich. Das ergibt sich daraus, daß auch nach der Trennung von Owen im September 1834 der syndikalistische Flügel den Großbetrieb in Verbindung mit völliger Nationalisierung des Grund und Bodens beibehielt. Diese Einstellung zeigt sich nicht immer klar und begründet, und aus zahlreichen Aeusserungen der Führer (Benbow, Taylor u. a.) lassen sich Feststellungen zum Teil nur hypothetisch entwickeln.

Erst gegen Ende der chartistischen Bewegung wurde von O'Connor erneut versucht, dem Landlordismus und Industrialismus ein antikapitalistisches System von bäuerlichen Kleinwirtschaften entgegen zu setzen, bis dann Jones, der anfänglich das System der Kleinbetriebe befürwortete, wiederum die genossenschaftliche Produktionseinheit, den kollektiven Großbetrieb forderte.

Schlußbetrachtung.

Bei Betrachtung der bisherigen Entwicklung in England ergibt sich, daß das ökonomische Ziel des Chartismus, die Durchführung der synthetischen Betriebseinheit unverwirklicht geblieben ist, da die politische Macht nicht erobert werden konnte. Ideengeschichtlich wurde durch O'Connor und Jones die Agrar-, insbesondere die Betriebsfrage vom Industrialismus wieder eliminiert und damit wieder als ein selbständiges Teilproblem des kapitalistischen Systems und als Sonderproblem des Sozialismus gekennzeichnet. Mit O'Connor und Jones verlor das antikapitalistische System des bäuerlichen Kleinbetriebes in England seine letzten Verteidiger, nachdem Jones selbst seine kleinbäuerliche Theorie liquidieren mußte. Da es auch machtpolitisch nicht möglich war, dem Großgrundbesitz den Boden zu entreissen, blieb die Yeomanry für immer verschwunden. „Eine Bauernklasse im kontinentaleuropäischen Sinne existiert (seitdem) nicht mehr. Hiedurch ist die Bourgeoisie ihres kleinbürgerlichen Schutzes beraubt," (Inprekorr.), indem sie s e l b e r das Haupthindernis einer proletarischen Revolution, die

selbständigen, bäuerlichen Individualwirtschaften, aus dem Wege räumte. Das ist die gesellschaftliche Bedeutung dieser Epoche.

B. Frankreich.

1. Kapitel.

Die agrarische Entwicklung in Frankreich nach 1789.

Die französische Revolution von 1789 hat den vom Feudalismus bedrückten Bauern kein "loi agraire" gebracht. Lediglich aus politischen Gründen wurden die Kirchengüter und Besitzungen der Adeligen konfisziert, im übrigen aber blieben die agrarischen Verhältnisse erhalten. Die Teilbauern und Pächter wurden nicht Eigentümer ihrer Landparzelle, sie blieben auch weiterhin von den neuen bürgerlichen Grundherren abhängig.

Angesichts der überragenden Bedeutung des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes wirkt es zunächst seltsam, daß die Mehrzahl der französischen Sozialisten der vormarxistischen Periode kollektive Großbetriebe forderten. Diese Forderung wird jedoch verständlich, wenn die offensichtlichen sozialen Schäden eines derartigen Pachtsystems in Betracht gezogen werden. Trotzdem entbehrten die kollektivistischen Ideen jeglicher Unterstützung seitens der Bauern, eine Tatsache, die sich bei der französischen Revolution von 1848 und dem Kommunardenaufstand von 1871 insofern für das zur Macht strebende Proletariat unheilvoll auswirkte, als sich hier zum ersten Mal zeigte, daß der „antikollektivistische Bauernschädel" (Schäffle) für eine proletarische Revolution ein schwer zu überwindendes Hindernis darstellt.

2. Kapitel.

Die ideengeschichtliche Entwicklung.

1. Abschnitt.

Die Ideengeschichte der Anhänger des kollektiven Großbetriebes.

Wenn man die Entwicklung seit 1789 behandelt, so ist mit François Babeuf (1760 — 1797) als erstem Vertreter des kollektiven Großbetriebes zu beginnen.

Er hat seine Auffassung über die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage zwei Mal geändert, ehe er sich endgültig zum Großbetrieb bekannte. In seinen späteren Schrif-

ten forderte er eine centralistische Gemeinschaft, die produktionell auf kommunalen Großbetrieben (= Region) mit kooperativem Arbeitsprinzip ruht. Dieser Aufbau einer kollektiven Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfordert die Beseitigung der bestehenden individualistischen. Babeuf versuchte daher, die Direktorialregierung gewaltsam zu beseitigen.

Der nächste bedeutende Vertreter der landwirtschaftlicher Großproduktion ist Charles Fourier (1772 — 1857). Er erstrebte die praktische Durchführung des Rechtes auf Arbeit durch die Zusammenlegung des zerstückelten Eigentums Besonders richtete sich seine Kritik gegen die Mißstände in der Landwirtschaft, „wo der Boden zerstückelt und die Bodenkultur im Kleinen von armen Bauern ohne Intelligenz betrieben wird." (Adler.) Sein Ziel war die einheitliche Ausbeutung des Bodens.

Auf Grund bestimmter rationaler Erwägungen verlangte Fourier die allmähliche Beseitigung des landwirtschaftlichen, individualistischen Betriebssystems. Die produktionelle Einheit seines Systems bildet die sozietäre Kommune, d. i. ein kooperativer Großbetrieb, der etwa eine Quadratmeile Boden umfaßt.

Für die weitere Entwicklung der Idee der Großproduktion waren die Lehren von Saint-Simon (1760 — 1825) und des Saint-Simonismus, die in den damaligen sozialen und wirtschaftlichen Mißständen wurzeln, weniger bedeutungsvoll, da ihnen der spezifisch landwirtschaftliche Charakter fehlt.

Bei Saint Simon ist die Behandlung der Betriebsfrage sehr dürftig. Grundsätzlich waren Saint - Simon und der Saint - Simonismus (Rodrigues, Bazard) Anhänger des kollektiven, landwirtschaftlichen Großbetriebes, der "maison d' association agricole" genannt wird.

Der bedeutendste Vertreter der Großproduktion in der Landwirtschaft war in jener Zeit Louis Blanc (1811—1882).

Da der „Anwendung eines Systems der Kleinbetriebe, der äußersten Zerstückelung des Bodens, der Niedergang des Ackerbaues in Frankreich zuzuschreiben ist", besteht „das Heil für die Landwirtschaft in der Anwendung des Großbetriebes", mit dem „Prinzip der Assoziation und des Kollektiveigentums, nicht aber mit dem des Individualismus." (Blanc.) Durch diese völlige Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsweise hoffte Blanc der Arbeitsbe-

schaffungsfrage (Organisation der Arbeit) eine befriedigende Lösung gewährleisten zu können.

Die von Blanc vorgeschlagene produktionelle Einheit darf wohl als Prototyp des kollektiven landwirtschaftlichen Großbetriebes bezeichnet werden.

Von den besprochenen Systemen unterscheidet sich der Plan von Blanc durch den Versuch einer Beweisführung, insbesondere auf dem Gebiet der Viehwirtschaft. Der Glaube an die „Attraktionskraft" (Schäffle) derartiger Betriebseinheiten und das völlige Uebersehen psychologischer Eigenarten der landwirtschaftlichen Bevölkerung einerseits, taktischer Notwendigkeiten andererseits, ist für jene Epoche charakteristisch. Diese Unzulänglichkeiten finden sich auch bei Louis Blanc wieder.

Bei Etienne Cabet (1788 — 1856) wird die Agrar- und Betriebsfrage ebenfalls einer verhältnismäßig eingehenden Untersuchung unterworfen. Bemerkenswert sind die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung und Hebung der Gras- und Viehwirtschaft. Die produktionelle Einheit in der Landwirtschaft soll der genossenschaftliche Großbetrieb werden, der „ferme" heißt. Die Vor- und Nachteile der einzelnen Betriebskategorien waren Cabet sehr wohl bekannt.

Ideengeschichtlich ist von Bedeutung, daß Cabet die Notwendigkeit einer organisierten Uebergangsphase (organisation sociale transitoire) bereits erkannt hat, und daß nach seiner Ansicht es fünfzig Jahre dauern würde, bis die kollektive Gestaltung durchgeführt sei. Die Uebergangsphase spielt bei Marx und in der bolschewistischen Betriebstheorie eine entscheidende Rolle.

Mit Cabet schließt diese ideengeschichtliche Linie, denn die politischen Erfahrungen der französischen Revolutionsperiode von 1848 zerstörten jäh alle damit verbundenen Illusionen, vor allem den Glauben an die universelle Ausdehnungsfähigkeit derartiger Betriebssysteme und die bisher vorausgesetzte Geneigtheit der landwirtschaftlichen Produktionsträger, ihre Scholle und ihren Betrieb freiwillig aufzugeben. Aus diesen Erfahrungen wurde die neue ideengeschichtliche Linie, die Erkenntnis der Existenzkraft der bäuerlichen Produktionsweise geboren. Die agrarischen Vorschläge von Proudhon und Blanqui gehen von dieser Erkenntnis aus.

2. Abschnitt.

Die Ideengeschichte der Anhänger des bäuerlichen Individualbetriebes.

An erster Stelle ist die Lehre von Pierre Joseph Proudhon (1809 — 1865) zu nennen. Sein Plan geht dahin, durch bestimmte „Verträge" ein neues Eigentum, eine „nue-propriété" zu schaffen durch Umstülpung des bisherigen, kapitalistischen Eigentums zwecks Kompensation des Bodens mit schlechter Bonität und Sicherung der bäuerlichen Wirtschaft.

In Bezug auf das landwirtschaftliche Betriebssystem bedeutet dieses Finanzprojekt die Sanktionierung der bestehenden bäuerlichen Betriebseinheiten und die Identifizierung von Individual b e t r i e b und Grund b e s i t z.

Proudhon hoffte mit diesem System den Landhunger der Bauern zu befriedigen, dem materialistischen Denken der Massen entgegenzukommen, der psychologischen Eigenart der landwirtschaftlichen Bevölkerung gerecht zu werden und endlich die Hochburg des Kapitalismus zu stürzen.

Auch die Bedeutung von Louis Blanqui (1805 — 1881) liegt in der taktisch-politischen Behandlung der Betriebsfrage.

Aus seinen Aufsätzen und Schriften spricht eine feine Kenntnis der psychologischen Eigenarten der landwirtschaftlichen Bevölkerung und deren Bedeutung als retardierendes Moment in der Entwicklung der Betriebsfrage vom Individualismus zum Kollektivismus. Um diese Bedeutung im politischer Kampfe abzuschwächen, ist er bereit, der Bauernschaft vorläufig den Assoziationsgedanken zu opfern zu Gunsten eines Kleinbetriebes in Größe einer vollen Ackernahrung ohne Lohnarbeit. Der kapitalistische Großbetrieb wird als unrechtmäßig verworfen.

S c h l u ß b e t r a c h t u n g.

Ueberblickt man die bisherige ideengeschichtliche Entwicklung in Frankreich, so haben hier Proudhon und Blanqui der individualistischen, bäuerlichen Betriebsweise durch Aufstellung einer Kleinbetriebstheorie Eingang in die sozialistischen Dogmatik verschafft. Ihre Ausführungen beweisen — im Gegensatz zu denen von Babeuf, Fourier, Blanc und Saint-Simon — taktisches Verständnis für die Bedeutung dieser Frage. So gelangte Proudhon zur aus-

drücklichen, Blanqui zur vorläufigen Ablehnung einer konstruktiven Behandlung des Betriebsproblems. Ihre Theorien bedeuten den Versuch, die innere Bindung der sozialistischen Betriebspolitik mit den wirklichen Verhältnissen herzustellen; für sie waren mehr soziale und psychologische Erwägungen als produktionelle Notwendigkeiten maßgebend; daher darf man von ihnen keine exakten wissenschaftlichen und statistischen Untersuchungen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Zweckmässigkeit einer bestimmten Betriebsgrößenklasse erwarten.

C. Deutschland.

Einführung.

Eine vormarxistische Ideengeschichte der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage gibt es in Deutschland nicht. Das von Weitling ausgearbeitete System gehört ideengeschichtlich zur französischen Linie, und die Ausführungen von Rodbertus besitzen mehr sozialen als sozialischen Charakter und dienen an dieser Stelle nur zur Abrundung des Bildes über den gesamten Fragenkomplex.

1. Kapitel.

Karl Rodbertus (1805 — 1875).

Rodbertus trennt die Funktion der Rentenzuteilung von der Funktion der Betriebsleitung. Seine Untersuchungen befassen sich vorwiegend mit der Problematik der ersteren und führen zur Forderung einer entsprechenden „Remedur". Er geht also ebenfalls von der Besitzfrage und nicht von der Betriebsfrage aus. Den kollektiven Großbetrieb lehnt er als Heilmittel ab.

Im übrigen geben seine Untersuchungen über das moderne Agrarwesen weniger Antwort auf die Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb, als sie grundsätzliche eine ausgesprochen freundliche Stellung zur Landwirtschaft, insbesondere dem kapitalitischen Großbetrie gegenüber, zeigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß er selbst Eigentümer des Gutes Jagetzow war.

2. Kapitel.

Wilhelm Weitling (1808 — 1871).

Weitling erstrebte die kommunistische Gemeinschaft in einem großen centralisierten Staate, in dem von einer Stelle aus Produktion, Konsumtion und Verwaltung geleitet werden.

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktionsweise sind zwei Phasen scharf zu trennen:

a) die Uebergangsperiode und

b) das Endstadium in Gestalt der kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

In der ersten Phase bleibt der landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetrieb neben den durch Stimmenmehrheit geschaffenen Kollektivbetrieben des Dorfes, der Stadt und des Distriktes als produktionelle Einheit bestehen. Die künftigen Maßnahmen haben das Ziel, die Anzahl derartiger Betriebe zu vermehren. Für die kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe bedeutet die Uebergangsperiode die sofortige Sozialisierung.

Aus dieser Uebergangsperiode entwickelt sich organisch, unterstützt durch Gewalt, das sozialistische Endstadium. In dieser Periode sind die bäuerlichen Individualbetriebe als produktionelle Einheiten verschwunden und aus den kollektiven Einheiten hat sich die zentralisierte Gemeinschaft entwickelt.

Für die Ideologie ist bezeichnend ,daß Weitling wie seine ideengeschichtlichen Vorläufer und Zeitgenossen, die Gegebenheit der landwirtschaftlichen Großproduktion in der Gemeinschaft und die Bereitwilligkeit der Bauernbevölkerung, in dieser Form zu produzieren, einfach voraussetzt.

Hand in Hand mit der oben gekennzeichneten Entwicklung geht die völlige Verschmelzung von Stadt und Land und damit die allmähliche Beseitigung der produktionstypischen Arbeitsteilung. Die Idee, die gesamte Produktion in synthetischen Großbetrieben zu konzentrieren, hat vor Weitling nur Owen vertreten. Es erscheint zweifelhaft, ob Weitling diese Idee von Owen entlehnt hat. Bemerkenswert ist weiter, daß Weitling wie Blanc der Viehwirtschaft erhöhtes Interesse entgegenbrachte, indem er ihr eingehende Untersuchungen widmete.

II. Die Epoche Marx — Engels.

1. Kapitel.

Karl Marx (1818 — 1883).

Im Gegensatz zum vormarxistischen Sozialismus, der stets bestrebt war, den agrarisch-bäuerlichen Charakter der Gesellschaftsordnung zu bewahren, war Marx wie Owen

bemüht, den Industrialismus zur vollen Entfaltung zu bringen. Hinzu trat bei Marx ein ausgesprochener Haß gegen die Landwirtschaft, insbesondere gegen die Bauern.

Mit dieser mehr gefühlsmäßigen Abneigung gegen die Landwirtschaft verband Marx durch Verallgemeinerung der englischen, landwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen die Ansicht von der produktionellen Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes über die Kleinbetriebe und der Akkumulation von Grund und Boden. Hinzu kommt, daß der Vernichtungsprozeß der bäuerlichen Betriebe durchaus in der Linie seiner sozialistischen Ziele liegt, als auf diese Weise das bäuerliche, einer sozialistischen Wirtschaft hinderliche Eigentum zwangsweise beseitigt wird.

Bei Betrachtung der Stellung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage im Marxschen System lassen sich drei Phasen unterscheiden, deren landwirtschaftliches Betriebs- und Produktionssystem voneinander verschieden ist, eine Erkenntnis, der Marx durch drei entsprechende mehr oder weniger scharf ausgearbeitete Programme gerecht zu werden suchte.

Ihren spezifisch sozialistischen Charakter erhält die Betriebsgrößenfrage bei Marx erst durch die grundsätzliche Ablehnung und Beseitigung jeglichen Privateigentums, auch des sog. bäuerlichen Arbeitseigentums, d. h. Marx kannte in dieser Beziehung überhaupt keinen Unterschied.

Die einseitige Auswertung der englischen Agrarentwicklung und die Betonung der Besitzfrage hinderten eine klare Unterscheidung der einzelnen Betriebskategorien. So findet sich bei Marx die Gegenüberstellung von selbständigen bäuerlichen Betrieben einerseits, von kapitalistischen Großbetrieben und Plantagenwirtschaften andererseits. Wie sich aus dem Abschnitt über die Metairiewirtschaft (Kapital, III. Bd., 2 .Teil) ergibt, umfassen die von Marx angeführten „freien Eigentümer" wohl die Klein- und Mittelbetriebe, und die „Untersassen" die Zwergbetriebe. Für diese Betriebe hat Marx die Konzentrationstheorie aufgestellt, in der Annahme, daß mit einer längeren Dauer der kapitalistischen Reifeperiode zu rechnen sei.

Die Forderungen in der ersten, gegenwärtigen Periode bilden ein Gegenwartsprogramm, dessen Thesen die „Haltung des Proletariats in der geschichtlichen Phase des Uebergangs erst zur Vollentfaltung der bürgerlich-kapitali-

stischen Gesellschaft, zur Herrschaftsantretung der Bourgeoisie und während ihrer Herrschaft" (Grünberg) bestimmen.

Die Kennzeichnung der proletarischen Maßnahmen während dieses Zeitabschnittes und im Augenblick der Machtergreifung stellt den Inhalt der siebzehn „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland" vom Jahre 1848 dar. Diese „Forderungen" ergänzen das „Kommunistische Manifest", das die Haltung des Proletariats für diese Phase nicht behandelt. Auch die „Forderungen" kennen keine ausreichende Unterscheidung der einzelnen Betriebskategorien, auch sie stellen „Bauerngüter", „Bauern und kleine Pächter" und „Bauernstand" in Gegensatz zu „fürstlichen und anderen feudalen Landgütern" und zum „Grundeigentümer" überhaupt, „der weder Bauer noch Pächter ist".

Daß es sich um ein Aktionsprogramm v o r und w ä h r e n d der Konstitution der Diktatur des Proletariats handelt, ergibt sich aus dem Fehlen einer entwicklungsgeschichtlichen Begründung, wie überhaupt Hinweise auf das künftige Schicksal der bäuerlichen Betriebseinheiten sorgfältig vermieden worden sind. Die zahlreichen auf „Bauernschutz" hinzielenden Maßnahmen lassen eher die Vermutung des Gegenteils zu. Es wird weiter die Sozialisierung des feudalen Grundbesitzes und seine genossenschaftliche rationale Bewirtschaftung im Großbetrieb und die Enteignung des übrigen kapitalistischen Grundbesitzes vorgesehen. Die sozialisierungsreifen, kapitalistischen Großbetriebe werden ebenfalls in große Kollektivwirtschaften umgewandelt. Ungeklärt ist die Stellung des auf Lohnarbeit angewiesenen bäuerlichen Großbetriebes. Zwar bleiben die Zwerg-, Klein- und Mittelbetriebe aus macht- und produktionspolitischen Erwägungen zunächst unangetastet, doch beruhen diese auf der Familienwirtschaft ,die vorläufig für den sozialistischen Aufbau nicht ein solches Problem bildet, wie gerade der auf Lohnarbeit angewiesene bäuerliche Großbetrieb, da bekanntlich die Lohnarbeit nach der Machtergreifung sofort abgeschafft wird. Wie die weitere ideengeschichtliche Entwicklung ergibt, hat dieses Teilproblem bis heute noch keine endgültige Lösung gefunden. Eine faktische Lösung brachte die russische bolschewistische Revolution von 1917, wie das Schicksal der sog. „Stolypinschen Gutsbetriebe" beweist: ihre gewaltsame Aufteilung auf die anderen kleineren Betriebe.

In dieser e r s t e n Phase wird das in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eingebettete landwirtschaftliche

Betriebssystem durch die kapitalistischen Tendenzen zwangsläufig („oktroyierter Prozeß") zur Konzentration und Akkumulation entwickelt. Industrie und Landwirtschaft produzieren in ihrer Einheit nebeneinander (Prinzip der typischen Produktionseinheit), jedoch sind beide Produktionszweige finanzkapitalistisch eingebettet (Hypothek, Zins, Lohn, Grundrente, Preis, Unternehmergewinn). Gegen diese den Bauernstand bedrückenden kapitalistischen Lasten richtet sich das Aktionsprogramm.

In der Zeit kurz nach der Machtergreifung durch das Proletariat zeigt sich die Auswirkung der proletarischen Maßnahmen durch die Beseitigung der finanzkapitalistischen Einbettung und die Paralysierung ihres schädlichen Einflusses auf die Existensfähigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das Programm befaßt sich vorwiegend mit dem landwirtschaftlichen Produktionszweig, weniger mit dem gewerblichen und industriellen. Daher kommt es auch, daß die auf Intensivierung des Verhältnisses zwischen Industrie und Landwirtschaft und auf Industrialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe hinzielenden Maßnahmen, wie sie das Zukunftsprogramm eigentlich zur Voraussetzung hat, fehlen.

Die zweite Phase stellt sich dar als die Uebergangsperiode nach der Errichtung und Festigung der Diktatur. Es handelt sich um die eigentliche Transformationsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Was die landwirtschaftliche Betriebsgestaltung im einzelnen anbelangt, so lassen die Marxschen Leitsätze an Klarheit zu wünschen übrig. Es werden im „Kommunistischen Manifest" lediglich eine Reihe von Maßnahmen formuliert, die „nach der Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse allgemein Anwendung finden können." Für diese Uebergangsperiode ist kennzeichnend: Erstens Planwirtschaft für die bereits bestehenden landwirtschaftlichen, kollektiven Großbetriebe und die noch selbständigen bäuerlichen Individualwirtschaften, und damit die Einschränkung der Funktion der selbstständigen Betriebsleitung; zweitens „Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben", was gleichbedeutend ist mit dem Fortfall der privatkapitalistischen Funktion der Rentenzuteilung (= Nationalisierung) für alle landwirtschaftlichen Betriebe; und drittens „Abschaffung des Erbrechtes". Gerade die letztere Forderung gehört zu jenen proletarischen Uebergangsmaßnahmen, die mit anderen eine rechtliche Basis schaffen sollen, auf der die Ueberleitung der noch selbständigen bäuer-

lichen Betriebe in kollektive Großbetriebe vollzogen werden kann. Zeitlich gesehen bedeutet die Abschaffung des Erbrechtes eine Begrenzung der Uebergangsperiode auf die Dauer einer Generation, da dann der Wille des proletarischen Staates für das weitere Schicksal des betreffenden Betriebes entscheidend ist, und alle Möglichkeiten einer mehr oder weniger erzwungenen weiteren Ausgestaltung der kollektiven Großproduktion offen gelassen sind.

Die dritte Phase umfaßt das Endstadium. Das Zukunftsprogramm, das die Organisation der Produktion in der künftigen sozialistischen Gemeinschaft nach der Transformationsperiode behandelt, läßt die endgültige Gestaltungsweise der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse nur andeutungsweise erkennen. Danach fällt zunächst die produktionstypische Arbeitsteilung fort: der landwirtschaftliche und industrielle Produktionszweig vereinigen sich; die einzelnen industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe haben sich derartig verflochten und entwickelt, daß sie zu synthetischen Großbetrieben vereinigt werden können. Der Unterschied zwischen Stadt und Land ist zum Fortfall gelangt.

Aus dieser Darlegung des Marxschen Systems und aus seiner Anschauung, daß „bäuerliches Eigentum", d. h. Privateigentum überhaupt, die Kollektivierung ausschließt und mit sozialistischer Ideologie unvereinbar ist und bleibt, ergiebt sich offensichtlich, daß die siebzehn „Forderungen" von 1848 für Marx lediglich opportunistischen Charakter hatten und keine Revision seiner Anschauungen bedeuteten. Sein Idol bildete die völlige Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise in einzelnen gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben. Mit der „Vereinigung des Betriebes von Ackerbau und Land" und der neuen technischen Produktionsweise mittels „industrieller Armeen" besonders für den Ackerbau, nach einem kollektiven Aufbauplan, hat nicht nur der selbständige Bauernstand, sondern der Bauer überhaupt als der spezifische Träger der bisherigen Agrikultur aufgehört zu bestehen. Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage würde damit durch die von Marx aufgestellte Phasentheorie ihre entwicklungsgeschichtliche Erledigung gefunden haben.

2. Kapitel.

Friedrich Engels (1820 — 1895).

Engels vertrat hinsichtlich der Betriebsfrage die gleichen Anschauungen wie Marx, unterzeichneten doch beide das „Kommunistische Manifest" und die siebzehn „Forderungen" von 1848. Auch Engels fehlte für die Eigenarten der Landwirtschaft jegliches Verständnis. Seine Ausführungen über den Untergang der bäuerlichen Wirtschaft in der kapitalistischen Phase erhalten aus dieser Antipathie heraus — mehr noch als bei Marx — eine scharfe, rücksichtslose Prägung und lassen seine völlige Gleichgültigkeit an dem Dasein und Schicksal dieser Produktionsträger deutlich erkennen.

Schärfer als Marx hat Engels die politische Bedeutung der Bauernfrage hervorgehoben und von der ökonomischen und sozialen Betrachtung getrennt. Beide Momente erzeugen jedoch die grundsätzliche Anschauung, daß die sozialistische Idee auf keinen Fall politischen Erwägungen geopfert und zur zwangsläufigen kapitalistischen Entwicklung grundsätzlich in Gegensatz gebracht werden darf.

Obwohl auch Engels die Besitzfrage in den Ausgangspunkt seiner Betrachtung stellte, so führte die Betonung der politisch-taktischen Seite der Agrarfrage zu einer genaueren Unterscheidung der einzelnen Betriebskategorien als bei Marx. Engels unterschied auf der einen Seite Kleinbetriebe, auf der anderen Mittelbetriebe, großbäuerliche und kapitalistische Großbetriebe und kapitalistischen Grundbesitz überhaupt.

Sämtliche bäuerlichen Individualwirtschaften werden dem Konzentrationsprozeß unterliegen. Bei einer eventuellen vorherigen proletarischen Machtergreifung werden die Mittelbetriebe „wahrscheinlich", die „großen Bauernhöfe" dagegen bestimmt der Enteignung und der Umwandlung in kollektive Großbetriebe verfallen.

In der zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung werden die Individualwirtschaften und landwirtschaftlichen Einzelbetriebe überhaupt verschwunden und durch eine einheitliche, centralistisch geleitete Produktionsform ersetzt sein, deren Kennzeichen das Fehlen produktionstypischer Arbeitsteilung in einzelnen Betrieben, deren Leitspruch die Vernunft, deren produktionelle Basis die synthetischen Großbetriebe und deren Inhalt die ökonomische und gesellschaftliche Gleichheit bildet.

Damit hat die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage genau wie bei Marx auch bei Engels ihre entwicklungsgeschichtliche Lösung gefunden.

3. Kapitel.

Die Auswirkung der bisher entwickelten Ideen in der ersten Internationale (1864 — 1876).

Der Vergleich der Agrarresolutionen der ersten Internationale mit der von Marx und Engels vertretenen Phasentheorie läßt erkennen, daß diese beiden Männer keineswegs die geistigen Urheber der zwiespältigen Betriebspolitik — hie Dogma, hie Taktik! — der sozialdemokratischen Parteien waren. Gegenüber den drei Phasen in der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus mit ihren drei den jeweiligen ökonomischen, sozialen und politischen Umständen angepaßten Programmen, deren erstes sogar auf „Bauernschutzmaßnahmen" zurückgreift, fallen die Agrarresolutionen der Internationale an Wert ganz erheblich ab. Ihnen fehlt vor allem die klare Trennung der verschiedenen Phasen, insbesondere die Herausstellung der Eigenarten der ersten Phase und ein Eingehen auf die entsprechenden taktischen Folgerungen, woraus sich jene charakteristische Unduldsamkeit ergab. Die Idee des synthetischen Großbetriebes tritt auffallend zurück.

Diese Mängel sind einerseits verwunderlich, als die Mitglieder der ersten Internationale de Paepe, Eccarius u. a. direkt von Marx inspiriert worden sind, andererseits beweisen sie, daß die Internationale die Erfahrungen der Revolutionen von 1848 und 1871 nicht auszuwerten verstanden hat, daß ihr anscheinend die siebzehn „Forderungen" von 1848 nicht mehr bekannt waren, und daß die konstruktiven Betriebstheorien (Babeuf, Saint Simon, Blanc usw.), die eine direkte und unmittelbare Umgestaltung der Betriebsverhältnisse vorsehen unter Nichtbeachtung der gegebenen Verhältnisse noch keineswegs überwunden waren.

Die Resolutionen nahmen von Marx und Engels nur die absolute produktionelle Ueberlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebes über die bäuerlichen Betriebe als Dogma auf in Verbindung mit der Anschauung, daß Privateigentum, insbesondere bäuerliches Arbeitseigentum, mit dem Sozialismus unvereinbar und außerdem durch die ökonomische Entwicklung zum Untergang prädestiniert sei. Die Ueberführung in den kollektiven Großbetrieb bildet daher eine sozialistische Notwendigkeit und wirtschaftliche

Zwangsläufigkeit. Der Versuch eines Proudhonisten-Longuet, dem Kleinbetrieb eine gewisse produktionelle Ueberlegenheit zu unterstellen, blieb erfolglos.

Was die Einrede der von Bakunin vertretenen anarchistischen Richtung anbelangt, so läßt sie zwar die Betriebsgrößenfrage in einem neuen staatspolitischen Lichte erscheinen, sie stellt aber nicht die Zweckmäßigkeit der agrarischen Produktionsweise in Form des Großbetriebs in Abrede.

Das ideengeschichtliche Ergebnis dieser Epoche war, daß die erste Internationale die theoretischen und agitatorischen Sätze festgelegt hat, die entscheidend waren für die Agrar- und Betriebstheorien der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, und nicht unmittelbar die Schriften und Betriebstheorien von Marx und Engels. Von Marx stammt vor allem die mit der Besitzfrage verbundene ,daher unklare Betriebsgrößeneinteilung, wie sie beispielsweise im Erfurter Programm Aufnahme gefunden hat.

Da nun die Agrarresolutionen der Internationale in ihrer entwicklungsgeschichtlichen Auffassung dialektische Fehler aufweisen, so wurden diese Fehler von den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien insofern übernommen, als sie zwar auf Grund der angenommenen Entwicklung doktrinär kollektive Großbetriebe forderten, aber nebenher „Kleinbauernschutz" mit Konzessionen betrieben. Die Folge war jener Zwiespalt zwischen Dogma und Taktik, der Glaube an die Fehlerhaftigkeit der Marxschen Entwicklungstheorie (Phasentheorie), soweit sie den landwirtschaftlichen Produktionszweig zum Gegenstand hatte. Diese Ansicht wurde noch bestärkt durch die entgegengesetzten faktischen Entwicklungstendenzen der landwirtschaftlichen Betriebe.

Es muß daher festgestellt werden, daß die angeführten Widersprüche nur bedingt richtig sind und nicht den Kern der Sache treffen. Vielmehr haben Marx und Engels durch die aufgestellte Phasentheorie die entwicklungsgeschichtliche Anpassungsfähigkeit, soweit sie diese Nachgiebigkeit mit ihrem grundsätzlichen Standpunkt überhaupt vereinbaren konnten, garantieren wollen, sodaß sich in dieser Beziehung gerade die in der Nachkriegszeit betriebene „Bauernschutzpolitik" unter bestimmten objektiven Voraussetzungen auf die Marxsche Betriebstheorie berufen kann. Die bolschewistisch-marxistischen Betriebstheorien gehen gleichfalls von dieser Erkenntnis aus.

Zweiter Hauptteil:

Die Auswirkung dieser Ideenentwicklung in der sozialistischen Bewegung in Rußland, Ungarn, Deutschland und Oesterreich.

I. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Rußland von 1861 bis 1927.

1. Kapitel.

Die agrarische Entwicklung von 1861 bis 1917.

Die Stellung des landwirtschaftlichen Betriebssystems im Gesamtprozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zeigt eine Reihe spezifisch russischer Eigentümlichkeiten, deren Kenntnis für die Beurteilung der ideengeschichtlichen Entwicklung, die die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage innerhalb der verschiedenen sozialistischen Richtungen genommen hat, unerläßlich ist.

Grundsätzlich maßgebend ist der vorherrschend agrarische Charakter des Landes. Im Jahre 1855 waren 76 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Die produktionelle Grundlage bildete bis zur Bauernbefreiung von 1861 die Wirtschaft der Gutsbesitzer. Daneben gab es rund 22½ Millionen leibeigene Guts-, Staats-, Apanage- und Possessionsbauern. Die Agrarreform der 60er Jahre mußte also diesen 22½ Millionen Bauern eine neue Lebensbasis schaffen.

Die zur Regelung der Verhältnisse der Apanagebauern aufgestellten Gesetze von 1851, 1858, 1863, das Hauptreformgesetz vom 19. Februar 1861 und die neue für die Staatsbauern durch das Gesetz vom 21. November 1866 festgelegte Agrarordnung beseitigten die alte feudalistische Leibeignenordnung und erleichterten das Eindringen kapitalistischer Tendenzen und beschleunigten dadurch den bereits begonnenen Differentierungs- und Proletarisierungsprozeß im russischen Dorf.

Die Gestaltung der bäuerlichen Betriebe war von der Mirverfassung abhängig. Obwohl seitens der Regierung versucht wurde, den Mir mit einer neuen politischen Sendung

zu betrauen, war diese Institution auf die Dauer nicht in der Lage, die bisherige feudalistische Einbettung zu ersetzen. Dieser Aufgabe konnte die Dorfgemeinde auch nicht durch die Verleihung der Jurisdiktion über ihre Mitglieder gerecht werden.

Eine durchgreifende und befriedigende Agrarreform scheiterte 1861 an den unüberwindlichen adligen Interessengegensätzen (Landlordismus — kapitalistische Gutsbesitzer), die nur eine Kompromißlösung zuließen. So kam es, daß die Bauern mit enormen Abzahlungspflichten und Steuern, deren schlimmste die Kopfsteuer war, belastet wurden. Da nun für die Dorfgemeinde das Prinzip der Solidarhaft für sämtliche öffentlichrechtliche Abgaben bestand, die nach Landanteilen umgelegt wurden, suchten die Gemeinden, das Land nur an die leistungsfähigen Bauern zu verpachten. Wenn man nun weiter berücksichtigt, daß Mittel- und großbäuerliche Betriebe rationaler und daher rentabler wirtschaften können als Klein- und Zwergbetriebe, was beispielsweise bei der Düngung und der Verwendung landwirtschaftlicher Hilfswerkzeuge und Maschinen in Erscheinung tritt, so ist erklärlich, warum sich die Belastung mit Abgaben und Steuern bei den einzelnen Betriebskategorien ganz verschieden auswirkten. Die Folge war die offene oder verschleierte Existenzunfähigkeit der kleineren Betriebe, deren Träger infolgedessen gezwungen wurden, auf dem kapitalistischen Großbetrieb Dienst zu suchen, Land zu hohen Preisen zuzupachten oder den Betrieb ganz aufzugeben.

Aus der Darlegung der landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland der Vorkriegszeit ergibt sich zwar ein Hochkommen der Bauernwirtschaften und ein Zurückgehen der bisher herrschenden Gutswirtschaften, aber gleichzeitig eine besondere Notlage der kleineren, bäuerlichen Einheiten, die noch dadurch verstärkt wurde, daß erstens die dauernd aus den untersten Betrieben abgestossenen bäuerlichen, proletarisierten Massen in den Industriestädten keine Arbeit finden konnten, da die unentwickelte Industrie nicht aufnahmefähig war, und daß zweitens die Bevölkerungszahl stetig zunahm. Nach Prokopowitsch verringerte sich infolgedessen der Landbesitz der Bauern pro Kopf von 1861 bis 1905 um 36 Prozent.

Witte versuchte die russische Volkswirtschaft durch eine geschickte Industriepolitik aus dieser Zwangslage zu retten, was ihm jedoch nur teilweise geglückt ist. In seinen Erinnerungen schreibt er darüber folgendes: „Wenn ich

während meiner Verwaltung durch die Entwicklung des Eisenbahnnetzes und der Industrie 4 bis 5 Millionen Menschen, d. h. aber mit ihren Familien 20 bis 25 Millionen Menschen dem platten Lande entzogen habe, so habe ich gleichsam damit den Landfonds um 20 bis 25 Millionen Dessjatinen*) vergrößert."

Das Ergebnis dieser Agrarentwicklung war der Landhunger der Bauern. Statistisch würde sich dieses Ergebnis am Ende des 19. Jahrhunderts wie folgt darstellen lassen:

Landbesitzgruppen:	Anzahl der Besitzungen:	Land in Dessj.	Durchschnittliche Anzahl von Dessj. auf 1 Besitztum:
10 Dessj. und weniger	409864	1625226	3,9
10 „ bis 50 Dessj.	209119	4891031	23,4
50 „ „ 500 Dessj.	106065	17326495	163,3
500 „ „ 2000 „	21748	20590708	947,0
2000 „ „ 10000 „	5368	20602109	3825,0
10000 „ und mehr „	699	20798504	29754,0
Im ganzen üb. 500 „	27833	62991321	2227,0
Summe im europ. Russl.	752888	85834073	114,0

(Lenin, Agrarfrage, S. 8.)

Die Stolypinsche Agrarreform von 1905 und die späteren Ergänzungsreformen von 1906, 1910, 1912 bahnten die völlige Liquidation des Mir an, um dadurch die endgültige Entwicklung vom Kollektiveigentum des Mir zum Individualeigentum des Kapitalismus einzuleiten, nachdem erkannt worden war, daß das Mirsystem die seiner Zeit gestellte politische Aufgabe nicht erfüllen konnte, außerdem hinderte dieses System die Hebung des produktionellen Niveaus der Bauernbetriebe. Die neue Agrarpolitik nach 1905 förderte daher besonders die Gründung außerhalb des Mir gelegener Bauernhöfe. Auch gewisse politische Erwägungen spielten hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Nach Olberg waren Ende 1912 bereits etwa 2,5 Millionen Bauernhöfe ausgeschieden, beziehungsweise neu eingerichtet worden.

Doch war die Stolypinsche Agrarreform zu spät gekommen: sie konnte dem Individualprinzip eine ruhige Entwicklung nicht mehr gewährleisten, vor allem konnte der Landmangel nur zu ungefähr 27 Prozent beseitigt werden.

*) Anm. 1 Dessjatine = 2,7 engl. arces = 1,09 ha.

Der Druck der landhungrigen Masse blieb weiter bestehen, er verband sich in der Folgezeit mit einem grenzenlosen Haß und Neid gegen die „Stolypinschen Einzelgehöfte", die teils Mittel-, teils großbäuerliche Betriebe darstellten und vorwiegend für den Markt arbeiteten. Im Jahre 1917 hatten sie ungefährt 16 Millionen Dessjatinen Land in Bearbeitung.

Die sich aus den agrarischen Mißständen ergebenden ökonomischen und sozialen Spannungen verlangten nach einer Entladung. Und so traf das Ereignis ein, was Witte schon anläßlich der russischen Revolution von 1905 voraussah, als er in seinen „Erinnerungen" schrieb:

„Wenn der Kollektivbesitz an Stelle der Feldgemeinschaft sich jemals in Rußland verwirklichen sollte, so kann das nur geschehen, nachdem der Besitz in Form der Feldgemeinschaft durch den Feuerschlund des Individualismus, d. h. durch den Individualbesitz, hindurchgegangen sein wird. Das kann nur dann geschehen, wenn der Mensch an dem Heil seines persönlichen Lebens, seines „Ich" verzweifeln und die Rettung für sein persönliches Heil in dem „wir" erblicken wird."

Diesen „Feuerschlund" stellte die russische Revolution von 1917 dar. Sie verwirklichte das Individualprinzip und schuf annähernd 23 Millionen fast gleichgroße Individualbetriebe und beendigte damit den Uebergang vom Kollektiv- zum Individualeigentum. Die Frage, ob sich auch der zweite Teil der Prophezeiung von Witte erfüllen wird, die Frage, ob sich aus der These, der Feldgemeinschaft, und der Antithese, dem Individualbetrieb, die Synthese, der kollektive, beziehungsweise synthetische Großbetrieb, entwikkeln wird, kann nur die Zukunft entscheiden. Jedenfalls bildet diese Frage die Schicksalsfrage des russischen Sozialismus, wenn nicht die des Sozialismus überhaupt.

2. Kapitel.

Die ideengeschichtliche Entwicklung.

1. Abschnitt.

Marx und die russische Betriebsgrößenfrage.

Die Stellungnahme von Marx zu dieser Frage kann nur verstanden werden, wenn man die agrarischen Ideen, die zu seiner Lebenszeit in Rußland vorherrschend waren, in Be-

tracht zieht. Von maßgebendem Einfluß war in dieser Beziehung die Tatsache, daß fast alle russischen Sozialisten bis zur Gründung der russischen, marxistischen Partei im Jahre 1883, in der Umteilungsgemeinde eine spezifisch russische Agrarinstitution sahen, die dem Kapitalismus und damit dem Differentierungsprozeß Einhalt bieten würde, und die daher besonders geeignet sei, als „Urzelle" einer sozialen Neugestaltung in Rußland zu dienen. Abgesehen von Radischtschew, der das Gemeindeeigentum bekämpfte und den Bauern persönliches Eigentumsrecht am Grund und Boden konzedieren wollte, also für unabhängige Individualbetriebe eintrat, verteidigten der Dekabrist, Pestelj, ferner Herzen, Tschernischewski, Obrutschew, Michajlowski, Tkatschew, Bakunin, Plechanow, Tolstoi u. a. in mehr oder weniger ausgeprägter Form derartige Ansichten.

Jedoch muß hervorgehoben werden, daß die Umteilungsgemeinde kein landwirtschaftlicher, kollektiver Großbetrieb, keine Produktivgenossenschaft, sondern eine agrarische Rechtsinstitution war, die eine Anzahl Bauernbetriebe umfaßte.

Daher sahen die meisten Sozialisten in ihr nur eine organisatorische Vorstufe zur reinen sozialistischen Wirtschaftsordnung, jedoch nicht alle. Pestelj hielt beispielsweise die Gemeinde als zukünftige Gemeinschaftsform bei, verlangte jedoch ein ewiges Anrecht der Mitglieder auf Betriebe in Größe einer vollen Ackernahrung (Ernährungsnorm), die zum Unterhalt einer fünfköpfigen Familie ausreicht. In klassischer Form hat die transformatorische Bedeutung der Umteilungsgemeinde bei Tschernischewski ihren Ausdruck gefunden.

Diese Ideen der russischen Sozialisten fanden in die Marxsche Theorie Eingang und entsprechende entwicklungsgeschichtliche Bewertung. Aus seinen Schriften spricht die berechtigte Befürchtung, daß erstens die ökonomische und soziale Stellung der Umteilungsgemeinde das kleinbäuerliche Betriebssystem vor dem Eindringen kapitalistischer Tendenzen und ihren Auswirkungen auf die Dauer nicht würde retten können, und daß zweitens die unmittelbare Durchführung der kollektiven Großproduktion in Rußland nur im internationalem Maßstab durchgeführt weren kann.

Wenn nun Marx entgegen dieser Befürchtung, gestützt auf sein vorzügliches Material, das inzwischen von Rjasanow

veröffentlicht wurde, doch noch die Ueberzeugung hatte, daß, diese Gemeinde der Stützpunkt für die soziale Wiedergeburt in Rußland ist", (Marx) so wird verständlich, warum Gogel unter Hinweis auf den bereits in voller Entwicklung befindlichen Differentierungsprozeß behaupten konnte, daß Marx und Engels von ihren russischen Freunden getäuscht worden seien.

Von einem Täuschungsversuch kann jedoch kaum gesprochen werden, da um das Jahr 1882 diese Mirtheorien im In- und Ausland in sozialistischen und slavophilen Kreisen noch durchaus lebendig waren. Erst allmählich wurden sie durch die aufkommende marxistische Richtung zurückgedrängt. Ganz verschwunden sind sie heute noch nicht. Hurwicz führt eine noch nicht veröffentlichte Arbeit von Katscharowski an, aus der hervorgeht, daß der Gedanke des „Agrarkollektivismus" auch nach dem Weltkrieg noch stark lebt. Für die Lebendigkeit dieser Theorien ist bezeichnend, daß der Glaube an den Mir durch Bakunin Eingang in die Satzungen der ersten Internationale gefunden hatte. Da Marx entgegengesetzte Ansichten wahrscheinlich nie unterbreitet worden sind, ist seine Stellungnahme durchaus verständlich.

Im übrigen hinderte der Tod Marx daran, die einzelnen Ergebnisse seiner russischen Forschung auszuwerten, und gegebenenfalls seine Auffassung über die transformatorische Bedeutung der Dorfgemeinde einer Revision zu unterziehen.

2. Abschnitt.

Die Entwicklung innerhalb des nichtmarxistischen Sozialismus.

In Bezug auf die landwirtschaftliche Betriebsgestaltung lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: eine konstruktive und eine entwicklungsgeschichtliche. Innerhalb der konstruktiven Richtung ist zu unterscheiden zwischen jener Betriebstheorie, die grundsätzlich den Kleinbetrieb erstrebt und jener, die unmittelbar die kollektive Großproduktion durchführen will.

Zu der ersten gehören die Theorien von Herzen,, Ogarew, Serno - Solowjewitsch, Schelgunow, Saytschiewski u. a. Die Eigentümlichkeit dieser Richtung besteht in der Konservierung des überlieferten Mirsystems, innerhalb dessen die Existenz des auf dem „Seelenanteil" aufgebauten bäuerlichen Kleinbetriebes gesichert werden mußte. Infolge ihres

slawophilen Charakters waren ihr auf Großproduktion gerichtete Bestrebungen fremd.

Die zweite Gruppe konstruktiver Betriebstheorien umfaßte vor allem Bakunin, Tkatschew, die Anhänger des „Volkswillen" und die polnische, sozialrevolutionäre Partei Proletaryat. Sie ging von der Erkenntnis aus, daß der Mir in dem damaligen politischen System nur ein menschenunwürdiges Scheindasein friste, und daß infolgedessen eine Wandlung zum Besseren erst nach Erlangung der politischen Macht durch die sofortige ökonomische Umgestaltung der Agrargemeinden im sozialistischen Sinne bei entsprechender Sozialisierung der kapitalistischen und sonstigen Großbetriebe möglich wäre. Die einzelnen Betriebskategorien, wie sie sich bisher im Rahmen der Dorfgemeinde entwickelten, würden bei Verwirklichung der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften restlos fortfallen. Der Kollektivismus der Arbeit (Fortfall der Funktion der selbständigen Betriebsleitung) und des Eigentums (Fortfall der Funktion der Rentenzuteilung) hätten ihre Verwirklichung gefunden.

Auch Michajlowski und Tschernischewski als grundsätzliche Anhänger des landwirtschaftlichen Großbetriebes müssen zu dieser Gruppe gerechnet werden.

Die entwicklungsgeschichtliche Richtung umfaßt erstens die auf den Großbetrieb hinzielenden Theorien und zweitens die auf dem Kleinbetrieb aufbauenden. Zur ersten Gruppe gehören Plechanow, Deutsch und die Anhänger der Organisation „Schwarze Aufteilung", zur zweiten die Sozialrevolutionäre Partei mit Tschernow und Gerschuni.

Die eine Gruppe, die um 1878 noch an eine besondere Mission des Mir glaubte, und die daher anfänglich diese Agrarinstitution mit ihrem Parzellensystem konsequenterweise zu schützen suchte, erstrebte später — als sie das Eindringen des Kapitalismus feststellen mußte — die Liquidation der Umteilungsgemeinden, um desto eher die einzelnen Betriebe im kapitalistischen Prozeß heranreifen und in die kollektive Großproduktion hineinwachsen zu lassen. Sie betrachtete also die landwirtschaftliche Betriebsdynamik im Hinblick auf das sozialistische Endziel, während bei der anderen Gruppe diese Zielsetzung zunächst von sekundärer Bedeutung war, da sie in erster Linie auf die gegenwärtigen Betriebsverhältnisse, besonders auf die landwirtschaftlichen Kollektivformen des Besitzes (Mir, Artelen), ihr Hauptaugenmerk richtete. Die erstere Gruppe sah die

Entwicklung in Epochen verlaufen, die letztere betrachtete nur die kapitalistische Phase.

Die weitere ideengeschichtliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsfrage nach 1906 bis zum Ausbruch der Märzrevolution im Jahre 1917 konnte im einzelnen infolge Fehlens der notwendigen Unterlagen nicht verfolgt werden. Doch beweist die Stellungnahme der Sozialrevolutionären Partei in der Revolutionsperiode von 1917 und 1918, daß bemerkenswerte Wandlungen in ihrer Betriebstheorie nicht eingetreten sind. Grundsätzlich gelten daher die sozialrevolutionären Betriebsthesen auch für die weitere Entwicklung.

3. Abschnitt.

Die Entwicklung innerhalb des marxistischen Sozialismus.

Die marxistische Richtung unterschied sich von den anderen sozialistischen Strömungen erstens durch die Ansicht, daß auch Rußland den kapitalistischen Prozeß mit allen seinen ökonomischen, sozialen und politischen Folgen durchlaufen würde, um dann, zur Vollreife entwickelt, den sozialistischen Aufbau zu ermöglichen; und zweitens durch die Betonung der hervorragenden Bedeutung des industriellen Proletariats für diese Entwicklung, eine Erkenntnis, die dem nichtmarxistischen Sozialismus infolge seiner einseitigen Vorliebe für die Bauernschaft in dieser Fassung fremd war.

Was den ersten Punkt anbelangt, so konnte der bereits in vollem Gange befindliche Differentierungs- und Proletarisierungsprozeß als Beweis angeführt werden, während sich die Rechtfertigung der zweiten Ansicht aus der mit der Entwicklung der Industrie (Witte) zusammenhängenden Vermehrung der Industriearbeiter ergibt.

Die bereits im Jahre 1902 hervorgetretenen agrarischen Meinungsverschiedenheiten und die Ereignisse der Revolution von 1905 führten zu der Agrarprogrammbewegung von 1905/06. Vom Standpunkt der Betriebsgrößenfrage gab es vier marxistische Theorien: Erstens die von Lenin formulierte Theorie der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ,zweitens die von Martow und Plechanow verteidigte Theorie der Munizipalisierung, drittens eine die allgemeine Landaufteilung begünstigende Theorie und viertens eine rein politisch - agitatorisch eingestellte.

Die von Lenin aufgestellte bolschewistische Betriebstheorie zeigt folgende Eigentümlichkeiten:

Erstens war die bolschewistische Richtung entwicklungsgeschichtlich eingestellt. Unter Zugrundelegung der Marxschen Phasentheorie befand sich nach ihrer Auffassung die Entwicklung in Rußland am Anfang der kapitalistischen Phase. Daher fehlten

zweitens für sozialistische, großproduktionelle Pläne die entsprechenden ökonomischen, geistigen und politischen Voraussetzungen. In Erkenntnis der gegebenen Verhältnisse und im Hinblick auf das sozialistische Endziel wurde daher

drittens vorläufig von einem direkten Eingriff in die landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse abgesehen und die Forderung der Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens gefordert, d. h. Beibehaltung der Funktion der selbständigen Betriebsführung und Abschaffung der Funktion der Rentenzuteilung durch Uebertragung auf die Allgemeinheit.

Hieraus ergaben sich für die Folgezeit drei Uebergangsziele:

Erstens die endgültige Liquidierung des Mirsystems und Weitertreibung des kapitalistischen Prozesses über die bürgerliche Revolution (1905) hinaus zur proletarischen (1907);

zweitens Verhinderung einer weiteren Ausdehnung der bäuerlichen Betriebe durch Vermeidung einer dem Sozialismus nachteiligen allgemeinen Landaufteilung;

drittens die Heranbildung von Bauernräten.

Die menschewistischen Agrarthesen unterschieden sich von den bolschewistischen in folgenden Punkten: Während Lenin genau wie Marx und Engels die Bauern haßte und eine Förderung und Mehrung der bäuerlichen Betriebe grundsätzlich verwarf, waren Axelrod und Plechanow durchaus bauernfreundlich eingestellt, soweit eine solche Einstellung in Rußland von einem marxistischen Sozialisten überhaupt vertreten werden konnte. Dieser Bauernfreundlichkeit entsprach auch die zugestandene Aufteilung des enteigneten Grund und Bodens auf die bäuerlichen Betriebe.

Aus grundsätzlichen, ökonomischen und taktischen Erwägungen verzichteten also die Menschewisten

erstens auf die Sozialisierung und Nationalisierung der bäuerlichen Ländereien. Sie garantierten den bäuerlichen

Betrieben die Unantastbarkeit der Funktion der selbständigen Betriebsleitung und der Funktion der Rentenzuteilung (während der kapitalistischen Phase), während die Bolschewisten wenigstens letztere beseitigen wollten. Die Lebensfähigkeit der einzelnen Bauernwirtschaften, die von dem verfügbaren Boden abhängt, mußte durch die Zuweisung, beziehungsweise durch die Verpachtung der enteigneten Ländereien ganz erheblich gefestigt werden. Andererseits wurde dadurch, wie sich die Bolschewisten ausdrückten, „das Band zwischen Proletariat und Bauernschaft" zerrissen und der Entwicklung zum Individualismus, zum Individualbetrieb erheblich Vorschub geleistet.

Zweitens verzichteten sie auf eine revolutionäre Auswertung der bestehenden Spannungen zwischen den einzelnen Bauernschichten. Für die Menschewisten war die landwirtschaftliche Betriebsfrage ein entwicklungsgeschichtliches Problem, das nur ökonomisch im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Prozeß gelöst werden konnte, nicht aber auch politisch durch die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Die vorgesehene Umwandlung der kapitalistischen Großbetriebe in kollektive war längst Gemeingut aller marxistischen Parteiprogramme Westeuropas gewesen; diese Forderung fand sich in fast allen in Betracht kommenden Agrarprogrammen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Forderung auch Eingang in das russische, menschewistische Agrarprogramm gefunden hatte.

Die dritte Richtung vertrat eine blanquistisch anmutende Agrartheorie. Sie forderte die Aufteilung des gesamten Grund und Bodens, also ein kleinbäuerliches System von Minsk bis Orenburg.

Während diese drei Richtungen eine positive Lösung der Betriebsfrage vorschlugen, war die vierte negativ eingestellt. Sie lehnte jedes Agrarprogramm ab, um auf diese Weise das Betriebsproblem wenigstens vorläufig aus der Welt zu schaffen. Diese rein politisch-agitatorische Richtung verlangte lediglich taktische Resolutionen, die der jeweiligen politischen Lage angepaßt werden könnten.

Das Endergebnis war die Annahme der Munizipalisierungstheorie.

Zwei Ergebnisse der bisherigen ökonomischen Entwicklung müssen besonders herausgestellt werden, da sie die weitere ideengeschichtliche Entwicklung der sozialistischen Betriebsgrößenfrage in Rußland maßgebend beeinflußten.

Erstens die nicht mehr zu übersehende Bedeutung der landwirtschaftlichen Großbetriebe für die Volksernährung, die 1915 schon 12 % des gesamten Getreides lieferten, in Verbindung mit einer entsprechenden Steigerung der Landknappheit der kleineren Betriebskategorien, und zweitens die Entstehung und wachsende Bedeutung der großbäuerlichen „Stolypinschen Einzelgehöfte" und ihre weitestgehende Förderung seitens der Regierung, die auf diese Weise reaktionäre und antirevolutionäre Bollwerke auf dem Lande schaffen wollte, um gegen die politischen Folgen der deutlich in Erscheinung tretenden Verschärfung der ökonomischen und sozialen Spannungen innerhalb der Bauernschaft gesichert zu sein.

Während nun die Menschewisten und die Sozialrevolutionäre die Bodenfrage durch ganz bestimmte unmittelbare Eingriffe in die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse zu lösen suchten, versuchten die Bolschewiki unter Ausnutzung der ökonomischen und politischen Gegensätze auf dem Lande und im Hinblick auf das Endziel mit der allgemeinen Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens — vorläufig wenigstens — auszukommen. Sie sahen also zunächst von unmittelbaren Eingriffen ab und begnügten sich mit Maßnahmen, die die eigentliche Betriebsgestaltung auf dem Lande nicht unmittelbar veränderten. Sie machten diese Frage, die Frage der künftigen Betriebsgestaltung, abhängig von der Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat. Die eine Tatsache stand jedoch fest, daß das bolschewistische Agrarprogramm eine Enteignung und Aufteilung des gesamten Grund und Bodens zu Gunsten der landlosen Proletariermassen und der kleineren Betriebskategorien auch für die Dauer der Uebergangszeit nicht vorsah. Die Betriebsfrage war für die Bolschewiki eine Frage sekundärer Natur, im Vordergrund des ganzen Interesses stand die Frage der Konstitution der Diktatur des Proletariats. Bis dahin war die russische Bodenfrage nur ein politisches Mittel zum Zweck der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Die weiteren Konferenzen von 1907, 1908, 1912, 1914 und 1915 führten zu keiner bemerkenswerten Aenderung der verschiedenen Agrartheorien, was im einzelnen auch aus der Stellungnahme der marxistischen Parteien in der Revotionsperiode von 1917/18 zu ersehen ist. Lediglich die Forderung der Sozialisierung der kapitalistischen Großbetriebe (über 100 Dessj.) fand entsprechend der gestiegenen

volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Betriebskategorie auch im bolschewistischen Agrarprogramm Aufnahme.

Endlich sei noch bemerkt, daß in der bisherigen Entwicklung vorwiegend politische und soziale Gründe die Stellungnahme zur landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage beeinflußten, weniger produktionelle und betriebstechnische Erkenntnisse, wie beispielsweise in Deutschland. Erst durch die Auswirkungen der Kriegs- und Revolutionszeit wurde die Frage der russischen sozialistischen Betriebsgestaltung und deren Beziehungen zur Volkswirtschaft und Weltwirtschaft in ihrer ganzen Problematik aufgerollt.

3. Kapitel.

Die Auswirkung der bisher entwickelten Ideen in der Revolutionsperiode von 1917 (Provisorische Regierung, Koalitionsregierung).

Die Februarrevolution des Jahres 1917 beseitigte die Zarenherrschaft. Eine provisorische Regierung mit Lwow, Miljukow, Schingarew und Kerenski (Trudowiki) übernahm die Leitung der Staatsgeschäfte. Unabhängig konstituierte sich nebenher der Sowjet, der Rat der Arbeiter und Bauern.

Diese Periode vom Ausbruch der Revolution bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats im Oktober des gleichen Jahres wird charakterisiert durch eine „fortschreitende Revolutionierung der Bauernschaft," (Stalin), verursacht durch die unentschiedene Haltung der in dieser Zeit herrschenden Richtungen der Menschewisten, Kadetten und rechten Sozialrevolutionäre, die es verabsäumten, die Bodenfrage einer schnellen und endgültigen Lösung entgegenzuführen.

Auch die im April nachfolgende Koalitionsregierung unter Lwow mit den Sozialisten Kerenski, Tschernow (Landwirtschaftsminister), Skobeljew, Peschechonow, Zeretelli, Godnew vertrat denselben Standpunkt wie die bürgerliche Regierung Lwow.

Während die Verschleppung der Agrarfrage durch den bürgerlichen Landwirtschaftsminister der provisorischen Regierung Schingarew noch verständlich erscheint, ist die gleiche Einstellung bei den sozialistischen Parteien, deren Agrarprogramme Landaufteilung zu Gunsten der unzulänglich mit Boden ausgestatteten Zwerg- und Kleinbetriebe, Schaffung neuer Familienwirtschaften und Sozialisierung der kapitalistischen, landwirtschaftlichen Großbetriebe vorsahen,

um so bemerkenswerter. Der Plan Tschernows, die Güter des Adels zu sozialisieren, jedoch im übrigen die endgültige Lösung der Bodenfrage der Nationalversammlung zu überlassen, scheiterte an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, die als Verteidiger des Privateigentums auftraten. Die politischen Auswirkungen dieser Politik ließen nicht lange auf sich warten. Eine allgemeine Enttäuschung bemächtigte sich der Bauern, die nun versuchten, auf eigene Faust die Bodenfrage örtlich in ihrem Interesse zu lösen.

Die bisher friedlich verlaufene Bauernbewegung nahm jetzt ausgesprochen revolutionären Charakter an.

Die gewaltsame Lösung der Bodenfrage im Sinne des Individualitätsprinzips befand sich also bereits in voller Entwicklung, als die Bolschewiki am 25. Oktober 1917 die Nationalversammlung am Tage ihrer Einberufung sogleich wieder auflösten und die proletarische Diktatur errichteten.

4. Kapitel.

Die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage in Sowjetrußland.

1. Abschnitt.

Die Entwicklung bis zur Proklamation der „Neuen ökonomischen Politik" (NEP) im Jahre 1921.

In der Zeit nach dem Ausbruch der Februarrevolution bis zur Ergreifung der Macht am 25. Oktober 1917 suchten die Bolschewiki ihr altes Agrarprogramm von 1905/06 zu verwirklichen. Sie waren nicht gewillt, der aufgezeigten geistigen Entwicklung zum Individualismus auf dem Gebiete der Betriebsgestaltung entsprechende Konzessionen zu machen, die eine Förderung, Vermehrung und Stärkung der bäuerlichen Wirtschaften zur Folge haben mußten. Immerhin waren sie so weitsichtig, ihre Sozialisierungsbestrebungen nicht allzu offen zu dokumentieren, wenn sich auch die sozialistische Zielsetzung nicht verleugnen läßt. Richtungweisend waren die Agrarthesen, die Lenin im März 1917 aufstellte.

Die Bolschewiki glaubten anfänglich, daß sie sich in der Zeit des Ueberganges von der kapitalistischen Epoche zur Diktaturperiode befänden, und daß es sich noch nicht um die sofortige umfassende Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung handle, sondern nur um die Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen. In dieser Er-

kenntnis stellte Lenin „nicht die Einführung des Sozialismus als unmittelbare Aufgabe hin, sondern lediglich die sofortige Uebernahme der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion und Distribution aller Erzeugnisse durch die Sowjets." Hieraus ergibt sich, daß die bolschewistische Parole „Friede, Brot, Freiheit, Land" nicht zu Gunsten der individualistischen Betriebsweise ausgelegt werden darf. Zwar war noch keine direkte Expropriation und Sozialisierung der Betriebe unter 100 Dessjatinen vorgesehen, wohl aber ihre organisatorische Einfügung in die sozialistische Planwirtschaft.

Die Bolschewiki wollten also erstens durch die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens die Bodenaufteilung verhindern und die Funktion der Rentenzuteilung auf den Staat übertragen, und zweitens durch die Uebernahme der Kontrolle durch die Sowjets die Funktion der selbständigen Betriebsleitung weitestgehend einschränken und die Bauern zwingen, sozialistisch denken und arbeiten zu lernen und nicht mehr individualistisch. Nach der Durchführung dieser vorbereitenden Maßnahmen wäre die Vollsozialisierung des landwirtschaftlichen Produktionszweiges nach Marxschem Vorbild nur eine Frage der Zeit gewesen. Die Bauernfrage — die letzten Endes eine Bodenverteilungsfrage ist — würde damit ihre rationale Lösung gefunden haben. Die Bolschewiki verliessen jedoch bald diesen gemässigten Standpunkt, indem sie nunmehr den Versuch machten, entgegen ihrer anfänglichen Auffassung, unmittelbar die Sozialisierung durchzuführen. (April 1917). Dabei gingen Lenin und Stalin offenbar von der Hoffnung aus, daß die Bauern sofort zur Kollektivbewirtschaftung übergehen würden. (Aufruf vom 27. April 1917). Man setzte aber nicht nur die psychologische Geneigtheit des Bauern zu einem solchen Vorgehen voraus, sondern auch seine intellektuelle Fähigkeit. „Die Mehrzahl der ansässigen Bauern wird wissen, wie sie planmäßig das Land verwalten und bearbeiten sollen. Diese Arbeit muß von ihnen geleistet werden." (Lenin).

Der vom 26. Juli bis 3. August 1917 in Petrograd tagende VI. Kongreß der Russischen Sozialdemokratischen Partei (Bolschewiki) bestätigte offiziell diese bolschewistische Betriebspolitik unter Ignorierung der tatsächlichen Verhältnisse. Weder die gefaßten Beschlüsse, noch das „Manifest" wurden dem Landhunger der Bauernmassen und dem bäuerlichen Individualismus gerecht.

Durch zwei Ereignisse wurden die Bolschewiki veranlaßt, ihre bisherige Auffassung über die Betriebsgrößenfrage zu prüfen und einer entsprechenden Aenderung zu unterwerfen: erstens durch die Veröffentlichung „von 242 Berichten, die von den Ortsdelegierten dem Allrussischen Kongreß der Bauerndeputierten in Petrograd überreicht wurden" (Lenin), die deutlich das Streben der Bauernmassen nach einem eigenen Individualbetrieb erkennen lassen, und zweitens durch das Zusammengehen mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre vom Oktober 1917 bis zum Sommer 1918 unter gleichzeitiger Verwertung des sozialrevolutionären Agrarprogramms. Diese Wandlung ist um so auffallender, als sie Lenin im Mai 1917 noch ausdrücklich abgelehnt hatte.

Während die Stellungnahme der Bolschewiki zur landwirtschaftlichen Betriebsfrage bisher durchaus einheitlich und eindeutig war, unter steter Zugrundelegung der Agrartheorie von 1905/06, besitzt die weitere ideengeschichtliche Entwicklung durch die Aufnahme der sozialrevolutionären Agrartheorie zwiespältigen Charakter. Die Bolschewiki verwarfen nämlich ihr Agrarprogramm nicht, sondern hängten das kleinbäuerliche, sozialrevolutionäre Agrarprogramm einfach an. Denn von allen russischen Agrarprogrammen entsprach das sozialrevolutionäre Programm den Wünschen der russischen Bauernmassen am weitestgehenden, während die Maßnahmen des bolschewistischen Agrarprogramms der Entwicklung zum Individualbetrieb direkt entgegenstanden. Als nun die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewisten zögerten, ihr Agrarprogramm zu verwirklichen, nutzten die Bolschewiki diese günstige politische Lage geschickt aus. Die Bauernmassen wurden für die proletarische Revolution gewonnen, wodurch die Diktatur des Proletariats sichergestellt war. Lenin durfte ausrufen: „Mögen sie jetzt versuchen, uns zu stürzen!" Und mit Recht konnte Stalin feststellen: „Ohne diese Lehren der Koalitionsperiode wäre die Diktatur nicht möglich gewesen," ohne sie wären bei der Behandlung des Betriebsgrössenproblems politische, nicht wieder gutzumachende Fehler begangen worden.

Für die weitere ideengeschichtliche Entwicklung bis zur Proklamation der NEP (Neue ökonomische Politik) im Jahre 1921 war entscheidend, daß einerseits die bolschewistische und die sozialrevolutionäre Betriebstheorie um alleinige Anerkennung kämpften, andererseits, daß die allmäh-

lich wieder zur vorherrschenden Geltung gelangende bolschewistische Betriebstheorie mit allen Mitteln verwirklicht werden sollte, was die Gewinnung der antikollektivistisch eingestellten Bauernmassen zur Voraussetzung hatte.

Der Ideenstreit wurde im Jahre 1918 beendet. Das Jahr 1919 bildet also das Geburtsjahr der nun beginnenden sozialistischen Aufbauperiode.

Die weitere Entwicklung zeigte, daß die tatsächlichen Verhältnisse, seien es die ökonomischen Gegebenheiten, seien es die bäuerlichen, psychologischen Eigenarten, stärker waren als die physische Gewalt der Bolschewiki, ihre Agrar- und Gesellschaftstheorie in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe (Artel, Kommune, Sowjetwirtschaft, Produktivgenossenschaften)*) und die bäuerlichen Konsumbetriebe waren nicht in der Lage, den Bedarf der Städte an landwirtschaftlichen Produkten auch nur annähernd zu decken. Hinzu kam, daß das Jahr 1920 eine Mißernte brachte. Die Bauern hielten daher in kluger Voraussicht das Getreide zurück. Auch die Weltrevolution konnte nicht verwirklicht werden. Es war also nicht möglich, die sozialistische Wirtschaftsordnung auf mehrere Länder — etwa auf ganz Europa — auszudehnen und dadurch gewisse agrarische und industrielle Ausgleichsmöglichkeiten zu schaffen. Damit wurde zum ersten Mal die alles beherrschende Frage akut: Wird es möglich sein, in einem einzigen Lande allein die Sozialisierung durchzuführen?

Die Hoffnung auf Rettung durch die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe mußte endgültig aufgegeben werden. Neue Bauernaufstände drohten die Herrschaft der Sowjets zu zerstören. An eine fortschreitende Betriebskonzentration in sozialistischem Sinne konnte unter diesen Umständen nicht mehr gedacht werden. Um sich aus dieser

---

*) Anm. Die Kommune wird gebildet durch die Zusammenlegung kleiner Bauernwirtschaften zu einer gemeinsamen Großwirtschaft bei gemeinschaftlicher Hauswirtschaft.

In den Artels ist die Nutzung des Bodens und der Produktionsmittel gemeinschaftlich, bei getrennter Hauswirtschaft.

In der Produktivgenossenschaft ist nur die Bodenbearbeitung gemeinschaftlich.

Die Sowjetwirtschaft ist ein zentralistisch geleiteter, staatlicher Großbetrieb (Staatliche Regie).

Notlage zu retten, proklamierte die Regierung im Mai des Jahres 1921 die NEP.

Der entscheidende Grundzug dieser neuen Wirtschaftspolitik bildete die Heranziehung der bäuerlichen Mittelbetriebe als Hauptstütze der landwirtschaftlichen Produktion. Es handelt sich vor allem um die Betriebe, die mehr als vier Dessjatinen umfaßten. Sie allein sind in der Lage für den Markt zu arbeiten ,wenn man von den völlig dezimierten großbäuerlichen Betrieben absieht. Gegen die vorherrschende volkswirtschaftliche Bedeutung dieser mittleren Betriebskategorie traten die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe und die kleineren, bäuerlichen Konsumbetriebe unter 4 Dessjatinen bald vollständig zurück. Diese Erkenntnis brach sich in den Reihen der russischen Bolschewisten Bahn und führte zu einer Umgestaltung der bisherigen Betriebstheorie und -politik. „Der strebende Bauer, d. i. der Mittelbauer, ist die Zentralfigur unseres Wirtschaftsaufschwunges." (Lenin).

Damit war die entscheidende Wandlung auch ideengeschichtlich vollzogen. Das Individualprinzip hatte sich entgegen starken kollektivistischen Bestrebungen durchzusetzen vermocht. Das Kollektivprinzip mußte bis auf weiteres liquidiert werden.

Durch die Wandlung der Ansichten über die Betriebspolitik in Sowjetrußland ist die Frage berechtigt: Welche Ursachen veranlaßten den Uebergang von der bisherigen konstruktiven, „sprunghaften" (Trotzki) Behandlungsweise dieses Problems zu einer entwicklungsgeschichtlichen?

Wenn man von der verhältnismäßig kurzen sozialrevolutionären Episode vom Oktober 1917 bis zum Sommer 1918 absieht, so stellte die Entwicklung vom März 1917, unter Fortführung der alten Diktaturtheorie von 1905, bis zum Jahre 1921 einen einzigen Versuch dar, möglichst rasch und umfassend die landwirtschaftliche Großproduktion zu organisieren.

Die Bauernschaft reagierte auf die Agrarpolitik (raswjorstka - Getreideerfassung, Sozialisierungsbestrebungen) der Bolschewiki „mit einer Verringerung ihrer Wirtschaft bis zur Selbstverbrauchernorm. Die Bauern säten nur, um sich selbst zu ernähren, sie säten also sehr viel weniger als früher." (Kamenew). Das Schicksal der hungernden Arbeiterbevölkerung in den Städten berührte sie nicht.

Die Gründe, die zur Liquidation dieser bolschewistischen Betriebspolitik führten, waren endogener und exogener Natur.

Bei den endogenen Ursachen waren im einzelnen von entscheidendem Einfluß:

Erstens die diametral entgegengesetzte Entwicklung zum Individualbetrieb, die ihrerseits wieder mit der allgemeinen geistigen Entwicklung zum Individualismus zusammenhängt.

In diesem Zusammenhang sei an den Ausspruch von Max Weber erinnert, den Hainisch anführt, daß „die Agrarfrage nicht nach einer kollektivistischen, sondern nach einer individualistischen Lösung ringe," und an die entsprechende Prognose von Witte.

Zweitens der Zusammenbruch der bolschewistischen Naturalwirtschaft infolge des allgemeinen Tiefstandes der russischen Volkswirtschaft, des Widerstandes der Bauern und der Disproportionalität zwischen Industrie und Landwirtschaft. Damit war die einzige Möglichkeit genommen, den antikollektivistischen und egozentrischen Bauernschädel durch die Hingabe entsprechender Vorteile (Industrieprodukte) für die sozialistische Großproduktion zu gewinnen.

Hieraus folgt, daß die landwirtschaftlichen kollektivistischen Großbetriebe bedeutungslose, künstliche Betriebsformen bleiben müssen und vorläufig noch bleiben werden, deren dynamisches Weitergreifen (sozialistischer Konzentrationsprozeß) und deren „Attraktionskraft" (Schäffle) schwer überwindliche ökonomische und ideologische Hindernisse entgegenstehen.

Zu diesen endogenen Ursachen trat noch als sehr wichtiger exogener Faktor: die Aenderung der weltrevolutionären Perspektiven. Die Erkenntnis, daß sich der Weltkapitalismus doch stabilisiert habe, führte zur Liquidation der bisher geltenden Theorie von der unmittelbar bevorstehenden weltrevolutionären Situation und weiter zur Isolation der russischen Volkswirtschaft. Die Verwirklichung der Weltrevolution hätte den russischen Bolschewisten zweifellos die Möglichkeit gegeben, die landwirtschaftliche Großproduktion durchzuführen, selbst gegen den Willen der Bauern. Da die geschichtliche Entwicklung einen anderen Verlauf nahm, mußte sich die bolschewistische Betriebstheorie den russischen und weltkapitalistischen Bedingtheiten anpassen und

genau wie vor dem Weltkriege der Zarismus, auf die leistungsfähigen bäuerlichen Individualbetriebe, insbesondere Mittelbetriebe, zurückgreifen.

2. Abschnitt.

Die Entwicklung nach der Proklamation der NEP von 1921 bis 1927.

Da 85 Prozent der russischen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, und der bäuerliche Mittelbetrieb zahlen- und flächenmässig, volkswirtschaftlich und politisch die wichtigste Betriebseinheit darstellt, kann der NEP das Schlagwort als Kennzeichnung dienen: Freie Bahn dem Mittelbetrieb! Diese nur vorübergehende Umstellung auf das Individualprinzip bedeutet nicht das Aufgeben der sozialistischen Zielsetzung überhaupt (landwirtschaftlicher Großbetrieb, synthetischer Großbetrieb), sondern den Versuch, diese Zielsetzung mit kapitalistischen Mitteln zu erreichen: das Individualprinzip erhält freien Spielraum, um das Kollektivprinzip, geschützt durch die proletarische Diktatur, zu verwirklichen. Diese grundsätzliche Feststellung ist von Bedeutung, da zahlreiche Aeusserungen von bolschewistischer Seite zu gegenteiligen Vermutungen Veranlassung geben könnten.

Gegenwärtig handelt es sich für die Bolschewisten darum, die endogenen Hindernisse zu beseitigen, um dadurch die weitere Durchführung des sozialistischen Aufbaues sicherzustellen. Ihr Ziel muß also sein:

a) Die Beseitigung der Disproportionalität zwischen Landwirtschaft und Industrie (Preisschere).

b) Die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion.

Die funktionalen Beziehungen zwischen dem industriellen und landwirtschaftlichen Produktionszweig bedingen einerseits die Abhängigkeit der Industrialisierung von der Hebung der Landwirtschaft, andererseits die Verbreiterung der industriellen Basis als erste Voraussetzung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte. Nun ist aber die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion nur durch weitestgehende Förderung der bäuerlichen Individualbetriebe und zwar aller Betriebskategorien möglich. Neben diesen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten spielen natürlich politische und soziale Erwägungen eine ausschlaggebende Rolle. Die enge Verflechtung dieses ganzen Betriebs-

fragenkomplexes mit der fortschreitenden Industrialisierung wurde von Lenin in der Schrift „Ueber die Naturalsteuer" eingehend dargelegt.

Die unmittelbare Folge des Eindringens kapitalistischer Tendenzen in das proletarische Staatswesen mußte ein erneuter Differenzierungsprozeß innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe sein, über dessen Charakter keine einheitliche Meinung besteht. Es handelt sich nämlich um die Frage, ob dieser Differentierungsprozeß denselben Charakter besitzt wie der in der kapitalistischen Vorkriegszeit, oder ob er jetzt, in der Diktaturperiode, besondere Eigentümlichkeiten aufweist.

Parallel mit dieser kapitalistischen Entwicklung, die dazu führt, daß der bäuerlich Großbetrieb, die sog. russische Farmwirtschaft, allmählich den Mittelbetrieb überholt, der Großbauer (Kulak) den Mittelbauer (Sserednjak) ablöst, die Dorfgemeinde völlig gesprengt, die Kommunen und Familienwirtschaft in Individualwirtschaften zerfallen, Lohn- und Pachtsystem umsichgreifen und die schwächeren Zwerg- und Kleinbetriebe abfallen und proletarisieren, wenn sie der proletarische Staat nicht durch besondere Maßnahmen schützt, läuft der sozialistische Konzentrationsprozeß, dessen Wesen darin besteht, daß der Industrialisierungsprozeß den Kollektivierungsprozeß innerhalb der Landwirtschaft beschleunigt, und daß die Sowjetwirtschaften Knotenpunkte dieser Entwicklung darstellen.

Der bäuerliche Individualbetrieb wird also mit dem kollektiven Großbetrieb erneut um die Vorherrschaft kämpfen müssen: These und Antithese, Individualbetrieb und kollektiver Großbetrieb, im weitesten Sinne gesehen Kapitalismus und Sozialismus stehen sich gegenüber. Die inneren Gegensätze lassen eine Synthese, eine Mischform nicht zu (a. M. Bauer). Die Kardinalfrage ist also: Wird es dem Kollektivprinzip unter dem Schutz der Diktatur des Proletariats möglich sein, das in voller Entwicklung auf den Kapitalismus befindliche Individualprinzip zu liquidieren, um seinerseits den Siegeslauf in sozialistischer Richtung einzuschlagen?

Nach Preobraschensky „kann man sich den ganzen Prozeß in Form von zwei abgestumpften Kegeln oder Pyramiden vorstellen, die mit ihren Grundflächen nach oben nebeneinander gestellt sind, und sich dabei denken, daß diese Figuren wachsen. Auf eine bestimmte Zeit ist das Wachstum sowohl in der einen wie in der anderen Sphäre ohne

Zusammenstösse möglich. Aber es tritt ein Augenblick ein, in dem ein Zusammenstoß unvermeidlich ist und einer von beiden Platz machen muß." Die beiden Figuren sehen so aus:

Die Gefahr, die dem sozialistischen Aufbau in Sowjetrußland droht, läßt sich aus der Darlegung des sozialistischen, strategischen Aufbauplanes deutlich erkennen: Entweder gelingt es, diese kapitalistische „regressive Zwischenperiode — „Neo-Nep" — in die sozialistische Konzentrationsperiode überzuleiten, also die zweifellos stark differenzierten bäuerlichen Wirtschaften eventuell mit Gewalt in eine höher organisierte Produktionsstufe überzuführen, oder das Proletariat hat aufgehört zu regieren.

Der Trotzkismus und die Kritik der internationalen Sozialdemokratie gehen von dieser Alternative aus.

Ideengeschichtlich gesehen besteht der Unterschied zwischen der Periode des „Kriegskommunismus" (1917—1920) und der späteren Periode der NEP (Neo-NEP) darin, daß die landwirtschaftliche Betriebsfrage in der einen Periode eine mehr konstruktive, in der anderen eine dynamische Lösung erfahren sollte, beziehungsweise erfahren wird.

Es herrschte anfänglich die Ansicht vor, daß die Jahre 1918/20 für die landwirtschaftliche Betriebsgestaltung eine Epoche darstellten, deren Kennzeichen die unmittelbare Ueberführung der bäuerlichen Individualbetriebe in kollektive Großbetriebe sei. In der gegenwärtigen Periode unterwirft man diese Frage einer allmählichen, entwicklungsgeschichtlichen Behandlungsweise. Es hatte sich angesichts der nicht zu leugnenden antikollektivistischen Einstellung der Bauernmassen die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die Jahre 1918/20 doch keine Epoche darstellten, daß eine solche auch nicht eintreten werde, daß vielmehr die Ent-

wicklung der Betriebskategorien in Phasen verlaufe (Phasentheorie), deren Richtung zwangsläufig durch ökonomische, geistige und politische Gegebenheiten vorgeschrieben werde, woraus sich die gegenwärtige Behandlungsweise der Betriebsgrößenfrage als dynamische Frage durch die bolschewistische Regierung von selbst ergibt. Da es fest steht, daß die Vollsozialisierung der Landwirtschaft nicht auf einmal durchzuführen ist, so versucht man eine allmähliche Lösung in Verbindung mit einer entsprechenden Entwicklung der bereits sozialisierten Industrie und der landwirtschaftlichen Sowjet- und Kollektivbetriebe.

Der Trotzkismus und die internationale Sozialdemokratie verneinen nun, genau wie Marx, auf Grund ihrer Beurteilung der spezifisch russischen Eigentümlichkeiten, der ökonomischen Rückständigkeit, der weltwirtschaftlichen- und politischen Isoliertheit, insbesondere auf Grund des Vorherrschens der bäuerlichen Individualbetriebe (insgesamt etwa 23 Millionen) die Möglichkeit, daß in einem Lande, Rußland, der Sieg des Sozialismus durchführbar sei, vor allem da die proletarische Revolution in allen Ländern noch nicht gesiegt und sich das Tempo der Weltrevolution verlangsamt hat.

Die Theorie, nach der der sozialistische Wirtschaftsaufbau nur im Weltmaßstab durchgeführt werden kann, bedeutet für den Trotzkismus keineswegs den Verzicht auf den sozialistischen Aufbau überhaupt, wie er beispielsweise für die russische Sozialdemokratie — soweit die gegenwärtige Periode in Frage kommt — bezeichnend ist. Ausdrücklich betont Trotzki in seinem Buch „Kapitalismus oder Sozialismus", 1925, die Notwendigkeit, mit dem „sozialistischen Bauwerk" zu beginnen.

Die Frage ist jetzt, welche Unterschiede bestehen zwischen dem Trotzkismus und der von der bolschewistischen Mehrheit vertretenen Phasentheorie bezüglich der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage?

Die Phasentheorie steht der Entwicklung der Individualwirtschaften im sozialistischen Sinne optimistisch gegenüber, der Trotzkismus pessimistisch. Die Phasentheorie ruht auf dem Glauben an die sozialistische Zukunft dieser Betriebe, dem Trotzkismus fehlt dieser Glaube. Der Trotzkismus deckt die Zwiespältigkeiten auf, nicht zu. Er lehnt daher konsequent die diesen bäuerlichen Betrieben geübte freundliche Politik ab — obwohl sie nach der Phasentheorie

politisch (Sicherung der Diktatur des Proletariats) und ökonomisch (notwendige Verbreitung der landwirtschaftlichen Produktionsbasis) notwendig ist — und verlangt eine Intensivierung des Industrialisierungsprozesses auf Kosten der bäuerlichen Wirtschaften. Nach der trotzkistischen Theorie sind es vor allem drei Momente, die eine derartige Umstellung erfordern:

a) der Differentierungsprozeß im russischen Dorf und seine Folgeerscheinungen,

b) die Disproportionalität zwischen Landwirtschaft und Industrie und

c) das langsame Tempo der Industrialisierung.

Nach der Phasentheorie handelt es sich um einen allgemeinen Konzentrationsprozeß in kollektiver Richtung, nicht um einen Differentierungs- und Proletarisierungsprozeß innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe wie im kapitalistischen Rußland der Vorkriegszeit.

Demgegenüber sieht die trotzkistische Theorie in dem Differentierungsprozeß die gradlinige Fortsetzung jenes in der Vorkriegszeit bereits im Gange findlichen Prozesses. Daher rechnet sie mit den gleichen ökonomischen und sozialen Folgeerscheinungen.

Die beiden Sekundärprozesse, die sich aus dem Differenzierungsprozeß entwickeln: der Proletarisierungsprozeß und der kapitalistische Konzentrationsprozeß sind wegen der tatsächlich bestehenden Disproportionalität zwischen Industrie und Landwirtschaft in der Lage, den sozialistischen Aufbau zu gefährden. Denn wenn sich die sozialisierte Staatsindustrie langsamer entwickelt als die Landwirtschaft, was die Phasentheorie bestreitet, aber nach Ansicht der trotzkistischen Thorie der Fall ist, wenn die beiden Sekundärprozesse aus dem landwirtschaftlichen Betriebssystem nach „oben" die kapitalistischen Farmwirtschaften und großbäuerlichen Betriebe, nach „unten" die proletarisierten Massen abschneiden würden, so müßte eine derartige Entwicklung zur Restauration des Kapitalismus und zur Liquidation der Diktatur führen.

Um dieser bestehenden Gefahr entgegenzuarbeiten, schlägt der Trotzkismus erstens eine 40 % Erhöhung der Steuern für die größeren Bauernbetriebe vor und eine entsprechende Befreiung der unteren Betriebe, zweitens eine Forcierung des Industrialisierungstempos durch Erhöhung

der Preise für Industrieprodukte. Dieses Mittel, das unmittelbar die Rentabilität und damit die ökonomische Kraft jeder einzelnen Bauernwirtschaft beeinträchtigt, müßte jedoch bald das bisherige Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft grundlegend ändern (Scherenproblem / Scherenkrise). In Erkenntnis dieser verhängnisvollen Auswirkung lehnte die XV. Konferenz der K. P. S. U. im November 1926 und der IV. Rätekongreß diese Vorschläge ab (Rykow). Beide Maßnahmen würden eine gemeinsame Abwehrfront der gesamten Bauernschaft vom Zwergbetrieb bis zum Kulakenbetrieb gegen eine derartige Betriebspolitik der Sowjetregierung schaffen und mit der von Lenin im Jahre 1905 / 06 aufgestellten Diktatur- und Klammertheorie (Klammer zwischen Proletariat und Bauernschaft) unvereinbar sein. Es handelt sich also im Grunde genommen bei dem ganzen Streit um die Frage nach der richtigen, zweckentsprechenden Behandlung der machtpolitisch ausschlaggebenden Individualbetriebe, um eine „Verhältnisfrage" (Lenin), weniger um grundsätzliche Kontroversen um die sozialistische Zielsetzung: die ist unbestritten. Hieraus ergibt sich der politisch-taktische Charakter des ganzen Betriebsgrößenproblems in Sowjetrußland.

Das bolschewistische Cardinalproblem ist demnach: zu sorgen, daß sich die Entwicklung der Individualbetriebe zum kollektiven Großbetrieb unter der Diktatur des Proletariats vollzieht und nicht gegen sie im kapitalistischen Sinne.

Zweifellos ist die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats solange möglich, als nicht ihre Existenz den Expansionsbestrebungen der Individualwirtschaften im Wege ist ,und das Proletariat in den Augen dieser Bauernmassen der politische Hegemon ihrer in den Revolutionsjahren eroberten Landparzellen gilt. Der russische Bolschewismus befindet sich infolgedessen insofern in einer zwiespältigen Lage, als er einerseits den bäuerlichen Individualbetrieb in steigendem Masse fördern und stärken muß, um seine Ernährung zu sichern und seine machtpolitische Basis nicht zu verlieren, andererseits die sozialistische Zielsetzung (synthetischer Großbetrieb), in erster Linie vorläufig die Vollsozialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft, nicht aus der Blickrichtung verlieren darf.

Die gegenwärtigen Versuche (1930) des russischen Bolschewismus, die Kollektivierung der bäuerlichen Individual-

betriebe mit Gewalt durchzuführen und das Tempo der Weltrevolution erheblich zu beschleunigen, bedeuten nichts anderes, als daß die Bauernmassen im Begriff sind, sich gegen die Diktatur zu wenden. Die Träger der bolschewistischen Diktatur haben eingesehen, daß dem Aufschwung der bäuerlichen Betriebe im kapitalistischen Sinne ein Ende bereitet werden muß, um nicht die proletarische Diktatur in Gefahr zu bringen. Der Kampf zwischen Individual- und Kollektivprinzip geht weiter.

Mit Recht kann man sagen, daß die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage letztenendes für den russischen Bolschewismus die Schicksalsfrage bildet.

II. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Ungarn von 1867 bis 1924.

1. Kapitel.

Die Zeit von 1867 bis zum Ausbruch der Revolution von 1918.

Die sozialistische Entwicklung in Ungarn verlief ideengeschichtlich ähnlich wie in Oesterreich. Nachdem das im Jahre 1867 von Leo Frankels geschaffene marxistische Programm in Vergessenheit geraten war, erfolgte im Jahre 1890 im Auftrage der österreichischen Parteileitung in Budapest die Neugründung der ungarländischen, sozialdemokratischen Partei. Die Partei nahm die Hainfelder Prinzipienerklärung an, womit sich die Stellungnahme der ungarländischen Sozialdemokratie zur landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage von selbst ergab.

Die sozialistische Betriebstheorie mußte in Ungarn mit vier Tatsachen rechnen:

Erstens bestand eine anhaltende Konzentrationsbewegung. Die kapitalistischen, landwirtschaftlichen Großbetriebe nahmen an Zahl und Bedeutung stetig zu, die bäuerlichen Betriebe entsprechend ab.

Zweitens fehlte in Ungarn jene breite Schicht bäuerlicher Mittel -und Großbetriebe, wie sie beispielsweise in Deutschland eigentümlich war und noch ist.

Drittens gab es also weniger eine Bauernfrage wie in Oesterreich, als vor allem eine Landarbeiterfrage zu lösen.

Viertens ergab sich als natürliche Folge dieses Verhältnisses der Landhunger der ungarischen Landbevölkerung.

Die drei zuerst aufgeführten Erscheinungen fanden entsprechende wissenschaftliche Auswertung, die vierte blieb bis 1918 unberücksichtigt.

Die ungarländische Sozialdemokratie behandelte die Betriebsfrage vorwiegend vom ökonomischen und produktionell-technischen Standpunkte in stetem Zusammenhang mit dem kapitalistischen Entwicklungsprozeß. Bei dieser Frage, die in Ungarn im Anschluß an die deutschen Agrardebatten (1895) aufgeworfen wurde, handelte es sich darum, ob der Groß- oder Kleinbetrieb der landwirtschaftliche Betrieb der sozialistischen Zukunft werden würde. Grundsätzlich vertrat die ungarische, sozialdemokratische Agrartheorie die gleiche Ansicht wie das Erfurter Programm. Ausgehend von der Marxschen Konzentrationstheorie sah das neue Programm der sozialdemokratischen Partei Ungarns von 1903 die Sozialisierung der kapitalistischen Großbetriebe und die allgemeine Organisation der landwirtschaftlichen, kollektiven Großproduktion vor, insbesondere mit dem bestimmten Untergang der bäuerlichen Individualwirtschaften zu rechnen war. Auf Grund dieser Auffassung verzichtete die Sozialdemokratie hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebsgestaltung auf Uebergangsmaßnahmen zu Gunsten der bäuerlichen Individualbetriebe.

Die Landarbeiterfrage wurde wie die Arbeiterfrage behandelt. Man glaubte den Landarbeitern ebensowenig wie den Industriearbeitern Individualbetriebe konzedieren zu können. Daher konnte auch von einer vorübergehenden Landaufteilung an die Landarbeiter nicht die Rede sein. Die einzige in Betracht kommende Betriebsform war der landwirtschaftliche, kollektive Großbetrieb. Damit war die Betriebsgrößenfrage für den ungarischen Sozialismus im Sinne der Betriebsthesen der ersten Internationale (Produktivgenossenschaften) gelöst.

Diese Auffassung ist bis zum Ausbruch der Revolution im Jahre 1918 durchaus einheitlich geblieben.

Daher kam es, daß bei Ausbruch der Revolution weder die Gewerkschaft noch die Sozialdemokratische Partei über ein Agrarprogramm verfügten, das den politischen und psychologischen Anforderungen entsprochen hätte. Die Folge war eine Spaltung der Partei in eine doktrinäre Richtung, die auf dem Boden der Agrarthesen von 1903 stand und deren Verwirklichung propagierte, und die in der grundsätzlichen Forderung des kollektiven Großbetriebes

mit der kommunistischen Richtung (gegr. 21. Nov. 1918) einig war, und in eine opportunistische. Diese Richtung war bereit, von jenen Grundsätzen von 1903 soviel zu streichen wie das Interesse der Revolution und die vorliegenden Machtverhältnisse erforderten. Sie glaubte, sich dem bürgerlichen Charakter der ersten Revolutionsperiode (31. Oktober 1918 — 21. März 1919) anpassen zu müssen.

2. Kapitel.

Die Auswirkung der verschiedenen Ideen in der Revolutionsperiode vom 31. Oktober 1918 bis zum 21. März 1919.

Die ökonomischen Auswirkungen der Kriegswirtschaft und die elende Lage der Landbevölkerung hatten zur Folge, daß der Landhunger, die Sehnsucht nach einem eigenen Stück Land gestillt werden mußte. Als daher die Karolyi'sche Koalitionsregierung, in der auch der opportunistische Flügel der ungarländischen Sozialdemokratie vertreten war, am 31. Oktober 1918 die Macht ergriff, mußte sie vor allem dieser bäuerlichen Ideologie gerecht werden.

Das Regierungsgesetz über die Bodenreform vom 2. Februar 1919 behielt demnach folgende Betriebskategorien bei: a) die kapitalistischen Großbetriebe bis 200 bezw. 500 Joch (1 Joch = 0.575 ha), b) die großbäuerlichen Betriebe, c) die Mittelbetriebe, d) die Kleinbetriebe, e) die Zwergebetriebe. Die Lohnarbeit wurde beibehalten. Sie fand im Gesetz sinngemäße Regelung. An Neugründungen waren vorgesehen:

a) kollektive Großbetriebe (ohne Größenangabe) und

b) Kleinbetriebe in Größe einer vollen Ackernahrung.

Die von den Landarbeitern bereits gegründeten Produktivgenossenschaften sollten bevorzugt werden.

Während also die opportunistische Richtung bereit war, der herrschenden individualistischen Geistesströmung weitestgehend entgegenzukommen, lehnte die doktrinäre Richtung derartige Abweichungen aus ökonomischen und politischen Erwägungen grundsätzlich ab, insbesondere da gewaltsame Sozialisierungen von kapitalistischen Großbetrieben bewiesen, daß das Kollektivprinzip sich durchsetzen würde. Hinzu kam, daß die Schaffung neuer Individualbetriebe die Lebensmittelversorgung der großen Industriestädte gefährden mußte, und daß die zusammengebrochene Wirtschaft nicht in der Lage war, die technischen Schwierig-

keiten zu beseitigen (Bereitstellung von Vieh, Einrichtungsgegenständen usw.). Endlich war entscheidend, daß die Kommunistische Partei Ungarns unter dem Einfluß der damaligen Agrarthesen des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale vom 19. März 1919 ebenfalls die allgemeine Landaufteilung verwarf und die Vollsozialisierung der Landwirtschaft forderte.

Als sich daher am 21. März 1919 die Ungarländische Sozialdemokratische Partei mit der Kommunistischen Partei Ungarns zur Ungarländischen Sozialistischen Partei vereinigte, verlor das bisherige dem Kleinbetrieb freundliche Agrarprogramm der sozialdemokratisch-opportunistischen Richtung seine praktische Bedeutung. Es wurde von einem anders eingestellten Agrarprogramm abgelöst.

3. Kapitel.

Die Auswirkung der verschiedenen Ideen in der Diktaturperiode vom 21. März 1919 bis zum 1. August 1919.

Das kommunistische Agrarprogramm vom Dezember 1918 kannte im Gegensatz zu den sechs Betriebskategorien des bisherigen Agrarprogramms der opportunistischen, sozialdemokratischen Richtung nur zwei Betriebskategorien: den Kleinbetrieb, dessen maximale Größe durch die Arbeitsnorm bestimmt werden sollte, und den Großbetrieb in Gestalt der Produktivgenossenschaft und des Staatsbetriebes. Die Funktion der selbständigen Betriebsleitung blieb für die Kleinbetriebe auf die vorübergehende Dauer ihres Bestehens erhalten, während die Funktion der Rentenzuteilung fortfallen sollte. Im Agrarprogramm der opportunistischen Richtung blieb infolge des gewahrten kapitalistischen Charakters auch diese Funktion unangetastet. Die gleiche Ansicht wurde von Bela Kun in seinem Brief vom 11. März 1919 an den Sozialdemokraten Bogar vertreten.

Die Gründe, die die Kommunistische Partei Ungarns und die doktrinäre Richtung veranlaßten, die Großproduktion einzuführen und dem landlosen Proletariat keinen Boden zur eigenen Bearbeitung zu überweisen, waren folgende:

Erstens rechnete man wie in Rußland und Deutschland mit dem baldigen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in Europa und dem unmittelbaren Siege der Weltrevolution. In diesem Falle wäre die Durchführung der landwirtschaftlichen, kollektiven Großproduktion durch ein-

fache Sozialisierung der kapitalistischen Großbetriebe für Ungarn volkswirtschaftlich vorteilhaft gewesen. Die proletarische Diktatur hätte die Entwicklung zum Individualbetrieb aufgefangen und gegebenenfalls dem Kollektivprinzip gewaltsam zum Siege verhelfen können.

Zweitens wäre dadurch die bereits vorhandene, wenn auch nicht ausschlaggebende Strömung zur kollektiven Arbeitsweise innerhalb des landwirtschaftlichen Proletariats erheblich gefördert worden und hätte so dazu beigetragen, das Individualprinzip schneller zu liquidieren, als dies in anderen Ländern, wie beispielsweise in Rußland, möglich ist, wo die Agrarrevolution von 1917 dem Individualbetrieb bereits die Vorherrschaft gesichert hatte.

Drittens erlaubte der ungarische Bodenfond überhaupt keine allgemeine Landaufteilung in zahllose Kleinbetriebe. Es fehlten nach Mandl 1,5 Millionen Hektar und die notwendigen landwirtschaftlichen Geräte und Einrichtungen.

Viertens bot das Ueberwiegen der kapitalistischen Großbetriebe selten günstige Sozialisierungsmöglichkeiten. Insgesamt wurden 55,56 Prozent der anbaufähigen Fläche der kollektiven Großproduktion unterworfen, während in Rußland damals nur rund 3 Prozent in dieser Form bewirtschaftet wurden. Hieraus ergibt sich weiter, daß

fünftens die Sozialisierung notwendig war, um die „Kontinuität der Produktion" (Varga, Böhm) sicherzustellen, vor allem was den Getreideanbau anbelangte, weniger den Anbau hochqualifizierter Produkte wie Gemüse usw., der von den bäuerlichen Wirtschaften betrieben wurde. Die Bodenaufteilung und die Schaffung von Kleinbetrieben etwa in Größe von 1 Hektar, die natürlich reine Konsumwirtschaften gewesen wären, hätten wie in Rußland die Ernährung gefährdet. Erschwerend kam hinzu, daß das kleine Ungarn in besonderem Maße von der Eigenproduktion abhängig war, da die umliegenden Staaten die Einfuhr gesperrt hatten.

Sechstens hätte das ungarische Industrieproletariat, die Hauptstütze der Diktatur, die mit einer derartigen Ernährungskrise verbundenen Entbehrungen nicht so ruhig ertragen wie das russische Industrieproletariat, sondern sich gegen die Diktatur gewendet und ihren Sturz herbeigeführt.

Die einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften verbunden mit einer nachgiebi-

gen Agrarpolitik gegenüber den landbesitzenden Bauern, um sie auf diese Weise zu „neutralisieren", und die Benachteiligung der landhungrigen und landarmen Bevölkerung bildeten eine der Hauptursachen, die zum Sturz der Rätediktatur beigetragen haben. (Vergl. Rakosi - Prozeß, 1926). Varga gab später (1921) selbst zu, daß es vielleicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn man den Landhunger durch Landaufteilungen bis zu einem Hektar zu stillen versucht hätte.

Die hieraus sich ergebende, gärende Unzufriedenheit auf dem Lande wurde noch verschärft durch die Art und Weise der technischen und organisatorischen Durchführung der Sozialisierung der kapitalistischen Großbetriebe.

Das Landproletariat hatte nur seinen Herrn gewechselt, im übrigen blieb die Abhängigkeit von oben genau wie früher. Das einzige, was das Landproletariat erreichte, war eine „Steigerung des persönlichen Konsums" (Varga). Dadurch wurden jedoch die Produktionsüberschüsse verringert und die Ernährungskrise in den Städten noch verschärft, was sich bei dem Industrieproletariat besonders unangenehm bemerkbar machte. Die Klein-, Mittel- und Großbauern nahmen trotz der Neutralisierungsversuche seitens der Räteregierung eine feindselige Stellung ein, teils in Befürchtung, daß die Sozialisierung auch auf ihre Betriebe weitergreifen würde, teils aus Egoismus ,da die Räteregierung Landkäufe und andere Bereicherungsmöglichkeiten zu verhindern suchte. Doch war es auch trotz der Organisation der landwirtschaftlichen Großproduktion nicht möglich, das „bäuerliche Ernährungsmonopol" (Varga) zu brechen, da die bäuerlichen Betriebe hochqualifizierte Produkte herstellten, die Bauern diese aber wegen der fortschreitenden Geldentwertung nur gegen Industrieprodukte abgaben. Bei diesem Tauschgeschäft wurden die landwirtschaftlichen Proletarier ebenfalls erheblich benachteiligt, da sie nichts Tauschbares in der Hand hatten.

Um aus dieser Zwangslage herauszukommen, mußte die ungarische Räteregierung wie in Rußland den Klassenkampf auch ins Dorf tragen, was sie jedoch verabsäumte. Durch die Anwendung dieses taktischen Mittels wäre es ihr gelungen, die notwendige Verkleinerung der großen, widerstandsfähigen Bauernbetriebe durchzuführen, deren Widerstand zu brechen und den enteigneten Boden zur — wenn auch nur teilweisen — Stillung des Landhungers der Landarbeiter und der Klein- und Zwergbauern zu verwenden.

Falls jedoch eine Aufteilung verhindert werden soll, andererseits eine Sozialisierung aus lokalen Gründen nicht durchführbar ist, müssen in Zukunft, falls das Proletariat noch einmal die Macht ergreift, „aus dem Dorfproletariat, unter der Kontrolle des lokalen Rates stehende, kleinere Arbeitsgemeinschaften gegründet werden, denen die enteigneten Bauerngüter gegen einen Naturalpachtzins zur kollektiven Bewirtschaftung zu übergeben sind." (Varga, 1921). Diese „kleineren Gemeinschaften" können mit den russischen Artels am ehesten verglichen werden. Es handelt sich hier um eine primitive Form der landwirtschaftlichen Großproduktion.

Am 1. August 1919 stürzte die Diktatur in sich zusammen. Ihre weitere Aufrechterhaltung scheiterte an dem Ausbleiben der Weltrevolution und dem Widerstand der antikollektivistischen Bauernmassen.

4. Kapitel.

Die Zeit nach dem Zusammenbruch der Diktatur von 1919 bis 1924.

Bei Betrachtung der bisherigen ideengeschichtlichen Entwicklung der Betriebsgrößenfrage ergibt sich für die Zeit bis zum Ausbruch der Revolution von 1918 eine durchaus klare, streng marxistische Auffassung, nach der die landwirtschaftliche Betriebsgestaltung auf Grund der Konzentrationstheorie dynamisch und zwangsweise der kollektiven Großproduktion zustrebt.

Bei Ausbruch der Revolution gab es drei Richtungen: erstens die doktrinäre, marxistische (die auf die Agrarresolutionen der ersten Internationale zurückzuführen ist), zweitens die kommunistische und drittens die opportunistisch-revisionistische Richtung. Alle drei sind grundsätzlich entwicklungsgeschichtlich eingestellt. Die kommunistische Richtung unterscheidet sich von der doktrinären nur durch ihre, politischen Erwägungen entspringende, Bereitwilligkeit, in begrenztem Umfange Kleinbetriebe in Größe der Ernährungsnorm (etwa 1 ha) zu schaffen und ihre vorläufige Existenz neben dem kollektiven Großbetrieb zu gewährleisten. Die doktrinäre Richtung verschmolz nach dem Zusammenbruch der Rätediktatur mit der kommunistischen, was die politische und ökonomische Behandlungsweise der Betriebsfrage erkennen läßt (Varga).

Die zukünftige Aufgabe wird sein, die ökonomische und grundsätzliche Notwendigkeit der Großproduktion mit der revolutionären Zweckmässigkeit einer begrenzten Landaufteilung in Kleinbetriebe geschickt zu verbinden.

Die (opportunistische) Ungarländische Sozialdemokratische Partei vertritt in ihrer „Landresolution" von 1924 (Osterkongreß) eine Auffassung, die bezüglich der anzustrebenden Betriebsgestaltung dem Betriebsprogramm der Regierung Karolyi ähnelt: Bodenreform nach dem Ernährungs- beziehungsweise Arbeitsprinzip und Sozialisierung der reifen Großbetriebe.

Wie die Kongresse der Landarbeiter beweisen, besteht innerhalb des Landproletariats eine starke Gärung. Die Frage, ob diese Gärung kollektiven oder individualistischen Charakter annimmt, falls die Diktatur des Proletariats erneut verwirklicht werden sollte, und ob und wie sie die weitere ideengeschichtliche Entwicklung der sozialistischen Betriebsgrößenfrage zu beeinflussen vermag, muß offen gelassen werden. Jedenfalls war die bisherige ideologische und tatsächliche Entwicklung dem Kollektivprinzip nicht günstig gewesen.

III. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Deutschland von 1869 bis 1927.

1. Kapitel.

Die Zeit von 1869 bis 1893.

Ideengeschichtlich geht die von der deutschen sozialdemokratischen Partei seit ihrer Gründung vertretene Stellung zur Betriebsgrößenfrage auf die Resolutionen der ersten Internationale zurück. Wie bereits früher dargelegt wurde, tragen diese Agrarresolutionen prinzipiellen Charakter, der aus dem Ideenstreit der Anhänger des kollektiven Großbetriebes mit den Verteidigern des proudhonistischen Individualbetriebes hervorgegangen ist, und der dazu führte, daß die Verschiedenartigkeit der Betriebsfrage in der Transformationsperiode, die die Entwicklung von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft umfaßt, nicht erkannt wurde, und daß die von Marx und Engels aufgestellte Dreiphasenlehre in Vergessenheit geriet.

Demgemäß betonen auch das Eisenacher Programm (1869) und das Erfurter Programm (1891) lediglich die grundsätzliche Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Groß-

produktion, deren sofortige Organisation für möglich gehalten wurde. Vor allem sind drei Postulate hervorzuheben, die in den sozialdemokratischen Ideenkreis Eingang gefunden haben:

Erstens ist das Grundeigentum grundsätzlich mit den sozialistischen Zielen unvereinbar, da gerade der bäuerliche Kleinbetrieb bezw. -besitz die landwirtschaftliche Großkultur in Großbetrieben unterbindet.

Zweitens führen die kapitalistischen Tendenzen, die sich in der Landwirtschaft genau so auswirken wie in der Industrie, zur völligen Konkurrenz- und Existenzunfähigkeit des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes.

Drittens verdankt der bäuerliche Kleinbetrieb sein Dasein in der kapitalistischen Wirtschaft einer menschenunwürdigen Ueberarbeit und dauernden Unterkonsumtion.

Diesen drei Postulaten entspringt die entschiedene Ablehnung grundsätzlicher Bauernschutzpolitik. Die Mißerfolge bei den Reichstagswahlen und der Versuch, den Konflikt zwischen Dogma und Taktik zu lösen, führten zur Agrarprogrammbewegung von 1893/95.

2. Kapitel.

Die Agrarprogrammbewegung von 1893 bis 1895.

Innerhalb des sozialdemokratischen Ideenkreises lassen sich hinsichtlich der Betriebsfrage drei Richtungen unterscheiden: Die Richtungen Kautsky, David und Adler. Innerhalb der beiden ersten Richtungen ist die Betriebsgrößenfrage akut, innerhalb der letzteren latent; die beiden ersten sind ökonomisch, dynamisch, die letztere ist politisch-taktisch, statisch orientiert.

Auf dem Breslauer Parteitag, 1895, gelangte die Richtung Kautsky erneut zum Siege. Mit überwiegender Mehrheit wurde die Resolution Kautsky angenommen.

Ideengeschichtlich hat diese Agrarprogrammbewegung ein bemerkenswertes Moment gebracht: Die schematische Gleichsetzung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsweise wird verworfen und die eigene Dynamik des landwirtschaftlichen Betriebssystems anerkannt. Beibehalten wurde die Ansicht von der produktionellen Ueberlegenheit des Großbetriebes unter Verwerfung der Anschauung von der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes in der Arbeitsintensität. Ebenfalls wurde die hiermit zusammenhän-

gende eigenartige taktische Behandlung wieder aufgenommen, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, und endlich der Glaube, daß die Zukunft, sei es entwicklungsgeschichtlich durch die kapitalistischen Tendenzen, allerdings in einem wesentlich langsameren Tempo als bisher angenommen wurde, sei es psychologisch durch die „Attraktionskraft" idealer Gemeinwesen, für die Ausschließlichkeit der kollektiven Großproduktion arbeiten wird.

3. Kapitel.

Die Entwicklung nach Breslau bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Die Breslauer Beschlüsse führten zwar zu einer theoretischen Klarstellung der Betriebsgrößenfrage, verhinderten aber a priori eine erfolgreiche Agitation auf dem Lande. Dieser Zwiespalt zwischen Dogma und Taktik wurde bereits früh erkannt. In Wirklichkeit wurde Kleinbauernschutz getrieben in dem Sinne, wie ihn bereits die siebzehn „Forderungen" von 1848 ausgesprochen hatten. Im Jahre 1927 erst ist diese unbrauchbare Theorie endgültig fallen gelassen worden.

Eine Sonderstellung in jenem Streit um die beste Lösung des Betriebsgrößenproblems nehmen die von Gustav Landauer verfaßten „12 Artikel des sozialistischen Bundes" vom 14. Juni 1908 ein, die die umgehende Einführung der kollektiven landwirtschaftlichen Großproduktion vorsehen. Das ideengeschichtliche Vorbild dürfte die „Resolution für Kooperativgenossenschaften" der ersten Internationale vom Jahre 1866 gewesen sein, mit der diese Artikel von Landauer große Aehnlichkeit besitzen. Einen nachhaltigen Einfluß konnte Landauer auf die weitere ideengeschichtliche Entwicklung nicht erhalten, zumal sein Programm konstruktiven Charakter besitzt und eine wissenschaftliche, entwicklungsgeschichtliche Begründung vermissen läßt.

4. Kapitel.

Die Entwicklung in der Revolutions- und Nachkriegszeit.

Die Zeit von 1914 bis 1918 weist ideengeschichtlich nichts Erwähnenswertes auf. Erst die Revolution ließ Bestrebungen nach einer grundlegenden Umgestaltung der bisherigen agrarischen Verhältnisse auftauchen, die zeigten, daß das Problem Betriebsgrößenfrage und Sozialismus aufs neue zu lösen war.

Die neue Entwicklung eröffneten gleich zwei grundsätzliche Anhänger der landwirtschaftlichen Großproduktion: Ballod und Landauer. Im Jahre 1919 erschienen die „zwölf Forderungen des sozialistischen Bundes" von Landauer als Revolutionsausgabe und Ballods Werk „Der Zukunftsstaat".

Auch die Gesellschaftsordnung, wie sie das Programm der „Freien Arbeiter Union Deutschlands" (Syndikalisten) enthält, ruht produktionell auf industriellen und landwirtschaftlichen Großbetrieben. Ideengeschichtlich besitzt das syndikalistische Betriebssystem Aehnlichkeit mit dem von Bakunin.

Diese auf die Großproduktion hinzielenden, modernkonstruktiven Ideen, die den gegebenen ökonomischen und geistigen Verhältnissen und Erfahrungen in keiner Weise gerecht zu werden vermochten, konnten einen maßgebenden Einfluß im Sinne einer völligen Umgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse und einer entsprechenden Revision der bisher herrschenden Betriebstheorie Kautskys nicht erlangen. Die „erbärmlichen Ernährungsverhältnisse" und der „persönliche Wunsch Vieler" (David) verlangten eine andere Betriebstheorie. So entstand die stationäre Theorie, die Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes.

Ueberblickt man die gesamte Entwicklung seit der Gründung, so lassen sich innerhalb des sozialdemokratischen Ideenkreises hinsichtlich der Betriebsgrößenfrage zwei Grundanschauungen feststellen: eine entwicklungsgeschichtliche und eine stationäre Anschauung. Innerhalb der ersten stehen sich Kautsky als Verteidiger des kollektiven Großbetriebes und David als der des bäuerlichen Kleinbetriebes gegenüber. Grundsätzlich unterscheiden sich beide vor allem in der verschiedenen Beurteilung der Tendenz der Transformationsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. David ist auf Grund des langsamen Tempos der gesamten Entwicklung und der gegebenen Verhältnisse bereit, zu Gunsten der Gegenwart auf Zukunftsforderungen zu verzichten. Kautsky, der in Epochen und nur an die Zukunft denkt, lehnt derartige Konzessionen an die Gegenwart aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Für beide Theorien wird auch weiterhin die Betriebsgrößenfrage aktuell bleiben. Dagegen findet sich die stationäre Theorie wie sie vom Agrarprogramm Müller-Franken vom Mai 1923, von Braun, Baade, Krüger, Hilferding und Helling repräsentiert wird, mit dem

gegebenen Zustand der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse ab.

Die stationäre Theorie nimmt Abschied von der Marxschen Dreiphasenlehre. Die spezifisch sozialistische Betriebsgrößenfrage ist damit gelöst. Grundrentensteuer, Grundbesitzenteignung, Landarbeiterschutz und Pachtschutz fallen nicht mehr unter diese Frage, da sie lediglich allgemeine soziale Korrekturen der kapitalistischen Tendenzen innerhalb des landwirtschaftlichen Betriebssystems darstellen.

Trotz dieser eingehenden literarischen Erörterungen erfolgte auch auf dem Parteitag von Heidelberg im Jahre 1925 keine endgültige Stellungnahme. Weder gelangte ein Agrarprogramm zur Annahme, noch klärte das neue Parteiprogramm den ganzen Fragenkomplex. Hilferding forderte daher eine neue Prüfung der agrarischen Entwicklungstendenzen, um eine endgültige Lösung des Ideenstreites herbeizuführen.

5. Kapitel.

Der Abschluß durch das Agrarprogramm von 1927.

Eine bisher endgültige ideengeschichtliche Lösung brachte dann der Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands in Kiel im Jahre 1927. Es galt zu wählen zwischen den bisherigen entwicklungsgeschichtlichen Theorien von Kautsky und David, der stationären, der konstruktiven und der rein politisch-agitatorischen Richtung.

Aus den Referaten von Baade, Krüger und dem Wortlaut des Agrarprogramms selbst ergibt sich die Annahme der stationären Theorie und damit die Liquidierung der Marxschen Phasentheorie und der Idee vom synthetischen Großbetrieb. Die Theorie vom ewigen Bauern hat zwar nicht die klassische Formulierung wie im österreichischen Agrarprogramm von 1925 gefunden, immerhin muß aus der grundsätzlichen Feststellung, daß „es keine (? Der Verf.) sozialistische Lehre gibt, die uns (Sozialdemokraten) zwingt, in der Landwirtschaft den Ersatz der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe zu fordern, weil in der Industrie das Gesetz der Konzentration zwar gilt, nicht aber in der Landwirtschaft und weil wir in der Landwirtschaft nicht die Erscheinung haben, daß die großen Betriebe die kleinen absorbieren", unter gleichzeitiger Verwerfung der Marx-Engelsschen Betriebstheorie, die „nicht sklavisch" aufgefaßt werden dürfe, denn „Marx und Engels hätten den Groß-

betrieb als die Form der Zukunft angesehen, weil sie unter dem Eindruck der Stein-Hardenbergschen Agrarreform in Preussen und der massenhaften Kündigung von Pächtern in Großbritannien der Auffassung waren, daß aus ökonomischen Ursachen der Großbetrieb über den Kleinbetrieb hinweggehen werde," die Aufnahme der Theorie vom ewigen Bauern wenigstens dem Sinne nach angenommen werden. „Sozialismus bedeutet nicht notwendig den Großbetrieb, sondern eine Arbeitsverfassung, in der der gesellschaftliche Charakter der Arbeit betont und der heutige Klassenstaat überwunden wird. Das ist auf der Grundlage des Kleinbetriebs auch möglich." Hieraus ergibt sich auch die Einteilung in Arbeitseigentum des Bauern (Familienwirtschaft ohne Lohnarbeit) und Raubeigentum der Kapitalisten und Grundherren. Das Arbeitseigentum bleibt erhalten, das Raubeigentum wird beseitigt.

Damit hat die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage für die Sozialdemokratie ihre grundsätzliche Lösung gefunden. Eine dynamische Tendenz innerhalb des Betriebssystems ist nicht feststellbar, mit einer solchen ist auch nicht zu rechnen, deshalb entbehrt eine weitere Behandlung dieses Betriebsproblems in Anbetracht der unerschütterlichen Existenz der bäuerlichen Individualbetriebe jeglicher weiteren praktischen und theoretischen Bedeutung.

Die „Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion" ist das richtungweisende Ziel der weiteren sozialistischen Agrar- und Betriebspolitik. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch weitestgehende Förderung aller in Betracht kommenden Betriebskategorien; denn nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Ernährungsfrage im proletarisch-sozialistischen Sinne unter Zugrundelegung der individuellen Wirtschaftsführung zu lösen. Die Ernährungsfrage ist für die Sozialdemokratie deswegen allein maßgebend, da sie doch „in erster Linie eine Partei der breiten städtischen Massen des Industrieproletariats und der städtischen Verbraucher ist." Die Ernährungsfrage ist demnach keine prinzipielle Produktionsfrage mehr im organisatorischen Sinne, keine Betriebsgestaltungsfrage, sondern eine „Magenfrage" (Baade), eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, der gegenüber althergebrachte sozialistische Betriebstheorien, wenn sie sich als irrig und unbrauchbar erwiesen haben, liquidiert werden müssen.

Die Maßnahmen erstreben eine Sicherung der einzelnen Betriebskategorien vor dem Kapitalismus im Kapitalis-

mus ‚dem sie nach sozialdemokratischer Ansicht auf Grund der Theorie vom ewigen Bauern ebenso fremd gegenüberstehen wie dem Sozialismus. Es handelt sich um die allmähliche Beseitigung der finanzkapitalistischen Einbettung (Rente, Unternehmergewinn, Löhne, Zins, Preis), in der die einzelnen Bauernwirtschaften in der gegenwärtigen, kapitalistischen Periode eingebettet sind; bis dahin um die Milderung ihrer Auswirkungen, um die Enteignung des Großgrundbesitzes (über 750 ha Acker- und Wiesenland und 100 ha Wald) gegen Entschädigung unter Anrechnung des Steuerwertes. (Art. 1, Abschn. 1 und 2) und um die Entwicklung des einzelnen Menschen, dessen Persönlichkeit in der Landwirtschaft nicht ganz oder nur schwer zur Entfaltung gelangen kann.

Während sich das sozialdemokratische Agrarprogramm einerseits auf der neugewonnenen Erkenntnis einer konstanten Existenz der bäuerlichen Wirtschaften aufbaut, ist es andererseits bemüht, die beiden Funktionen, die mit der kapitalistisch - individualistischen Betriebsführung aufs engste verbunden sind, dem Einfluß des einzelnen Betriebsleiters zu entziehen. Im I. Artikel, Abschnitt 5, ist die Nationalisierung der Funktion der Rentenzuteilung für den weitervergebenen Boden vorgesehen. Eine Nationalisierung des anderen bäuerlichen Besitzes (Arbeitseigentum) ist vorläufig noch nicht geplant. Dagegen soll die Funktion der selbständigen Betriebsleitung allmählich in den Rahmen sozialistischer Planwirtschaft eingespannt und dadurch der persönlichen Initiative entzogen werden.

Die Landarbeiterfrage wird nicht, wie Hainisch 1924 vorschlug, ganz von der Betriebsfrage gelöst: „Auch dem Landarbeiter soll der freie Zutritt zum Grund und Boden wieder möglich gemacht werden. . . . Denen, die fähig sind, eine Kleinbauernstelle zu erwerben, soll der Weg dazu erschlossen werden“ (Prog.). Daneben muß versucht werden, diese Frage wie eine industrielle Arbeiterfrage durch Lohnerhöhung (Artikel V) zu lösen, was jedoch eine erhöhte Rentabilität der einzelnen auf Lohnarbeit angewiesenen Betriebe zur Voraussetzung hat.

In konsequenter Weiterführung der Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes wird sich die sozialistische Landwirtschaft der Zukunft — wie in Oesterreich — auf vergenossenschaftete, bäuerliche Individualbetriebe, und soweit solche gegründet worden sind, auf staatliche und kollektive landwirtschaftliche Großbetriebe (I. Artikel, Ab-

schnitt 3) stützen. An die Organisation synthetischer Großbetriebe ist natürlich unter solchen Betriebsverhältnissen nicht mehr zu denken, was zur Folge hat, daß auch im sozialistischen Zukunftsstaat die produktionstypische Arbeitsteilung: Industrie — Landwirtschaft nicht verschwinden kann.

Wie man sich auch zu dieser Prognose stellen mag, Tatsache ist jedenfalls, daß innerhalb des deutschen sozialdemokratischen Ideenkreises seit der Annahme der Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes (stationäre Theorie) eine landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage nicht mehr besteht.

6. Kapitel.

Die Entwicklung innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1918 bis zur Gegenwart.

Am 30. Dezember 1918 konstituierte sich der aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Abk. U. S. P. D.) ausgeschiedene Spartakusbund als Kommunistische Partei Deutschlands (Abk. K. P. D.). Ihre damalige Stellung zur Betriebsfrage ergibt sich aus dem im Oktober 1919 aufgestellten Agrarprogramm und den allgemeinen „Leitsätzen". Danach ist das nächste Ziel „Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse". Dementsprechend hat die „Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats". Die Beschleunigung der Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und die konsequente Verhinderung des Wiederaufbaues dieses durch den Krieg und seine Auswirkungen schwer gestörten Systems ist daher vom proletarischen Standpunkt durchaus logisch und maßgebend für die kommunistische Wirtschaftspolitik in den kapitalistischen Staaten. Hieraus entspringt ein fundamentaler Unterschied zwischen der Betriebsfrage bei der K. P. D. und S. P. D. Die Lösungen, die innerhalb des sozialdemokratischen Ideenkreises vorgeschlagen werden, fördern zunächst den Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft, das gilt besonders hinsichtlich der Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes (Vergl. Martynow, Zyklus,

Art. i. d. „Komm. Intern." 1927), und der den Kleinbetrieb fördernden entwicklungsgeschichtlichen Richtung (David); die agrarischen Forderungen der K. P. D. erstreben das Gegenteil.

Die Betriebsfrage der S. P. D. bildet vorwiegend eine soziale und ökonomische Frage, die der K. P. D. eine reine Machtfrage. Die erstere sieht die Betriebsfrage vom Standpunkt der kapitalistischen Entwicklung, die letztere im Hinblick auf die proletarische, politische Zielsetzung. Aus diesen Unterschieden entspringt der veränderte Charakter der Betriebsgrößenfrage innerhalb des kommunistischen Ideenkreises.

Nebenher läuft die Frage, ob und in welchem Maße bevölkerungs- und ernährungspolitische Momente zu berücksichtigen sind.

Die K. P. D. rechnete im Jahre 1919 nicht mit einem langen Bestand des kapitalistischen Systems. Daher waren die kommunistischen Gegenwartsmaßnahmen für diese (kapitalistische) Periode noch nicht scharf herausgearbeitet. Die Theorie von der Konzentration und Akkumulation hatte an Bedeutung verloren. In der Hoffnung auf die baldige Durchführung der Weltrevolution glaubte man auf die Formulierung von Gegenwartsforderungen verzichten zu können. (Vergl. die entsprechenden Betriebsthesen des I. Kongresses der K. J.).

Da man sich jedoch der psychologischen Schwierigkeiten bei der Ueberleitung der zahlreichen Kleinbetriebe in kollektive Großbetriebe bewußt ist, so sieht das Agrarprogramm ein ganz neues Zwischenstadium vor: die Markgenossenschaft. Sie bildet, ähnlich wie in Sowjetrußland die Produktivgenossenschaft, „eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Großbetrieb durch die Zusammenlegung der Kleinbetriebe, der Markgenossenschaft, die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird."

Eine Markgenossenschaft wird zunächst durch freien Beschluß der Kleinbauern gebildet. Die Bezeichnung „Markgenossenschaft" wurde gewählt in Erinnerung an die germanische Institution.

Am besten wird die kommunistische Betriebstheorie gekennzeichnet durch die Feststellung, daß sie das von Lenin ausgebaute theoretische Gegenstück (Diktaturtheorie) zur Marxschen Phasentheorie darstellt, auslaufend in der

Forderung, den „kulturellen Gegensatz zwischen Stadt und Land" zu überwinden und die landwirtschaftliche und industrielle Produktion im synthetischen Großbetrieb zu vereinigen.

Das neugeschaffene und grundsätzlich heute noch geltende Agrarprogramm von 1920 weist gegenüber dem Agrarprogramm von 1919 drei neue Momente auf: erstens eine umfassende Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe, zweitens die Gleichsetzung des bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebes und drittens eine erweiterte Aufteilungsmöglichkeit von Grund und Boden an Zwerg- und Kleinbetriebe beim Vorhandensein gewisser Bedingungen, entsprechend den Agrarthesen des II. und IV. Weltkongresses.

Die Wirksamkeit des vorliegenden Agrarprogramms hängt eng mit der Frage zusammen, ob es überhaupt möglich ist, die unteren Bauernschichten politisch auszunutzen oder sie wenigstens zu neutralisieren, damit sie nicht aktiv in den Kampf um die Macht gegen die Kommunisten eingreifen. Hoernle hebt in diesem Zusammenhang hervor, daß es „ein Wahn ist zu glauben, daß man die Revolution ohne die Landwirtschaft machen könne". Daher bemüht sich das Agrarprogramm, die soziologischen Gegensätze der ökonomisch verschieden gestellten Produktionsträger (Landproletariat, Zwerg-, Klein-, Mittel-, Großbauer, Kapitalist, Großpächter) herauszustellen und den Klassenkampf zwischen diesen Gruppen zu intensivieren.

Die ganze weitere Arbeit der Partei konzentriert sich auf die Herbeiführung der Stituation, die die Voraussetzung bildet für die Wirksamkeit der agrarischen Thesen: die Eroberung der politischen Macht.

Die gleiche Lage fand der Parteitag von Leipzig im Februar 1923 vor. Ein Grund zu einer Revision der bisherigen politischen Betrachtungsweise war noch nicht gegeben, da entsprechend den Richtlinien des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, 1921, immer noch die Ansicht vorherrschte, daß die kapitalistische Herrschaft bald zusammenbrechen würde.

Erst der V. Weltkongreß im Jahre 1924 besitzt ideengeschichtlich insofern Bedeutung, als er die Liquidation der Theorie von der unmittelbaren revolutionären Situation bringt und damit eine entsprechende Aenderung der bisherigen Ansichten über die Behandlung der landwirtschaftlichen Betriebsfrage in der kapitalistischen Periode. Es

wurde in der Annahme, daß der Kapitalismus sich doch stabilisiert habe, noch eine längere kapitalistische Uebergangsphase eingeschoben, in der bereits versucht werden muß, betriebspolitisch und agitatorisch dem kommunistischen Endziel vorzuarbeiten. Diese Aufgabe ist für die K. P. D. bis heute die gleiche geblieben. Das „Aktionsprogramm" von 1925 befaßt sich nur mit der Meisterung der kapitalistischen Betriebsverhältnisse. Sozialistische Betriebsfragen bleiben daher unberücksichtigt.

Auch das Bauernprogramm des Bundes schaffender Landwirte, Pächter und Siedler und die gleichlautenden „dringendsten Forderungen" (Berlin, 1925) befassen sich nur mit der Gegenwart, also mit den Bauernwirtschaften in den verschiedenen kapitalistischen Staaten. Irgendwelche Hinweise auf die sozialistische Zielsetzung fehlen genau wie in den siebzehn „Forderungen" von 1848. Auf eine entwicklungsgeschichtliche Begründung wird auf Grund der Diktaturtheorie verzichtet.

Bei diesem Bunde handelt es sich um die Sektion Deutschland des „Weltbundes der werktätigen Bauernschaft", dessen Gründung von dem Kongreß der Bauernvertreter in Moskau (Okt. 1923) beschlossen wurde. Die einzelnen Maßnahmen, die sich mit dem Schutz der kleineren Bauernbetriebe und der Sicherung des bäuerlichen Arbeitseigentums in der kapitalistischen Periode befassen, erstreben die Intensivierung des Klassenkampfes auf dem Lande und eine möglichste Paralysierung der Auswirkungen der finanzkapitalistischen Einbettung auf diese Betriebe. Beispielsweise wird die „vollkommene Steuerfreiheit für den landwirtschaftlichen Kleinbesitz bis zur Höhe einer vollen Ackernahrung" (Familienwirtschaft) verlangt und eine nach „oben kräftig zunehmende Besteuerung des landwirtschaftlichen Besitzes über eine Ackernahrung."

Der internationale Bolschewismus will sich in allen bürgerlichen Staaten wie in Sowjetrußland zum politischen Hegemon der kleineren, bäuerlichen Parzellen aufwerfen, die unteren Bauernmassen für sich gewinnen, um alsdann mit der Arbeiterklasse gemeinsam die politische Macht zu erobern und den sozialistischen Konzentrationsprozeß unter der Diktatur einzuleiten. Die bolschewistische Betriebstheorie hat die Marxschen Gedankengänge am schärfsten erfaßt und durchaus konsequent in der Theorie von der „Oekonomik der Transformationsperiode" (Phasentheorie)

verarbeitet. Sie bildet die klassische Form der entwicklungsgeschichtlichen marxistischen Richtung.

IV. Die ideengeschichtliche Entwicklung in Oesterreich von 1867 bis 1925.

1. Kapitel.

Die Zeit von der Gründung (1867) bis zum Linzer Parteitag (1898).

Die österreichische sozialdemokratische Partei wurde im Jahre 1867 gegründet und war bis zum Jahre 1871 ein Bestandteil der reichsdeutschen.

Bereits in den siebziger Jahren wurde versucht, die Bauernbewegung agitatorisch für die sozialistischen Ziele zu gewinnen. Da eine theoretische Ausgangsstellung in Form eines Agrarprogramms noch nicht vorhanden war, konnte von einer landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage noch nicht die Rede sein. Erst die Hainfelder „Prinzipienerklärung" brachte in dieser Hinsicht durch ihre Zielsetzung eine Theorie und damit die Entstehung einer österreichischen sozialistischen Betriebsgrößenfrage.

Die auf dem ersten österreichischen sozialdemokratischen Parteitag in Hainfeld (1888/89) aufgestellte Prinzipienerklärung übernahm gleichfalls aus den Agrarresolutionen der ersten Internationale die Theorie von der produktionellen Ueberlegenheit des Großbetriebes und die damit verbundene Konkurrenz- und Existenzunfähigkeit der bäuerlichen Individualbetriebe.

In der Folgezeit wurde bald erkannt, daß zwischen der Bauernschaft und dem Industrieproletariat eine geistige Gemeinschaft nicht vorhanden ist und starke psychologische Gegensätze bestehen. Andererseits erschien eine Revolutionierung des Bauernstandes zwar „wünschenswert", ohne daß die Bauern- und Betriebsfrage, deren Bedeutung für den Sozialismus täglich praktisch in Erscheinung trat, in ihrer ganzen Problematik voll erkannt wurde. Nur Ranziglio, der mit seiner Ansicht nicht durchdrang, legte bereits auf dem Parteitag in Wien, 1897, die Zwiespältigkeit dar, die zwischen der übernommenen Auffassung und bäuerlicher Eigenart besteht. Die taktische Zwischenlösung Cobals wurde nicht aufgegriffen, und so ging der Kampf zwischen Dogma und Agitationsbedürfnis weiter.

2. Kapitel.

Die Entwicklung bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Während in Deutschland auf Grund der statistischen Veröffentlichungen von 1882, 1895 und 1907 der Kampf der Meinungen um die sozialistische Wahrheit in der Betriebsgrößenfrage zur wissenschaftlichen Forschung zwang, fehlte in Oesterreich dieser Anlaß. Die statistischen Veröffentlichungen von 1902 und die sonstigen bekannten Daten geben keine statistischen Vergleichsmöglichkeiten über die faktischen Entwicklungstendenzen. So blieb der Wert der Tabellen begrenzt.

In der nun folgenden Zeit machte sich die Problematik der bäuerlichen Betriebsfrage immer mehr geltend. Deutlich ist der Kampf der „beiden Seelen in der Brust des Proletariats" zu erkennen, wie Theorie und Praxis, sozialistischer Normativismus und Erkenntnis agrarischer Eigenart um ihre Geltung ringen. Dieser Streit tritt bei der weiteren Entwicklung immer schärfer in die Erscheinung, bis die Erfahrungen in der Nachkriegszeit eine Entscheidung herbeiführten.

Auf dem Parteitag zu Innsbruck im Jahre 1911 behandelte Bauer zum ersten Mal die Betriebsgrößenfrage vom volkswirtschaftlichen und betriebstechnischen Standpunkte. Seine Ausführungen können innerhalb der ideengeschichtlichen Entwicklung in Oesterreich als bahnbrechend angesehen werden. Jedoch unterließ es Bauer, die aufgeworfenen Fragen auch zu klären. Der Zwiespalt wird sogar verdeckt. Er kennzeichnete die Betriebsfrage als ein Teilproblem des Kapitalismus, aber mehr gab er auch nicht.

Der Parteitag von 1917 stand im Zeichen des Kriegssozialismus. Immer noch herrschte die überlieferte Agrar- und Betriebstheorie. Den Kriegssozialismus hielt man für eine Etappe auf der Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus. „Die Menschheit hat im Kriege gelernt, sie ist von einer Ahnung umgewandelt worden, von jenem Segen, den eine gesellschaftliche Bewirtschaftung der Produktion mit sich bringt." (Prot.) Die österreichische Sozialdemokratie rechnete mit neuem „Streben nach Gemeinsinn," nach kollektiver Gestaltung.

Diese Auffassung führte dazu, daß in den Jahren 1918 und 1919 das Kollektivprinzip die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie zur Frage der landwirtschaft-

lichen Betriebsgestaltung entscheidend beeinflußte. Erst als sie erkennen mußte, daß die Betriebsgrößenfrage eine antikollektivistische Lösung erheischte, daß doch wieder der Individualismus sich durchzusetzen begann, änderte sie ihre alte Betriebstheorie entsprechend um.

3. Kapitel.

Die Entwicklung in der Revolutions- und Nachkriegszeit.

Aus statistischen Unterlagen ergibt sich die Unmöglichkeit Deutsch-Oesterreichs, seine Bevölkerung selbst zu ernähren und das Ueberwiegen klein- und mittelbäuerlicher Elemente. Aber es dauerte noch Jahre, ehe sich die politischen Erfahrungen der Revolutionszeit und die produktionellen Zwangsläufigkeiten innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie durchgesetzt hatten. Die unbedingt notwendige Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft war nur möglich durch Stärkung der bäuerlichen Individualbetriebe. Diese bauernfreundliche Politik aber stand im Widerspruch zur überlieferten Betriebstheorie. Das Betriebsproblem führte zur Agrarprogrammbewegung von 1921. Bemerkenswert ist der Agrarprogrammentwurf von Bauer aus diesem Jahre. Seine Bedeutung ergibt sich aus folgenden Punkten:

1. Die Marxsche Lehre vom zwangsläufig sich entwickelnden Großbetrieb wird fallen gelassen.

2. Auf Grund der Kapitalintensität bleibt die Ansicht von der produktionellen Ueberlegenheit des Großbetriebes gegenüber dem bäuerlichen Kleinbetrieb herrschend. In der Arbeitsintensität (Spatenkultur) wird die Ueberlegenheit des Kleinbetriebes anerkannt.

3. Die Notwendigkeit des Klassenkampfes auf dem Lande wird scharf betont und die Einbeziehung dieser klassenverwandten Elemente in die Front des sonst zu schwachen Industrieproletariats gefordert. Ausser den Land- und Forstarbeitern werden die Häusler, Keuschler (= Zwergbetriebe) und Kleinpächter als prädestinierte Träger der proletarischen Ideen angesehen.

4. Der ausgesprochene Kleinbauernschutz ist daher taktisch wie auch ökonomisch durchaus logisch und verständlich. Wie überhaupt das bäuerliche Arbeitseigentum, also die bäuerliche Wirtschaft o h n e Lohnarbeiter d. h. Betriebe bis zur Größe einer vollen Ackernahrung, unangetastet bleiben sollen.

5. Die vorgeschlagenen Verwendungsmöglichkeiten der enteigneten Großbetriebe (Aufteilung) entsprechen durchaus den unter 2. und 4. dargelegten Anschauungen.

6. Was die Schaffung neuer bäuerlicher Kleinbetriebe anbelangt, so fällt die außerordentliche — im übrigen gut begründete — Zurückhaltung auf. Weiter fehlen die sonst üblichen Hinweise auf den sozialistischen Zukunftsstaat mit seiner centralisierten Produktionsweise.

Die agrarpolitischen und -theoretischen Erörterungen des Jahres 1921 waren von grundlegender Bedeutung für das Agrarprogramm von 1925.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß an die Stelle der früheren dogmatischen Einstellung eine taktisch-politische Auffassung getreten ist. Durch das Bestreben, die Kleinbauern und das landlose Proletariat als politische Sturmtruppe für die sozialistische Idee zu gewinnen, zeigt die Nachkriegsphase einen stark opportunistischen Zug. Der Versuch, die Ansicht von der produktionellen Ueberlegenheit des Großbetriebes, Kleinbauernschutz, Abschaffung des Privateigentums, Beibehaltung des bäuerlichen Arbeitseigentums, Intensivierung des Klassenkampfes auf dem Lande zwecks politischer Eroberung des Dorfes und Weitertreibung der aufgefangenen Revolution von 1918 durch das so verstärkte Proletariat, produktionelle Notwendigkeiten und bäuerliche Eigenarten organisch und programmatisch zu vereinigen, nimmt der landwirtschaftlichen Betriebsfrage ihren ökonomischen Charakter und läßt sie als eine proletarische, machtpolitische Frage, als ein Problem des „physischen Bestandes" (Renner) erscheinen. Hier zeigt sich der bolschewistische Charakter in der austromarxistischen Betriebstheorie. Der Plan, die Bodenfrage machtpolitisch auszuwerten, besitzt auffallende Aehnlichkeit mit der bolschewistischen Diktaturtheorie.

Die Aufgabe des Agrarprogramms von 1925 war es nun, dem ganzen Fragenkomplex eine im sozialistischen Sinne theoretisch und praktisch befriedigende Lösung zu geben.

4. Kapitel.

Der Abschluß durch das Agrarprogramm von 1925.

Das Kernstück des Agrarprogramms von 1925 ist das Versprechen, die bäuerlichen Individualbetriebe, insbeson-

dere die Familienwirtschaft, existenzfähig zu halten. Bauer führt in seinen „Erläuterungen" hierzu aus:

„Nur ein Narr kann daran denken, Bauern zu expropriieren! Die Bauernwirtschaften werden bestehen bleiben, freilich wird ihre Lage (nach der Machtergreifung) sofort eine ganz andere sein." Zwar wird der „Sozialismus nicht das Privateigentum der Bauern antasten, aber er wird die soziale Funktion, die Wirkungsweise des bäuerlichen Privateigentums verändern."

Diese neue Einstellung, dieser grundsätzliche Bauernschutz entspricht der neu aufgenommenen Theorie vom ewigen Bauern, die im Programm von Otto Bauer folgende klassische Formulierung erhalten hat:

„Der Bauer war vor der feudalen Gesellschaft da. Er hat in der feudalen Gesellschaft gelebt, und er lebt in der kapitalistischen Gesellschaft. Auch im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft werden Bauern als freie Besitzer auf ihrer Scholle leben. Aber wie jede Gesellschaftsordnung vor ihr, wird auch die sozialistische Gesellschaftsordnung, sowohl die Rechtsverhältnisse, als auch die wirtschaftlichen Existenzbedingungen des bäuerlichen Grundbesitzes umgestalten." (Prot. 1925).

Die Aufnahme dieser Theorie in das Agrarprogramm bedeutet nicht nur die endgültige Liquidierung der von Marx aufgestellten entwicklungsgeschichtlichen Betriebstheorie, sondern auch die Verneinung jeglicher Entwicklungstendenzen der Bauernwirtschaften zum Kollektivismus überhaupt: die entwicklungsgeschichtliche Betriebstheorie hat sich in eine stationäre umgewandelt.

Die Hoffnung auf einen Einfluß der Genossenschaften in kollektiver Richtung setzt ideologisch eine Entwicklung der Betriebsfrage vom Individual- zum Kollektivprinzip voraus, eine Annahme, der jegliche Begründung fehlt. Die bäuerlichen Genossenschaften, die wohl bäuerlichem Vorteil durch Steigerung der Rentabilität und damit dem „Geiste der Profitwirtschaft" dienen, können daher niemals zu einer Aufhebung der Selbständigkeit ihrer eigenen Träger führen.

Im übrigen liegt die Beantwortung der Frage, ob der Bauer überhaupt jemals für eine Vollsozialisierung seiner Wirtschaft und deren kollektive Ausgestaltung gewonnen werden kann, nicht im Bereich dieser Untersuchung. Auf

Grund der Theorie vom ewigen Bauern muß sie jedenfalls verneint werden. Die Hoffnung der österreichischen Sozialdemokratie auf einen kollektiven Einfluß der Genossenschaften ist unvereinbar mit ihrer Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes.

Schlußteil.

Grundsätzliche Zusammenfassung der verschiedenen sozialistischen Betriebstheorien.

1. Kapitel.

Die kapitalistische und die sozialistische Betriebsgrößenfrage.

Das Hauptkennzeichen der kapitalistischen Landwirtschaft ist die Zentralisation der Produktion in Individualbetrieben von ganz verschiedener Größe, die auf Grund ihrer finanzkapitalistischen Einbettung (Privateigentum, Marktverhältnisse, Steuern, Zinsen, Hypotheken, Pacht, Zwangsversteigerung, Lohnarbeit) irgendwie existenzfähig gehalten sein müssen.

Die Sicherung der Existenz des einzelnen Betriebes bildet naturgemäß im kapitalistischen System die erste und wichtigste Aufgabe, woraus sich ergibt, daß die Betriebsgrößenfrage im Zeichen des Kapitalismus in erster Linie eine Rentabilitätsfrage ist, deren Lösung dem freien Willen des Bauern und kapitalistischen Landwirtes überlassen bleibt. Im einzelnen richten sich diese Maßnahmen nach der Größe des Betriebes, der Bonität des Bodens und der Verkehrslage.

Beim Zwergbetrieb wird der Kleinbauer, Kleinhäusler oder wie er sonst heissen mag, auf Nebenverdienst (Lohnarbeit auf dem benachbarten Gutshof, in der nahen Industrie, im Forst) und auf Landpacht angewiesen sein, falls die zur Verfügung stehende Bodenfläche allein keine Existenz bietet und die Möglichkeit des Bodenankaufs wegen Kapitalmangels entfällt. Der sozialistische Hinweis auf die hiermit zusammenhängende Ueberarbeit und Unterkonsumtion mag manchmal seine Berechtigung haben, besonders wenn Pacht und Nebenverdienst zusammen vorkommen. Diese Ausführungen gelten meistens auch für die Klein- und Mittelbetriebe. Immerhin gewährt diesen Betriebskategorien die Umstellung auf arbeitsintensive Wirtschaft, die größere Bodenfläche, die Benutzung und Auswertung der verschiedenen Genossenschaften, und nicht zuletzt fleißiger und sparsamer Lebenswandel jene unzerstörbare Lebensfähigkeit und nicht zu ersetzende Bedeutung für die Volksernährung. Hinzu kom-

men gewisse Eigenschaften des Bauern, vor allem die Liebe zur Scholle und eine eigentümliche Psyche, denen gegenüber alle kollektivistischen Bestrebungen bisher machtlos gewesen sind. Grundsätzlich läßt sich hinsichtlich der Bauernwirtschaft sagen, daß sie sich ihrer finanzkapitalistischen Einbettung anzupassen verstanden hat, was um so eher zu erklären ist, als sowohl der Bauer wie auch der Kapitalismus grundsätzlich individualistisch eingestellt sind. Die Beantwortung der Frage, ob der bäuerliche Individualbetrieb ebenso schnell seine sozialen Beziehungen und seine organisatorische Gestaltung einer sozialistisch eingestellten Wirtschaftsordnung anpassen wird, muß der Zukunft überlassen bleiben. Ebenfalls muß die Frage offen gelassen werden, ob der Bauer seine individualistische Denkweise der sozialistischen einordnen wird. Die stationären Theorien und die bolschewistischen Phasentheorien, insbesondere die russische Richtung, bejahen diese Fragen.

Während bei den Zwerg-, Klein- und Mittelbetrieben die Sicherung der Existenz gewährleistet wird durch Maßnahmen und Lebensbedingungen, die zum Teil außerhalb der kapitalistischen Einflußphäre liegen, sind bei den schon eher kapitalistisch eingestellten großbäuerlichen und den rein kapitalistischen Großbetrieben die Verhältnisse insofern anders gestaltet, als diese Betriebe in ausgesprochenem Maße von der finanzkapitalistischen Einbettung (Marktverhältnisse, Lohnarbeit, Wirtschaftspolitik) abhängig sind. Ihre Existenz ist rein ökonomisch fundiert. Infolgedessen spielt bei ihnen die Konkurrenzfähigkeit eine ausschlaggebende Rolle im Gegensatz zu den anderen bäuerlichen Wirtschaften, bei denen zwischen Existenzfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit unterschieden werden muß, wobei zu berücksichtigen ist, daß die erstere vorwiegend ideologischen, die letztere vorwiegend ökonomischen Momenten entspringt.

Die dem einzelnen Betriebsleiter überlassene Funktion der selbständigen Betriebsleitung wird infolge ihrer Abhängigkeit von der Existenzfrage im privatwirtschaftlichen Sinne ausgeübt, wobei die volkswirtschaftlichen Belange, insbesondere die Interessen der städtischen Konsumenten, nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein müssen.

Aus diesen Ausführungen ergibt sich, daß im Kapitalismus die landwirtschaftlichen Betriebskategorien, die einen mehr, die anderen weniger, Erwerbswirtschaften darstel-

len, deren volkswirtschaftlich rationalste Ausgestaltung aus rechtlichen, machtpolitischen, ökonomischen und finanzkapitalistischen Gründen niemals „das Maximum der mit den gegebenen Produktionsmitteln erreichbaren Produktivität erreichen" (17)[1]) kann.

Im Gegensatz zu diesem kapitalistischen System erstrebt der Sozialismus die Organisation der Bedarfsdeckung zwecks Sicherung der Existenz der Massen, wobei die persönlichen Interessen des Individuums zurücktreten müssen. In engster Verbindung mit dieser rational-ökonomischen Auffassung steht die Idee der persönlichen und ökonomischen Gleichheit und Freiheit und die Beseitigung der produktionstypischen Arbeitsteilung: Industrie — Landwirtschaft, deren Vorhandensein eine allgemeine und gleiche Hebung des Kulturniveaus in Stadt und Land unmöglich macht. Stets war es das Ziel des Sozialismus gewesen, die dem Kapitalismus eigentümliche „anarchische Wirtschaftsweise" und die dort herrschende Ungleichheit der Menschen in wirtschaftlicher, kultureller und persönlicher Beziehung zu überwinden, umzuwandeln und rational auszugestalten. Dieses Ziel glaubte man am ehesten zu erreichen durch die Errichtung eines antikapitalistischen „Wirtschaftssystems, das grundsätzlich auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut ist und von dem Grundsatz der Bedarfsdeckung statt dem des Gewinnstrebens geleitet wird." Wenn Sombart schreibt: „Die kommunistische Wirtschaft entspricht in ihrem Gesamtaufbau am ehesten den Anforderungen des Egalitätsprinzips, sofern sie die einzig mögliche Form ist, in der allen ein gleicher Anteil am gesellschaftlichen Vermögen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Großbetriebes gewährt werden kann. Denn die großbetriebliche Gestaltung des Wirtschaftsprozesses schließt die andere — zunächstliegende — Möglichkeit der Gleichheit im Besitze aus: die gleichmäßige Aufteilung des vorhandenen Vermögens;" (259)[2]) so zeigt die ideengeschichtliche Entwicklung der sozialistischen, landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage, daß gerade in der neueren Zeit die aufkommenden stationären Betriebstheorien auf Grund der Erfahrungen der letzten 100 Jahre versuchen, den Sozialismus nach dem Individualprinzip aufzubauen, wenigstens soweit die Landwirtschaft in Frage kommt. Alte entwicklungsgeschichtliche Prinzipien werden aufgegeben, vor allem

[1]) Kautsky, Sozialisierung der Landwirtschaft.
[2]) Sombart, Der proletarische Sozialismus, I. Bd.

die überlieferte Ansicht, daß der Sozialismus nur kollektiv aufgebaut werden könne. Hiermit verbindet sich naturgemäß erstens der Verzicht auf die Beseitigung der produktionstypischen Arbeitsteilung — denn wenn mit dem bäuerlichen Individualbetrieb, errichtet auf dem bäuerlichen Arbeitseigentum, als konstanter Größe in der weiteren Entwicklung gerechnet wird, bleibt eine organische Vereinigung zwischen Industrie und Landwirtschaft in Form synthetischer Großbetriebe ausgeschlossen — und zweitens der Verlust des Glaubens an die „Attraktionskraft der sozialistischen Produktionskörper" (27)[1]), besonders der landwirtschaftlichen, kollektiven Großbetriebe.

Die Bedeutung der stationären Betriebstheorien liegt also darin, daß sie infolge ihres Bestrebens, die gegebenen ungleichmäßigen Betriebsverhältnisse sozialistisch auszugestalten, einen Neo-Sozialismus propagieren, dessen Wirtschaftsordnung sich grundlegend von dem bisher anerkannten sozialistischen Wirtschaftsidol unterscheidet.

Die nachstehende Zusammenfassung der verschiedenen Betriebstheorien zeigt, wie die entwicklungsgeschichtlichen Theorien die konstruktiven verdrängt haben, wie das System des Großbetriebes an die Stelle des Systems der Kleinbetriebe getreten ist, und weiter wie neuerdings — innerhalb des sozialdemokratischen Ideenkreises — die stationäre Auffassung die entwicklungsgeschichtliche Richtung zu ersetzen beginnt mit dem Ziel, eine harmonische Verbindung zwischen den gegebenen Betriebsverhältnissen und sozialistischen Grundsätzen zu erreichen. Lediglich die bolschewistischen Phasentheorien haben den entwicklungsgeschichtlichen, großproduktionellen Charakter nicht verloren. Ideengeschichtlich betrachtet stellen diese Theorien die letzten Verteidiger der Marxschen Phasentheorie dar.

2. Kapitel.

Die grundsätzlich den Kleinbetrieb anstrebenden Betriebstheorien.

1. Abschnitt.

Die konstruktiven Betriebstheorien.

Diese Theorien waren es, die sich zuerst gegen die zersetzenden, kapitalistischen Tendenzen und gegen den aufkommenden Industrialismus richteten. Entsprechend den

[1]) Schäffle, Quintessenz des Sozialismus, 1878.

Grundsätzen des Naturrechtes jener Zeit versuchten ihre Verteidiger wie Spence, Ogilvie, Hall, O'Connor und Jones gegenüber der kapitalistischen Ungleichheit die ökonomische und soziale Gleichheit durch die Anwendung des Individualprinzips wiederherzustellen, indem sie entgegen dem fortschreitenden Industrialisierungsprozeß einen gesellschaftlichen Neubau nach dem System des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs propagierten. Die schädliche finanzkapitalistische Einbettung sollte durch die Nationalisierung des Grund und Bodens beseitigt werden. Gleichzeitig bedeutete diese den Kleinbetrieb erstrebende Betriebspolitik die zweckmäßigste Bevölkerungs- und Ernährungspolitik. Durch die Sicherung der Existenz der Familienwirtschaften wurde weiter der Landflucht entgegengearbeitet, was sich wiederum günstig auf die industrielle und gewerbliche Arbeitsmarktlage und Lohnhöhe auswirkte. Ebenso wenig wie den englischen Vertretern war es den französischen vergönnt, ihre Pläne verwirklicht zu sehen. Weder wurde ein „loi agraire" im Jahre 1789 der individualistischen Betriebstheorie von Babeuf gerecht, noch vermochte Proudhon mittels seines Finanzplanes*) die bäuerlichen Wirtschaften, vor allem die Pachtbetriebe, von dem Druck ihrer finanzkapitalistischen Umwelt zu befreien. Während die Verwirklichung derartiger Pläne an der machtpolitischen Konstellation der Klassen gescheitert ist, wurden — was im einzelnen aus der weiteren ideengeschichtlichen Entwicklung zu ersehen ist — die Gründe, die für das System des Kleinbetriebs sprechen, von anderen Theorien aufgegriffen und wissenschaftlich ausgestaltet und ausgewertet.

2. Abschnitt.

Die entwicklungsgeschichtlichen Betriebstheorien.

Diese Theorien unterscheiden sich von den konstruktiven durch ihre kollektive Zielsetzung. Zwar tritt die Idee der kollektiven Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsweise zunächst vollständig zurück, grundsätzlich wird sie aber nicht aufgegeben. Die Vertreter dieser Richtung gehen von den zur Zeit bestehenden Betriebsverhält-

*) Anm. In diesem Zusammenhang sei auf den Engländer Paine verwiesen, der ebenfalls die schädlichen Auswirkungen der finanzkapitalistischen Einbettung auf die Familienwirtschaften erkannte und dessen Finanzsystem sich gleichfalls mit der Behebung dieser schädlichen Auswirkungen befaßt.

nissen aus in Verbindung mit der Erkenntnis, daß es ein natürliches, dem kapitalistischen, landwirtschaftlichen Betriebssystem immanentes Konzentrationsgesetz nicht gebe, daß sich vielmehr die Aussichten für den Kleinbetrieb und die Familienwirtschaft bei wachsender Arbeitsintensität in der kapitalistischen Periode günstiger gestalten würden, und daß das System der Kleinbetriebe bemerkenswerte ernährungs- und sozialpolitische Vorteile aufzuweisen habe. Auf Grund dieser Postulate gelangen die Anhänger dieser Theorien sogar zur Forderung der Verwandlung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in existenzfähige Familienwirtschaften. In Deutschland fanden diese Betriebsthesen ihre Verteidigung durch David, Hertz und Schulz. Auch in Rußland bestand bereits 1905 eine sozialdemokratische Richtung, die eine „Aufteilung des gesamten Grund und Bodens in Familienwirtschaften forderte".*) Während die Grundeinstellung dieser sozialdemokratischen Betriebstheorien individualistisch ist, trägt die gleichfalls an dieser Stelle anzuführende sozialrevolutionäre Betriebstheorie kollektiven Charakter. Dieser Unterschied ergibt sich aus der verschiedenen Dialektik. Innerhalb des sozialdemokratischen Ideenkreises wird die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage im Hinblick auf die kapitalistischen Verhältnisse betrachtet, hingegen bei den Sozialrevolutionären vom rein sozialistisch-revolutionären Standpunkt. Charakteristisch für letztere Auffassung ist die mit der Sicherung des Mirsystems verknüpfte Forderung der Nationalisierung des Grund und Bodens und der Enteignung der nichtbäuerlichen Güter. Diese Ausführungen gelten entsprechend auch für Blanqui.

Diese Richtung umfaßt also diejenigen Betriebstheorien, die den Sozialismus grundsätzlich durch das System der Kleinbetriebe erreichen wollen, indem sie auf dem Kleinbetrieb allmählich weiter aufzubauen gedenken, während die entgegengesetzte großbetriebliche Richtung: I. Internationale, Kautsky usw. grundsätzlich sofort auf die Organisation der landwirtschaftlichen Großproduktion hinzielt. Die eine Richtung besitzt phasenhaften Charakter, die andere epochalen.

*) Anm. Vergl. Martow, Dan, Die Geschichte der russischen Sozialdemokratie, Bn. 26, S. 180.

3. Kapitel.

Die grundsätzlich den Großbetrieb anstrebenden Betriebstheorien.

1. Abschnitt.

Die konstruktiven Betriebstheorien.

Das sozialistische Ziel der konstruktiven Kleinbetriebstheorien war es, die ökonomische und soziale Gleichheit und die allgemeine Zufriedenheit der Menschen durch die Verwirklichung des Individualprinzips (bäuerliche Individualbetriebe) zu erreichen. Eine andere Einstellung haben die konstruktiven großbetrieblichen Theorien. Danach entspricht die Anwendung des Kollektivprinzips — also „kollektivistisch gestalteter Arbeitsprozeß im Großbetriebe! Loslösung von allem dauerhaften Privateigentum (wie Scholle oder Haus)!*) Trennung des Eigentums am Betrieb und dem Produkt der Arbeit!" (259)[1]) — „am ehesten den Anforderungen des Egalitätsprinzips." (259)[1]) Je eher es möglich sein wird, die „großbetriebliche Gestaltung des Wirtschaftsprozesses" (259)[1]) (insbesondere des landwirtschaftlichen Produktionszweiges) durchzuführen, desto früher wird der allein gleichmachende, sozialistische Neubau Wirklichkeit werden können. Gegenüber dieser Erkenntnis von der prinzipiellen Notwendigkeit des Großbetriebes kamen Erwägungen politischer, ökonomischer und psychologischer Art nicht zur Geltung. Hieraus erklärt sich der konstruktive Charakter dieser Theorien.

Das Gesagte gilt für den späteren Babeuf, den Saint-Simonismus, Cabet, Fourier, Blanc in Frankreich, für Weitling in Deutschland, für Tschernischewski, Tkatschew, Bakunin, Michajlowski, die Organisation Volkswille, den Nordrussischen Arbeiterbund von 1878, die südrussische Arbeitervereinigung u. a. in Rußland, für Owen und den Owenismus in England und neuerdings für Ballod, Landauer und die „Freie Arbeiter Union" (Syndikalismus) in Deutschland. Auch die „Resolution der Kooperativgenossenschaften" der ersten Internationale aus dem Jahre 1866 muß hier erwähnt werden. Aus dieser Richtung gingen die maßgebenden klassischen Verteidiger der landwirtschaftlichen

[1]) Sombart, Der proletarische Sozialismus, I. Bd.

*) Anm. Das bedeutet natürlich auch die Beseitigung des sog. „bäuerlichen Arbeitseigentums", woraus sich der fundamentale Gegensatz zur stationären Betriebstheorie ergibt.

Großproduktion hervor, deren wissenschaftliche Untersuchungen und Voreingenommenheit die Vorteile und Bedeutung des Systems der Kleinbetriebe vergessen liessen, und die das System der Großbetriebe doktrinär ausgestalteten.

Das sozialistische großproduktionelle Ideal hat in dieser Form unter entsprechender Umwandlung in der entwicklungsgeschichtlichen Richtung Aufnahme gefunden. Die Annahme einer oktroyierten „Centralisationstendenz" (9)[1]), wie sie sich erkenntnistheoretisch aus dem Niedergang des selbständigen Bauernstandes in England (1822) und den Ergebnissen der Hardenbergschen Agrarreform in Preussen ergab, war zweifellos entscheidend für die Ausgestaltung der Marxschen Phasenlehre; grundsätzlich hat Marx die Idee des kollektiven Großbetriebes, das sozialistische Ideal, „fertig von seinen Vorgängern übernommen und . . . nichts hinzugefügt." (9)[2]) Hieraus ergibt sich die — meist übersehene — epochale Bedeutung der konstruktiven großproduktionellen Richtung für die ideengeschichtliche Entwicklung der sozialistischen, landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage. Marx hat nur die Verbindung hergestellt zwischen dieser sozialistischen Betriebsgrößenfrage und der kapitalistischen und hierauf seine Lehre aufgebaut, deren erstrebenswertes Endziel der synthetische Großbetrieb bildet.

2. Abschnitt.

Die entwicklungsgeschichtlichen Betriebstheorien.

Es sind hier drei verschiedene Theorien zu unterscheiden: die von Marx, die von Lenin und die von Kautsky-Crispien. Bei der Marxschen Betriebstheorie muß berücksichtigt werden, daß Marx weniger die Theorie der sozialistischen Betriebsgestaltung zum Objekt seiner Untersuchungen gemacht hat, als vor allem die „Theorie des Kapitalismus, der kapitalistischen Entwicklung, die zum Sozialismus führt." (9)[2]) Infolgedessen haben seine Betriebsthesen in der kapitalistischen Periode und im Augenblick der Machtergreifung eine schärfere Formulierung erfahren als die in der Diktaturperiode und in der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsordnung (Endstadium). Im einzelnen wurden die

---

[1]) Schäffle, a. a. O.

[2]) Tugan-Baranowsky, Der moderne Sozialismsus in seiner geschichtlichen Entwicklung, Dresden, 1908.

„technisch-ökonomischen Vorzüge der Großproduktion, das Gesetz der Konzentration und Zentralisation in der Landwirtschaft, die Unausbleiblichkeit einer klassenmässigen Entfaltung der Bauernschaft und der Kapitalisierung der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt" (42)[1]) als feststehende Postulate aufgenommen, wodurch die für die kapitalistische Periode so wichtige Frage: „Wer wird siegen, der Groß- oder der Kleinbetrieb?" (23)[1]) ihre Beantwortung fand. Die Annahme eines derartigen zwangsläufigen ökonomischen Prozesses verband sich bei Marx mit der Auffassung, daß sich gleichfalls bei der Bauern- und Landarbeiterschaft auch ideologisch eine Wandlung vom Individualismus zum Kollektivismus vollziehe. Diese Verknüpfung ökonomischer und ideologischer Entwicklungstendenzen ist sowohl der Betriebstheorie von Lenin, wie auch der der ersten Internationale und der von Kautsky eigentümlich.

Auf Grund der Annahme eines oktroyierten Prozesses verzichteten die Betriebsthesen Lenins vor 1914 auf irgendwelche Eingriffe in das russische landwirtschaftliche Betriebssystem, wofür der Schlußteil einer Broschüre Lenins: „Die Agrarfrage in Rußland am Ende des XIX. Jahrhunderts" als Beweis angeführt werden kann. Das eben Gesagte gilt auch für die früher herrschende sozialdemokratische Betriebstheorie im Sinne Kautskys (Erfurter und Hainfelder Programme), insbesondere soweit es sich um Schutzmaßnahmen für die bäuerlichen Wirtschaften handelte. Bis hierhin sind die drei Betriebstheorien in ihrer Stellungnahme zur landwirtschaftlichen Betriebsgrößenfrage in der kapitalistischen Periode grundsätzlich einheitlich. Die Richtungen trennen sich erst bei der Frage, ob der kollektive Aufbau erst nach dem vollständigen Ablauf der kapitalistischen Periode, „wenn die wirtschaftlichen Vorbedingungen zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung vorliegen" (35)[2]), durch eine revolutionäre Aktion eingeleitet werden kann, oder bereits früher durch die Konstitution der Diktatur des Proletariats.

Was zunächst die Auffassung von Marx anbelangt, so vertritt Diehl die Ansicht, daß Marx auf Grund der „Erfahrungen, die er bei den sozialrevolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts, der Chartistenbewegung, der Februar-Revolution und der Kommune machte", (35)[2]) an eine

[1]) Bucharin, Ueber die Bauernfrage. Rede vor der Erweiterten Exekutive, April 1925.

[2]) Diehl, Diktatur des Proletariats und das Rätesystem.

unmittelbare weltrevolutionäre Situation nicht mehr geglaubt habe, und daß infolgedessen „seine evolutionären Grundanschauungen immer reiner zum Durchbruch gelangt seien", (35)[1]) in welcher Form sie von der internationalen Sozialdemokratie über die erste Internationale aufgenommen wurden. Hieraus mag sich auch der epochale Charakter dieser Betriebstheorien erklären, indem sie die kapitalistische Betriebsgestaltung der sozialistischen gegenüberstellten und die Betriebsökonomie der dazwischenliegenden Transformationsperiode kaum in Betrachtung zogen. Deswegen war es vor 1914 für die Sozialdemokratie — wenigstens in Deutschland und Oesterreich — so schwer, die Frage: Klein oder Großbetrieb? befriedigend zu lösen und eine den bäuerlichen Betrieben grundsätzlich freundliche Betriebspolitik — etwa in Form der siebzehn Forderungen von 1848 — zu betreiben.

Man kann nun aber bestreiten, daß Marx seine Phasentheorie später liquidiert und eine einseitige evolutionäre Umstellung auf die kapitalistische Periode vorgenommen habe. Es sei darauf hingewiesen, daß Engels noch im Jahre 1894*) an eine unmittelbare revolutionäre Lage geglaubt hat, und daß Marx und Engels in dem Vorwort zum „Kommunistischen Manifest" aus dem Jahre 1872 die grundsätzliche Bedeutung der Betriebsthesen des K. M. hochhalten. Infolgedessen beruft sich die bolschewistische Betriebstheorie (Diktaturtheorie von Lenin) mit Recht auf Marx, der entgegen seiner entwicklungsgeschichtlichen Auffassung bereits im Jahre 1848 ein Bauernschutzprogramm aufgestellt hat, das durch Berücksichtigung des Landhungers der bäuerlichen Bevölkerung und durch bauernfreundliche Politik die Bauernschaft an der Errichtung der Diktatur zu interessieren, beziehungsweise ihre Neutralität zu erkaufen suchte. Was Marx und Engels im Jahre 1848 theoretisch erkannten, aber praktisch nicht verwirklichen konnten, hat Lenin 1905 weiter ausgebaut und 1917 angewandt**), als er — ebenfalls ent-

[1]) Diehl, a. a. O.

*) Anm. Vergl. Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, N. Z. S. 293.

**) Anm. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß auch Blanqui aus machtpolitischen Gründen auf die sofortige konstruktive, kollektive Zusammenfassung der bäuerlichen Individualbetriebe verzichtete und ihre weitere Existenz nach der Machtergreifung garantierte, in der Hoff-

gegen seiner entwicklungsgeschichtlichen Einstellung — das sozialrevolutionäre Bauernprogramm vorübergehend annahm und machtpolitisch auswertete.

Auch die Betriebstheorien der Bolschewisten in den bürgerlichen Staaten, d. h. in den Staaten, die sich — entwicklungsgeschichtlich gesehen — noch in der kapitalistischen Periode befinden, sind stets nach diesem Vorbild d. h. „vom Gesichtspunkt der revolutionären Umwälzung" (91)[1]) aufgestellt. Im einzelnen richten sich die geforderten betriebspolitischen Maßnahmen nach den jeweiligen Betriebsverhältnissen des betreffenden Landes, je nachdem, ob es sich um „Kolonialländer mit unterdrückter, eingeborener Bauernbevölkerung" handelt, ob „noch starke Reste des Feudalismus bestehen", (833)[2]) ob der „landwirtschaftliche Großbetrieb eine hervorragende Rolle spielt", oder ob der „bäuerliche Bodenbesitz und Betrieb entscheidend ist." (91)[1]) Grundsätzlich — d. h. soweit sich Grundsatz*) mit revolutionärer Taktik gegenwärtig vereinigen lassen — „erkennt die Kommunistische Internationale es für richtig an, in den fortgeschrittenen Ländern den landwirtschaftlichen Großbetrieb beizubehalten und ihn nach Art der Sowjetwirtschaften in Rußland zu führen.

Ebenso wird es zweckmäßig sein, die Bildung von Kollektivbetrieben (Gutsgenossenschaften, Kommunen) zu unterstützen.

Die Erhaltung der ländlichen Großbetriebe wahrt die Interessen der revolutionären Schicht der Landbevölkerung, der besitzlosen Landarbeiter und der halbproletarischen

---

nung, daß die „Attraktionskraft" der kollektiven Großbetriebe auf die Bauern den „antikollektivistischen Bauernschädel" doch bekehren würde. Neben Marx ist demnach auch Blanqui als Theoretiker der später von Lenin formulierten Diktaturtheorie anzuführen. Insofern besteht also kein „strikter Gegensatz" zur Marxschen Lehre wie Diehl, a. a. O. S. 34 behauptet.

[1]) Marchlewski, Die Agrarfrage und die Weltrevolution.

[2]) Agrarisches Aktionsprogramm, IV. Weltkongreß, 1922.

*) Anm. Vergl. die Polemik Lenin / Marchlewski. Lenin wendet sich gegen eine „schablonisierende" Anwendung dieses Grundsatzes, insbesondere verwirft er den Einwand, daß durch die Aufteilung der Großbetriebe die Gefährdung „absoluten Rückganges der Bodenproduktivität" entstände. Diesem Einwurf entscheidende Bedeutung zuzumessen bedeute „Verrat an der Revolution". (Kolarow, Vorwort zum Artikel: „Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage (für den II. Weltkongreß der K. I.).

Parzellenbesitzer, die ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den Großbetrieben verdienen, am besten. Außerdem macht die Nationalisierung der Großbetriebe die städtische Bevölkerung wenigstens teilweise in der Vorsorgungsfrage von der Bauernschaft unabhängig." (835)[1]) Doch darf hierüber nicht vergessen werden, daß „die Sicherung eines dauerhaften Sieges unter allen Umständen die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats ist. Wegen des Erfolges der Revolution darf das Proletariat selbst vor einem zeitweiligen Rückgang der Produktion nicht zurückschrecken. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten und die Unterstützung des größten Teiles, wenn nicht der gesamten Kleinbauernschaft, zu erreichen." (776)[2]) Wenn die Errichtung der Diktatur die allgemeine oder teilweise Bodenaufteilung an die landhungrigen Massen erheischt, ist eine solche unter allen Umständen zu propagieren. Diesem politischen Zweck entsprechend, fordern die bolschewistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern die „Zuteilung von Land, Vieh und Produktionsmitteln zu Bedingungen, welche ihr Fortkommen sichern, keinesfalls von Bodenfetzen, welche ihre Besitzer an die Scholle fesseln, und ihn zwingen, zu Hungerlöhnen bei den benachbarten Grundbesitzern oder Großbauern Arbeit zu suchen, sondern Zuteilung bezw. Ergänzung auf volle Ackernahrung. Hierbei soll das Interesse der Landarbeiter besonders berücksichtigt werden." (834)[3])*)

Unter Berufung auf die Marxsche Phasentheorie sehen also die Bolschewiki in der Verwirklichung der Diktatur das Primäre, nicht in dem kapitalistischen Prozeß, im Gegensatz zu der internationalen Sozialdemokratie vor dem

*) Anm. Vergl. hierzu im einzelnen: Bucharin, Ueber die Bauernfrage, S. 50 ff., Marchlewski, a. a. O. S. 89 ff., Kolarow, a. a. O., Dubrowski, Landwirtschaft und Bauernschaft unter den Verhältnissen der „Stabilisierung des Kapitalismus", (Art. i. d. „Kommunistischen Internationale", Heft 12, 1926, S. 541 ff.), Varga, Beiträge zur Agrarfrage, I. Bd., Ordon, Bemerkungen über die Bauernbewegung in Europa (Art. i. d. Komm. Intern., Heft 6, 1927), Orlowski, Die Komintern und die Landarbeiter, ebda. und die verschiedenen Agrarthesen des II. und IV. Weltkongresses einschl. des „ursprünglichen Entwurfes" von Lenin aus dem Jahre 1920.

[1]) Agrarisches Aktionsprogramm, IV. Weltkongreß, 1922.

[2]) Leitsätze über die Agrarfrage, II. Weltkongreß.

[3]) Agrarisches Aktionsprogramm, IV. Weltkongreß, Abschn. c).

Kriege — heute huldigt sie teilweise der stationären Betriebstheorie —, die dem kapitalistischen Prozeß primäre Bedeutung für die kollektive Gestaltung der landwirtschaftlicher Großproduktion glaubte beimessen zu müssen, nach dessen Reifegrad sich die Diktatur, der politische Oberbau, zu richten habe.

4. Kapitel.

Die grundsätzlich das bestehende Betriebssystem anerkennenden Betriebstheorien:

Die stationären Betriebstheorien.*)

Die stationäre Richtung*) löst die entwicklungsgeschichtliche Richtung ab, wie diese ehemals die konstruktive, indem sie wohl die produktions- und sozialpolitisch brauchbaren Betriebsthesen übernimmt, im übrigen aber alle politisch und ökonomisch unbrauchbaren überlieferten Postulate liquidiert. Die bolschewistisch-leninsche Phasentheorie, die auf den ersten Blick große Aehnlichkeit mit der stationären besitzt, unterscheidet sich von der stationären vor allem durch ihre grundsätzlich kollektive, synthetische Zielsetzung im Sinne der Marxschen Phasentheorie. Wie Bacharin ausdrücklich hervorhebt, „ist das Endziel der Bewegung die Organisierung der kollektiven landwirtschaftlichen Großproduktion, die Beseitigung der Gegensätze zwischen Stadt und Land und die Ueberwindung der Rückständigkeit der Landwirtschaft, die unter dem Kapitalismus zu den Entwicklungsgesetzen desselben gehöre," (49)[1]) während nach der stationären Theorie die „Gegensätze zwischen Stadt und Land" naturnotwendig bestehen bleiben, da auch das zukünftige sozialistische Produktionssystem neben kollektiven und staatlichen Großbetrieben bäuerliche Familienwirtschaften kennt.

Zur Begründung der stationären Betriebstheorie ist erforderlich, kurz die Entwicklung von 1914 zu streifen. Infolge des doktrinären Charakters der sozialdemokratischen großbetrieblichen Richtung entstand zwischen Dogma und Taktik, zwischen Lehre und Erfahrung, zwischen Prinzip und Agitationsbedürfnis jene Zwiespältigkeit, die eine theoretisch und praktisch befriedigende Uebereinstimmung nicht

*) Anm. Besser „Theorie von der Kontinuität des bäuerlichen Betriebes." Dieser Ausdruck stammt von Herrn Prof. Dr. Albrecht - Jena.

1) Bucharin, Ueber die Bauernfrage.

zuließ. Von dieser ganzen Betriebstheorie ist nichts anderes übrig geblieben als der unerschütterliche Glaube, die durch nichts gerechtfertigte Hoffnung, daß der Bauer später, nach der Diktatur „alles aufbieten wird, Mitglied der Produktionsgenossenschaft zu werden." (72)[1]) Mit einer derartig ausgehöhlten Theorie war natürlich wenig anzufangen. Daß daher gerade innerhalb der Sozialdemokratie das Bedürfnis nach einer brauchbaren Betriebstheorie besonders stark war, ist durchaus begreiflich. Die mannigfachen Erfahrungen in der Revolutionszeit und in Rußland führten dann zur Entstehung einer stationären Betriebstheorie, deren Kennzeichen das Fehlen entwicklungsgeschichtlicher Gesetze ist. In Verbindung mit der eingebauten Theorie vom ewigen Bauern steht der Glaube an die unabänderliche Kontinuität der bestehenden bäuerlichen Betriebe. Die Annahme dieser Theorie bedeutet die endgültige Liquidation der Marxschen Phasentheorie, insbesondere der Frage, die in der Vorkriegszeit nicht gelöst werden konnte: Groß- oder Kleinbetrieb? Beide Betriebskategorien werden gleichberechtigt anerkannt. Die zukünftige sozialistische Wirtschaftsordnung wird sich auf sie stützen müssen. Nicht mehr auf synthetischen Großbetrieben wird wie bei Marx und Lenin-Bucharin die Produktion ruhen sondern auf einem System von staatlichen und kollektiven Großbetrieben in funktionalem Zusammenhang mit vergenossenschafteten, arbeitsintensiven, im übrigen aber selbständigen bäuerlichen Kleinbetrieben.

5. Kapitel.

Die politisch agitatorische Richtung.

Die Bedeutung dieser Richtung liegt in der Zeit vor 1914, als die doktrinäre Betriebstheorie in politisch-taktischer Beziehung versagte. Aehnlich wie die Chartisten Benbow, Taylor u. a. suchten die Anhänger dieser Richtung, die Wirtschaftsfragen, insbesondere die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage zu umgehen, und die rein machtpolitischen Ziele in den Vordergrund zu schieben. Adler (Deutschland) hielt es beispielsweise für zweckmäßig, eine positive Lösung der Betriebsfrage zurückzustellen, sie aber negativ, rein agitatorisch auszuwerten, — je nach Lage der politischen und ökonomischen Verhältnisse und entspre-

[1]) Kautsky, Die Sozialisierung der Landwirtschaft, 1921 2. Aufl. (1919 1. Aufl.).

chend den agitatorischen Bedürfnissen. Eine ähnliche Richtung entstand in Rußland zur Zeit der Agrarprogrammbewegung von 1905/06 mit dem gleichen Bestreben. Allgemeine Anerkennung hat diese Richtung nie erlangen können, weder in der Vorkriegszeit, noch heute, wo es gilt, die landwirtschaftliche Betriebsgrößenfrage, eines der zentralen sozialistischen Probleme der Gegenwart und Zukunft, positiv und endgültig zu lösen.

Eidesstattliche Erklärung.

Hiermit erkläre ich an Eidesstatt:

1. daß ich die von mir eingereichte Dissertation ohne unerlaubte fremde Hilfe selbständig angefertigt habe, insbesondere daß ich alle wörtlich oder annähernd wörtlich der Literatur entnommenen Stellen durch Zitate als solche kenntlich gemacht habe;
2. daß meine Dissertation einer anderen Fakultät oder einem Mitglied einer anderen Fakultät bisher nicht vorgelegen hat;
3. daß ich mich außer der im Lebenslauf genannten Diplomprüfung am 24. Juli 1925 bei dem Volkswirtschaftlichen Prüfungsamt in Münster i. W. nirgendwo einer staatlichen oder akademischen Prüfung mit oder ohne Erfolg unterzogen habe, und daß ich mich bisher auch zu keiner solchen gemeldet habe.

Münster, den 6. Februar 1928.

Heinz Heinrichs.

Lebenslauf.

Geboren wurde ich Ehrenreich Heinz Heinrichs am 29. Januar 1902 zu Bochum i. W. als Sohn des Hoteliers Hugo Heinrichs und bin evangelischer Konfession. Das zum Besuch der Universität berechtigende Reifezeugnis erwarb ich am 6. März 1922 auf der Oberrealschule zu Gummersbach.

Zum Zwecke des Studiums der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ließ ich mich auf der hiesigen Universität immatrikulieren und zwar ununterbrochen

vom	S. S. 1922	W. S. 1922/23
	S. S. 1923	W. S. 1923/24
	S. S. 1924	W. S. 1924/25
	S. S. 1925	W. S. 1925/26
	S. S. 1926	W. S. 1926/27
	S. S. 1927 bis zum	W. S. 1927/28

Nach dem sechsten Semester meldete ich mich beim Prüfungsamt in Münster zur volkswirtschaftlichen Diplomprüfung, die ich mit dem Gesamtprädikat „genügend" am 24. Juli 1925 bestand. Seitdem habe ich fünf weitere Semester Wirtschafts- und Sozialwissenschaft studiert, in denen ich meine eingereichte Dissertation angefertigt habe. Die mündliche Prüfung zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde bestand ich am 18. Juli 1928 und erhielt das Gesamtprädikat magna cum laude.

Münster, den 31. Dezember 1929.

Heinz Heinrichs.